Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 474 — DONNERSTAG, 8. OKTOBER 1931 — MORGEN-AUSGABE

Brüning verhandelt

Wieder einmal Widerstände bei der Deutschen Volkspartei

Dr. Brüning hat gestern nachmittag mit zwei Persönlichkeiten verhandelt, die er für sein neues Kabinett gewinnen will: Generaldirektor Dr. Schmitz, der das Verkehrsministerium, und Professor Dr. Warmbold, der das Wirtschaftsministerium übernehmen soll. Professor Warmbold soll das angebotene Portefeuille bereits angenommen haben, eine Zusage des Generaldirektors Dr. Schmitz wird erwartet. Weitere Besprechungen des Kanzlers, die sich auf die Kabinettsbildung beziehen, und an denen Dr. Geßler beteiligt sein wird, sollen heute folgen. Brüning glaubt, dem Reichspräsidenten bis heute abend die Ernennungsvorschläge für die neue Regierung unterbreiten zu können.

Das war der Eindruck in den späten Abendstunden am Mittwoch. Ob die Tatsachen ihn heute bestätigen werden, bleibt abzuwarten. Es hat sich rasch gezeigt, daß es ein taktischer Fehler war, die personellen Veränderungen in der Form einer völligen Neubildung des Kabinetts durchzuführen. Dr. Brüning ist nicht mehr amtierender Reichskanzler, und dadurch ist ihm die Erreichung seines Ziels nicht erleichtert, sondern nur erschwert worden; die Querbereien haben sich verstärkt.

Bezeichnend dafür ist ein Situationsbericht, den gestern abend die „Nationalliberale Korrespondenz" verbreitete, und der im Ganzen wiedergibt, was Abgeordneter Dr. Dingeldey dem Kanzler über die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei dargelegt hat. Das Dokument verdient, in einem politischen Raritäten-Kabinett aufbewahrt zu werden.

Nach der Ansicht des Abgeordneten Dr. Dingeldey hätte es keinen Zweck „mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen". Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung des Kabinettes Brüning komme nicht in Frage. (Aber, so wird hinzugefügt, die Partei-Instanzen haben noch nicht gesprochen!) Bei den Gefahren, die im kommenden Winter drohen, müsse die Bildung einer neuen „unbelasteten" Regierung gefordert werden.

Wie stellt sich Dr. Dingeldey diese Regierung vor? Sie soll sich freihalten von sozialistischen Einflüssen, „wie immer geartet sie sein mögen", sie soll auf verfassungsmäßigem Boden stehen, Ruhe und Ordnung sichern, sie soll die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik einhalten und soll sich von allen parteipolitischen Rücksichten lösen. Und dann kommt Dr. Dingeldey zu der Schlußfolgerung, daß der politische Kampf am besten dadurch entgiftet werden könnte, **„daß auch die Kreise der sogenannten nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit zu übernehmen haben". Kurz zusammengefaßt: eine Regierung Hugenberg-Hitler, die frei von jedem sozialistischen, also auch nationalsozialistischen Einfluß sein soll, die verfassungstreu regieren und den Stresemannschen Kurs der Außenpolitik einhalten soll. Ein echter Dingeldey!**

Daß nach diesem kuriosen Rezept keine Regierung in Deutschland gebildet werden kann, muß nicht erst ausdrücklich gesagt werden. Die Empfehlungen Dingeldeys sind ein beredtes Zeugnis für die Verworrenheit innerhalb einzelner bürgerlicher Gruppen. Aber grade darum sollte der Reichskanzler sich die parlamentarischen Aussichten nicht noch trüber färben lassen, als sie in Wirklichkeit selbst jetzt, nach der Verkündung der Dritten Notverordnung, sind. Gewiß: nicht nur die sogenannte „nationale" Opposition, aus deren „Brei" am Sonntag wieder einmal ein Block geschweißt werden soll, rüstet zum Sturmangriff gegen ein zweites Kabinett Brüning. **Auch an einer hohen Stelle in Berlin sind während der letzten Wochen Minen gegen Brüning gelegt worden.** Der Kanzler hat sich nicht nur gegen Feinde zu wehren, die im Lichte der Oeffentlichkeit stehen. Dr. Brüning stelle jene, die so gern mit dem Feuer spielen, vor die verantwortliche Entscheidung, und es wird sich rasch zeigen, daß es etwas anderes ist, mit lebensgefährlichen Abenteuern zu kokettieren und etwas anderes, sie auch zu wagen. Aber um diese Probe zu machen, hätte es nicht erst eines Kabinettwechsels bedurft.

Brot zwei Pfennig teurer

Merkwürdige Erklärungen

Von Donnerstag, 8. Oktober, ab wird der Richtpreis für das 1250-Gramm-Brot von 48 auf 50 Pfennig erhöht werden.

Das ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Zweckverband der Bäckermeister Berlins. Alle Hinweise auf das Bedenkliche einer Brotpreiserhöhung im gegenwärtigen Augenblick, auf die Zusicherung der Berliner Mühlen, in der nächsten Zeit von einer Heraufsetzung der Roggenmehlpreise selbst für den Fall absehen zu wollen, daß der Roggenpreis nicht wesentlich über 200 Mark je Tonne steigen sollte, haben nichts gefruchtet. Die Bäckermeister bestehen auf einer Erhöhung des Brotpreises, weil nach ihren Angaben die Entwicklung der Mehlpreise ihnen eine Aufrechterhaltung des bisherigen Preises unmöglich macht.

Das Reichsernährungsministerium gibt das negative Ergebnis der Verhandlungen zugleich mit einer sehr weitläufigen Erklärung bekannt, in der nachgewiesen werden soll, daß das Vorgehen der Berliner Bäckermeister in der Entwicklung der Mehlpreise keine Stütze habe. Zum Schluß wird gesagt, daß das Berliner Bäckergewerbe für die Konsequenzen ihres Beschlusses die Verantwortung zu tragen habe. — Eine solche Formulierung muß Befremden auslösen. Denn wenn auch über die Verdienstspanne des Handwerks manches zu sagen wäre — daß die Verantwortung für die Entwicklung der Lebensmittelpreise auf seiten der Bäcker liege, ist zum mindesten eine einseitige Behauptung. Der wahre Grund für die Erhöhung der Lebensmittelpreise liegt in den Maßnahmen der Agrarpolitik, die ja das ausgesprochene Ziel der Preiserhöhung haben. Wird nun endlich bald eine Klärung erfolgen, nach welcher Seite man den Karren ziehen will, ob nach der Seite der Preissenkung oder nach der Seite der Preiserhöhung?

Frankreichs Deutschland-Delegierte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. OKTOBER

Die französische Regierung gibt eben offiziell die Namen der Hauptvertreter Frankreichs in dem deutsch-französischen Komitee bekannt.

Den Vorsitz erhält der Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten und für die Volkswirtschaft Gignoux. Generalsekretär wird der Leiter des Handelsressorts im Außenministerium, Coulondre, für seine Stellvertretung sorgt der Kabinettschef des Unterstaatssekretärs Gignoux, Hoschille.

Als Vertreter der verschiedenen ministeriellen Ressorts wurden ernannt: Generalsekretär Coulondre für das Außenamt, Finanzinspektor Dayras für das Finanzministerium, der Leiter des Ressorts für Handelsverträge Elbel für das Handelsministerium. Direktor Lesage für das Landwirtschaftsministerium, der Leiter der Häfen und Binnenschiffahrtsabteilung Watier für die öffentlichen Arbeiten, Direktor Picquenard für das Arbeitsministerium und der stellvertretende Generalsekretär Hoschiller für die Volkswirtschaft.

Die übrigen Ernennungen werden bald mitgeteilt werden.

Anträge gegen Notverordnung

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Aufhebung der neuen Notverordnung im Reichstag eingebracht. Die Fraktion wird in der Aeltestenraftsung am Montag verlangen, daß auch dieser Antrag mit der Beratung der Regierungserklärung im Reichstagsplenum verbunden wird.

Die Parteien der Rechten werden voraussichtlich gleichfalls die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragen.

Siehe auch vierte Seite

Beschleunigtes Tempo?

Von

FRITZ KERN,

Professor an der Universität Bonn

Wir haben eine schleichende Erzeugungs- und, ihr übergelagert, eine stürmische Kreditkrise, die letzten Endes aus dem internationalen Schulden- und Reparationsproblem erwachsen ist. Theoretisch ist sich jedermann darüber einig, daß beide Krisen nur durch internationale Solidarschritte überwunden werden können. Praktisch aber sehen wir bisher im Gegenteil wachsende nationale Abkapselung durch einfuhrfeindlichen Merkantilismus und Rückziehung der Auslandsguthaben. Diese in der falschen Richtung vorantreibende Reaktion des Sauve qui peut verschärft die Krise zum Krach, da in Panik versetzte Individuen den Abkapselungswahnwitz weitertragen. Sie kündigen Kredite nach links und rechts und machen dadurch erst die besten Institute kreditunwürdig; sie schleppen ihr Geld vom Inland ins Ausland und flüchten es von dort wieder weiter, verschleudern heute Aktien, morgen Obligationen, berennen Banken, sammeln Goldbarren und füllen Strickstrümpfe. So breitet die gegen sich selbst wütende Kapitalistenwelt kopflos die Katastrophe aus. Die Apparatur des Geldes, dies feinfühligste Organ der Wirtschaft, wird wie verrückt ruiniert. Augenblicklich tritt somit für den Staatsmann die Aufurbelung der Erzeugung geradezu in den Hintergrund gegenüber ihrer Vorbedingung, der Neubegründung des Kredits.

Nur zwei Männer sind heute noch imstande, den rasenden Wagen zu bremsen, Hoover und Laval, und zwar nur beide gemeinsam. In weniger als vier Wochen könnte es dahin kommen — schon ist Goldbarrenzerstückelung der neue Sport französischer Kapitalisten —, daß auch diese beiden großen Männer ganz klein geworden sind und dann niemand mehr eine Hilfe gegen die Naturkatastrophe weiß. Aber heute können noch Hoover und Laval dem allgemeinen Abruf des Vertrauens wehren — jedoch keiner ohne den andern. Nichts zeigt die nervöse Ueberreizung deutlicher als jene Reportage aus Washington, die immer wieder ankündigte, im Weißen Haus plane man eine sofortige einseitige Erklärung über die Verlängerung des Young-Moratoriums (vom polnischen Korridor und anderen Tatarennachrichten ganz zu schweigen). In Wirklichkeit hätte eine Wiederholung des einseitigen Vorgehens Washingtons Laval daran gehindert, die „Isle de France" zu besteigen. Hoover weiß ganz genau, daß heute eher noch ein Lavalplan als ein Hooverplan zum Ziel führen würde (bei gleicher Großzügigkeit natürlich); in Wirklichkeit aber kommt es auf einen gemeinsamen Laval-Hooverplan an — wobei es gleichgültig ist, ob etwa Frankreich mehr an England, Amerika mehr an Deutschland dächte. Denn da heute jedem einzelnen Land nur noch geholfen werden kann, wenn auch den übrigen geholfen wird, ist jede Formfrage sekundär, zur Frage der Taktik geworden.

Jede Enttäuschung darüber, daß Hoovers neueste Schritte „nur" innerameriканisch seien, ist also verfehlt. Wenn übrigens Amerika jetzt in seinem Innern den Deflationsdruck mildert und daraus vielleicht eine Wiederannäherung des Dollars an das Pfund sich ergeben sollte, so können günstige Rückwirkungen auch bei uns erfolgen, die wir ja keine autonome Währung besitzen; die Reichsmark ist fast dem Dollar angehängt und teilt dessen Schicksal. Uebrigens könnten die Schweiz und Holland mit Deflationsbekämpfungsmitteln sich anschließen. Mit den Goldländern zusammen — doch nicht ohne sie — könnte Deutschland den eigenen Deflationsdruck gleichfalls mildern.

Auch der französische Kartellgedanke ist in diesem Zusammenhang nicht aus dem Auge zu verlieren. Das Ohr, das jeden Tag durch neue Kanonenschläge aus aller Welt erschüttert wird, vergißt zu leicht, daß seit dem Flötenkonzert von Berlin erst zehn Tage vergangen sind. Ereignisreiche Tage gewiß; aber die Fortsetzung der deutsch-französischen Flötentöne bleibt viel wichtiger als manches Tagesgeräusch. Es ist ein tragischer Umstand, daß François-Poncets frische Initiative — ist er doch einer der Väter der deutsch-französischen Industrieverbindung — durch den Pfundsturz und seine Folgen gewissermaßen in die Lage eines Fußgängers versetzt worden ist, der hinter dem Autobus herläuft. Man hofft auf die Nähe der Haltestelle, bevor man außer Atem ist. Indes die Hauptsache wäre es doch, daß jemand den Autobus führte, der die Bremse

noch in der Hand hat. Wir glauben, daß vorerst Laval und Hoover zusammen diese Führer sind.

Lord Reading sagt ungefähr dasselbe wie Mussolini, das Wahlprogramm der Labour Party ungefähr dasselbe wie Fougère im „Européen". Es kommt alles darauf hinaus: 1. Nur noch Welt-Lösung ist möglich (auch die deutsch-französische Annäherung ist nur als eingliederbares Teilproblem der Weltlösung aussichtsreich). 2. Schuldenkonsolidation ist das Dringendste. Was Amerika in dieser Beziehung innerhalb seiner Grenzen jetzt anbahnt, muß auf die Welt ausgedehnt werden.

Rein taktische Fragen, Unterfragen sind die Formen, um hierzu zu gelangen; ob Währungskonferenz (Labour-Programm) oder B.I.Z.-Anleihe (angeblicher Burgeß-Plan), ob dreijähriges Young-Moratorium, ob Endregelung der interalliierten Schulden und der Reparationen, ob Kartell-, Preis- und Erzeugungsquotenabreden, ob Abrüstung u. a. hereinbezogen wird, ist nicht die Hauptfrage. Nur die Staatskunst und die Staatsmänner haben Zukunftsgeltung, die die übernationale Lösung der Kreditkonsolidation finden. Ein Gesamtplan wiegt viele Einzelpläne auf.

Will man nicht die vollkommene Zerrüttung, Kampf autonomer Währungen und Katastrophenlösung, so muß man im Augenblick zunächst einmal die Stabilisierung des Pfundes und die Sicherstellung der Mark wollen; — und man muß all das mitwollen, was an Bedingungen daran hängt, — wozu wahrscheinlich auch eine Vereinigung der Kriegsschulden, mindestens durch ein mehrjähriges Moratorium gehört. Ein Reparationssaldo zugunsten Frankreichs soll nach dessen Wünschen erhalten bleiben; man muß sehen, wieweit das möglich wäre, ohne die Weltberuhigung zu gefährden, bei deren Ausbleiben Frankreich ohnehin nichts bekommen kann. Kreditausweitung durch Solidarität der Goldländer mit den Schuldnerländern wird die Voraussetzung für alles sein und bleiben. Innerhalb dieses Rahmens gilt es, zu vertrauen, daß die Wirtschaftspläne Lavals, Briands und François-Poncets ihre wohltätige Wirkung in der Richtung tun, die Achtung vor den Verträgen mit der Achtung vor der Vernunft der Dinge in Einklang zu bringen. Ein praktischer Gedanke in dieser Richtung scheint der Vorschlag von Professor Bonn, im Sinne der deutsch-französischen Aktion internationale Darlehnskassen zum Auffangen derjenigen deutschen Wertpapiere zu errichten, für die sich die französische Industrie interessiert. Die Scheine dieser Darlehnskassen müssen aber doch wohl eine Garantie durch übernationalen Zusammenschluß erhalten, wenn der Rentner, dieses aus Angst um die verfahrene Politik selbst wildgewordene friedliche Ungeheuer, sie kaufen und überhaupt Strumpf und Goldbarren wieder Unternehmungen schützen soll, statt alles vollends kaputtzuschlagen.

Wieder wie 1914 sind wir alle zusammen schuld an der Verworrenheit der Lage; darum keine zeitraubenden homerischen Vorwürfe hinüber und herüber, sondern sofortiges Bessermachen! Im Juli 1931 entstand beim Hoover-Plan durch schlechte Regie eines an sich guten Aktes der fatale, vertrauenstörende Eindruck von Kampf statt Zusammenarbeit. Es besteht jetzt nochmals eine vielleicht letzte Chance, es besser zu machen, wenn Laval und Hoover sich begegnen und vielleicht Laval die Initiative ergreift, ohne zu warten, bis Hoover es tut. Nötig ist vor allem beschleunigtes Tempo, damit der Abstand zwischen Unheil und Rettung sich verringere statt zu vergrößern. Die Katastrophe nimmt heroische Maßstäbe an; nur kurzentschlossen, großgesinnte Gegenwirkung kann die Vertrauenspanik aufhalten. Auf Lavals Seereise blickt die Menschheit mit nicht geringer Spannung als auf seine kühne Expedition ins unbekannte Land der deutschen Wilden vorige Woche. Der Zweck dieser Reisen kann nur sein, die Hauptquellen der Kreditverwüstung zu stopfen. Gelänge das Laval dem Seefahrer nicht, so fände er bei der Rückkehr der „Isle de France" auch ein düster gestimmtes Frankreich vor, welches nun eben einmal keine glückliche Insel, sondern ein Stück unseres verrückten Planeten ist.

Der Botschafter der Sorge

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. OKTOBER

Der „Botschafter der Sorge", wie die „Liberté" den englischen Außenminister Lord Reading nennt, hatte heute seine ersten Besprechungen mit Briand, Laval und dem Finanzminister Flandin. Die Aussprache drehte sich, wie ein amtliches Communiqué knapp angibt, um die aktuellen Fragen der Politik, der Finanzen, der Währung und der Wirtschaft in England sowie um die deutsch-französische Aussprache in Berlin, das Programm der bevorstehenden amerikanischen Aussprache in Washington und die letzten Nachrichten aus New York. Abends hat Lord Reading auch den Präsidenten der Republik Doumer im Elysée seine Aufwartung gemacht.

Große Besorgnis erweckt in Paris das „Gespenst des Weißen Hauses" von Washington. Die Erklärungen Hoovers sind zwar von der Pariser Börse mit einer Hausse begrüßt worden, genau wie einst die Ankündigung des Hoover-Feierjahres. Aber genau wie damals zeigen sich die politischen Kreise aufs äußerste reserviert. Der Ministerpräsident Laval erläßt ein energisches Dementi: Alles, was bisher über seine amerikanischen Reiseabsichten gesagt und veröffentlicht worden sei, sei voreilig oder gar phantastisch. Der „Intransigeant" bezeichnet die außenpolitischen Ankündigungen in der Erklärung Hoovers als „absurde Prätentionen" und „üble Wahlmachenschaften". Frankreich sei schon einmal mit den vierzehn Punkten Wilsons hereingelegt worden. Es lasse sich jetzt von den neun Punkten Hoovers nicht wieder dazu verleiten, seine Prinzipien über die Schulden und Reparationen preiszugeben. Laval habe die Gefahr, die ihm in Washington drohe, klar genug erkannt, er habe sich daher zu aller Vorsicht mit einem starken Panzer umgeben.

New York stimmt zu

NEW YORK, 7. OKTOBER

Die Pläne Hoovers sind von der gesamten amerikanischen Presse sehr günstig aufgenommen worden; auch die in Atlantic City tagende Bankenvereinigung hat offiziell ihre Zustimmung erklärt.

London vorsichtig

LONDON, 7. OKTOBER

Der optimistische Ton der Londoner Börse bei der heutigen Eröffnung wurde im weiteren Verlauf etwas abgeschwächt, wenn auch die Gesamthaltung fest war, und nur auf dem Devisenmarkt ein vorübergehender Einbruch in die Pfundnotierung erfolgte. Gegenüber dem Optimismus in Amerika und auf dem Kontinent nach der Bekanntgabe von Hoovers Programm der „nationalen Einheitsfront", der sich auf dem Londoner Markt in Kursgewinnen für internationale Wertpapiere widerspiegelte, neigt man in der City zu einer vorsichtigen Haltung, ehe nicht nähere Einzelheiten über die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten und ihre Rückwirkungen auf Europa bekannt sind.

Größte Erbitterung in China

SCHANGHAI, 7. OKTOBER

Der chinesische Finanzminister Sung hat erklärt, die chinesische Differenz mit Japan habe einen Punkt erreicht, der es der Regierung schwer mache, den nationalen Druck auf Gegenwehr im Zaum zu halten. Es werde sehr schwer sein, Repressalien gegen Japaner durch die chinesische Bevölkerung zu verhindern, da ganz China wegen der ständigen mandschurischen Ueberfälle aufs äußerste erbittert sei, und die drohende japanische Haltung auch in andern Teilen Chinas Erregung bis zur Siedehitze hervorgerufen habe. Sung gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Völkerbund sobald wie möglich Japan zum Einschlagen einer andern Politik bewegen könne, da sonst eine Beunruhigung des Fernen Osten auf Generationen nicht mehr aufzuhalten sei.

Der japanische Generalkonsul in Schanghai hat wegen der japanischen Boykottbewegung in der Stadt dem Bürgermeister eine Warnung zugehen lassen, sofort für den Schutz der ansässigen Japaner Sorge zu tragen, da die japanische Regierung diese antijapanische Bewegung als „feindliche Handlung" betrachte.

WASHINGTON, 7. OKTOBER

Auf das Ersuchen Chinas, Kommissare nach der Mandschurei zu entsenden, hat das Staatsdepartement heute erwidert, daß es bereits vor Empfang der chinesischen Note den amerikanischen Generalkonsul in Tscharbin und den ersten Sekretär an der Botschaft in Tokio angewiesen habe, zur Erlangung authentischer Nachrichten in den von japanischen Truppen besetzten Städten eine Reise durch die Mandschurei zu machen.

Litauischer Kulturkampf verschärft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOWNO, 7. OKTOBER

In der Sitzung der Katholischen Aktion Litauens wurde die Gründung einer katholischen Universität einstimmig angenommen. Der Flügel, der für eine loyale Zusammenarbeit mit der gegenwärtigen litauischen Regierung war, ist völlig an die Wand gedrückt worden; eine Verschärfung der Gegensätze dürfte vielmehr die Folge sein, so sehr dies grade im Hinblick auf die demnächst stattfindenden Präsidenten- und Sejmwahlen der Regierung unwillkommen sein würde. Der offiziöse „Lietuvos Aidas" stellt fest, daß die litauische Katholische Aktion den scharfen Kurs der italienischen Katholischen Aktion beschritten habe. Die Regierung werde daher gezwungen sein, ebenfalls scharfe Maßnahmen zu ergreifen.

Die tschechoslowakische Jugend muß turnen

Ein in Vorbereitung befindliches tschechoslowakisches Gesetz über obligatorische körperliche Erziehung bezieht sich auf sämtliche männlichen Bürger zwischen 6 und 24 Jahren und sämtliche Frauen zwischen 6 und 21 Jahren. Diese körperliche Erziehung soll von der Schule, der Militärverwaltung und von privaten konzessionierten Einrichtungen durchgeführt werden. Die Stellung von Instruktoren besorgt der Staat, die Verantwortung bei Unfällen übernimmt gleichfalls der Staat. Die Gemeinden werden verpflichtet, die Lokale und Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Nichtbeteiligung an den obligatorischen körperlichen Uebungen wird bestraft, bei schulpflichtigen Kindern trifft diese Strafe die Eltern.

Peer Gynt

Schauspielhaus am Gendarmenmarkt

„Peer Gynt" galt lange als unaufführbar, eine Ehre, die er mit „Faust II" geteilt hat. Barnowsky wagte sich zuerst heran; er hat die Legende von der Bühnenfremdheit der Dichtung in über fünfhundert Abenden widerlegt.

Das Staatstheater, das sich mit der Wiederentdeckung Ibsens zu befassen scheint, war dem alten Meister auch eine große Genugtuung schuldig; es hat jahrelang einen falschen „Peer Gynt" aufgeführt, eine himbeerfarbene Bearbeitung.

Leopold Jeßner hat nun, wie es sich gehört, auf die dem Original eng angeschlossene Uebersetzung von Christian Morgenstern zurückgegriffen, die an einigen Stellen etwas knöchern sein mag, dafür aber haltbar, von Charakter, eine wirkliche Nachdichtung. Jeßner hat auch die Ehe mit der Musik von Grieg wiederhergestellt, die das Deutsche Theater vor einigen Jahren, sehr zu seinem Schaden, aufgelöst hatte. Ibsen und Grieg gehören zusammen wie Shakespeare und Mendelssohn im Sommernachtstraum. Was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht trennen.

Mit Peer Gynt nahm Ibsen von der Romantik Abschied, er verbot sich das Verseschreiben, wurde ein bürgerlicher Schriftsteller in Prosa; aber von der Romantik wird noch mancher Abschied genommen werden, und am Ende ist er ja wieder ein Märchenerzähler geworden.

Mit diesem Stück wollte er seinem Volke das Unklare, das Unzuverlässige, phantastisch Verschwindelte, das Renommieren und Poetisieren abgewöhnen. Aber was wir daran lieben und was es erhält, ist doch wieder das Märchen, das Irreale, Musikhafte, Unzerdenkbare, das er grade aus volkstümlicher Ueberlieferung empfangen hatte. Das alte Gold, dem er neue Inschriften des Geistes aufprägte.

Was hat die Leute wieder bezaubert und mit Hilfe der Musik in den alten Traum eingewiegt? Es waren die lyrischen, die singenren Szenen, Aases Tod und alle, die Solveig gehören. Die klang die Glocke, die er später selbst nicht mehr zu rühren vermochte, als er sich das poetische Renommieren des Verses untersagt hatte. Peer Gynt wird von dem Ewig-Weiblichen gerettet, durch die Liebe, die von oben teilgenommen hat, und es sind auch immer die beiden Frauen, die das Stück retten.

Elsa Wagner starb sehr schön, die Grüning war damals noch mehr Mutter, erdhafter, sogar dreckiger, aber die Wagner hatte auf ihre Art auch das märchenhaft Verhutzelte, Bewohnerin der Traumsphäre, in die der Mensch flieht, oder wie Ibsen meint, sich drückt, wenn er mit dem Wirklichen nicht fertig wird. An Berta Drews als Solveig mußte man sich erst gewöhnen, nachdem wir Lina Lossen in dieser Rolle fast heilig gesprochen haben. Nach einer Madonna erschien ein Bauernmädchen, das gar keinen Anspruch auf himmlische Schönheit machte. Diese Solveig behauptete sich durch ernste Schlichtheit und Zuverlässigkeit. So war sie zuletzt am besten in grauen Haaren, wenn die Liebende und Geliebte auch zur Mutter, zur Dolorosa erhöht ist.

Wir haben schon manche Peer Gynts erlebt, und jedesmal mit dem Resultat, daß wir uns entweder für den jungen oder für den alten Peer entscheiden mußten. Wahrscheinlich hätte nur Josef Kainz die beiden Enden in der Hand gehabt, weil er schon alt sein konnte, als er jung war, und noch jung, als er alt war.

Heinrich George ist zunächst ein fester Bauernlümmel, und das soll er ja sein. Das Gemüt sitzt ihm auch richtig; er hat es in der Szene von Aases Tod auch klangvoll ausgegeben und zu ihrer ergreifenden Wirkung seine gute Hälfte beigetragen. Was ihm, bis jetzt wenigstens, noch weniger sitzt, ist das Münchhausenhafte, das Phantastische, das Verschwindelte; es fehlt da eine Sprungfeder, die diese Schwere und Breitbeinigkeit vom Boden weg bekommt. Wenn ich mich also wieder entscheiden soll, ich bin für den alten, ganz zerzausten Peer Gynt, der sich zu Solveig schleppt und dem das Herz dann auf angenehme Weise bricht. Das war eine Seele, die sich ausgab, ein Mensch vor allem, der lange gelebt hat, so ein Heimgekehrter des Märchens. Und darauf kommt es an.

Zum Märchen gehörte auch die Grüngekleidete von Maria Koppenhofer; denn zu der Rolle gehört eine Künstlerin von ihrer grotesken Phantasie. Die Anitra von Genia Nikolajewa dürfte sich kaum in unser Herz oder sonst wohin getanzt haben. Meine Anerkennung noch für Wolf Trutz als Solveigs Vater, für Paul Bildt als Irrenhausdirektor, für seinen Patienten von Franz Weber und für den eleganten, schmissigen Tod von Lothar Müthel.

Der Dovre-Alte von Albert Florath (wie auch der Knopfgießer von Robert Müller) hätte im zynisch Gemütlichen schon erschreckender sein dürfen. Aber die Troll-Szene — die Musik allein kann es nicht machen — litt an einer merkwürdigen Nüchternheit, an einer überklaren Beleuchtung von allem, die sich gegen ihre Phantastik und ihre Drolligkeit geradezu feindlich benahm. Der „Große Krumme" gehört auch ins Dunkle; das ist doch selbstverständlich. Der Regisseur hat da offenbar zu viel gedacht, und sein Maler Caspar Neher hat ihn dabei nicht gestört.

Aber in der Hauptsache scheint mir der Regisseur wieder zu wenig gedacht zu haben. Ich rechte mit ihm über keinen Strich, namentlich nicht in den Afrikanischen Szenen, die doch kaum etwas Besseres als eine Operette mit einer nicht grade großartigen Satire zusammenbringen. Das große Leitmotiv: Sei du selbst — schien mir nicht scharf genug herausgeschlagen; es fehlte da eine geistige Profilerung. Die großen, die menschlichen Wirkungen lagen da, wo die Dichtung zum reinen Märchen und zur Musik zurückkehrt. Das ist viel; aber das Stück kann noch mehr herausgeben.

Arthur Eloesser.

Premieren-Verlegungen. Die Premiere des Lustspiels „Der letzte Equipagem" im Lessing-Theater ist von heute, Donnerstag, auf Dienstag, 13. Oktober, verlegt worden. Die zur Premiere gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Bis dahin weiter „Junge Liebe" in der Premierenbesetzung. — Die für Freitag, den 9. Oktober, angesetzte englische Premiere von „Two Virtues" im Kleinen Theater ist auf den 16. Oktober, abends 8 Uhr, verlegt.

Direktionswechsel im Bayrischen National-Museum. Wie uns aus München berichtet wird, tritt der Direktor des Bayrischen National- und Armee-Museums, Geheimrat Halm, wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Als Nachfolger werden genannt: der frühere Hauptkonservator im Münchener Residenzmuseum, Adolf Feulner, der zur Zeit das Kunstgewerbemuseum in Frankfurt a. Main leitet; ferner der Kunsthistoriker Hubert Wilm und der Direktor des Stuttgarter Schloßmuseums, Buchheit. Die Entscheidung wird schwierig sein, da die Offiziersverbände des alten bayrischen Heeres und der Kriegerbund die Personalunion Nationalmuseum—Armeemuseum wieder aufgehoben haben wollen und auch schon ihren Kandidaten bereithalten. Man darf hoffen, daß die maßgebende Stelle sich in ihrer Wahl lediglich nach der Fähigkeit und künstlerischen Gesinnung bestimmen lassen wird.

Rundfunk: Podium, Stunde der Unbekannten. Häufig zum Podium der Unbegabten degradiert, bringt es diesmal außer einigen Nieten die Bekanntschaft mit einer sprachkräftigen, kühn zupackenden Kurzerzählung von Alfred Endler. Eine andere Dichtung des gleichen Mannes ist weniger beherrscht, verliert sich in bizarren Visionen; aber sicher ist hier Formgefühl und eine lebendige Sprachphantasie vorhanden. Die meisten Autoren bringen wieder Gedichte; die lyrische Form scheint noch immer die stärkste Anziehungskraft zu haben, meist Stimmungsmalereien ohne besondere Kennzeichen. Nur Eberhard Meckel wirkt in Gedichten durch das Aroma des alemannischen Dialekts und durch starkes Naturempfinden, während sich Hans Eich mit Versen wie „Sie übten alle Spiele zwischen Hahn und Huhn und plötzlich waren sie als Ehepaar getraut" unfreiwilligen Extraapplaus sichert.

Die nächste Premiere des Kurfürstendamm-Theaters. Dr. Ludwig Berger wurde von den Reinhardt-Bühnen verpflichtet, die Uraufführung von Ilse Langners „Heilige aus U.S.A." am Kurfürstendamm-Theater zu inszenieren. Das Stück dramatisiert das Leben Mary Baker-Eddys, der Begründerin der Christian science.

Politik im Buch

Hitlers dritter Humanismus

Die kulturpolitische Broschüre hat in letzter Zeit wieder mehr Geltung erlangt. Das große weit angelegte Buch hat zu wenig Stoßkraft im Kampf der Meinungen; man greift zur Form der Kampfschrift, wenn man will: Zur Form dessen, was man früher in großen Kampfzeiten ein Pamphlet nannte. Ein Pamphlet im besten Sinne ist diese Broschüre des Wiener Kulturkritikers Oskar Benda, die den Titel trägt „Die Bildung des Dritten Reiches. Randbemerkungen zum gesellschaftsgeschichtlichen Sinnwandel des deutschen Humanismus."

Dieser Untertitel klingt sehr gelehrt und sehr historisch. Aber der Inhalt ist durchaus aktuell und kämpferisch. Benda entdeckt hier kritisch das Quellgebiet der Hakenkreuz-Ideologie: den Stefan-George-Kreis, der der Ausgang dessen ist, was Benda den „dritten Humanismus" nennt. Dieser „dritte Humanismus" ist etwa vierzig Jahre alt und, sozialgeschichtlich gesehen, „nichts anderes als die spätkapitalistische Erscheinungsform des humanistischen Bildungsgedankens und als solche, wie wir fürchten, nicht lebensprangende Morgen-, sondern melancholisch verblendende Abendröte."

Der Humanismus Kants, Lessings, Schillers, Herders und noch des jungen Goethe war im Ethos bürgerlich-revolutionär. In der Romantik schon biegt der Humanismus ins Gegenrevolutionäre und Antidemokratische um und wird zur konservativen Funktion eines feudal-aristokratischen Staates. Seine Weiterbildung, der „dritte Humanismus", will nichts weiter mehr als „die pädagogische Ausfonderung einer bildungsaristokratischen Oberschicht aus dem Volkskörper als ideologischen Trägers einer antidemokratischen Herrschaftsform."

Benda behauptet, daß dieser „dritte Humanismus", also die Ideologie des George-Kreises, die Universitäten und die bildungsaristokratische Jugend seit langem beherrsche. Die demokratischen Kreise machten sich keine auch nur annähernd richtige Vorstellung von Umfang und Tiefgang dieser verhängnisvollen Wirkung Georges und seiner Gefolgschaften. Die nationalsozialistische Ideologie verdanke ihren höheren — und allein diskutierbaren — Apparat zum größten Teil diesem Kreise: „George verhält sich zu Hitler, von den Größenverhältnissen abgesehen, in jeder Hinsicht wie d'Annunzio zu Mussolini."

Diesen Satz beweist Benda mit vielen Einzelheiten. Auch die Dolchstoßlegende ist nach ihm im George-Kreis entstanden oder hat da „zumindest die Sanktion des Geistes" empfangen." Er zitiert und interpretiert vor allem Max Weber, der allein schon frühzeitig diese Zusammenhänge erkannt habe und sich gegen den mythischen Wissenschaftsbegriff und vor allem den Massenhaß Georges unter Betonung der demokratischen Idee gewendet habe. Benda erklärt dann noch einmal diesen dritten Humanismus für „romantisierte Renaissance" und stellt fest: „Der Kreis um George hat zum ersten Male in Europa den Gedanken der modernen Diktatur „vergottet" und „verleibt". Die ganze Ideologie des italienischen Faschismus klingt wie ein Echo der Stimmen aus dem heiligen Hain Georges; alle ihre Leitgedanken: die heldische Elite, die Hierarchie und der korporative Rechtsstaat", sind hier vorgestaltet, und vorgestaltet ist hier zuvörderst auch die heldische Vision des Diktators, dessen geschichtlichen Erscheinungsformen George unermüdlich besingt . . ."

Bendas kleine Kampfschrift ist nützlich; sie zeigt eine Entwicklung, die sich lange Jahre sozusagen unterirdisch vollzogen hat, bis sie mit einem Schlage in überraschender Breite ans Tageslicht der aktuellen Politik trat. Es ist gut, die Herkunft dieser Ideologie zu wissen, wenn man sie erfolgreich bekämpfen will. —ss—

Der religiöse Kommunist

Eckerts Gang nach Moskau

Der Führer der religiösen Sozialisten, Pfarrer Eckert in Mannheim, bekannt aus verschiedenen Disziplinarverfahren seiner kirchlichen Behörde, ist nun auch bei seiner Partei in Ungnade gefallen. Weil er dem Sendewitz-Flügel und dem Mitarbeiterkreis der „Fackel" angehört, also nach der Auffassung des Parteivorstandes sich der Sonderbündelei schuldig gemacht hat, ist er ausgeschlossen worden. Vom Standpunkt der Partei aus, die in ihrer so ungeheuer erschwerten politischen Situation Disziplin fordern muß, ist dieses Verfahren durchaus konsequent. Und ebenso folgerichtig erscheint jedem, der Eckerts politische Entwicklung verfolgt hat, daß er nun selbst alle Brücken zu seiner bisherigen Umgebung abbricht. Er trägt sich mit dem Gedanken, in die Kommunistische Partei einzutreten, und wird zunächst als Teilnehmer eines Studientomitees nach Rußland gehen.

Dieser Mann ist gehetzt von einem so fanatischen, religiösen Willen zur sozialen Gerechtigkeit, daß er sich nicht mehr an der Tatsachenwelt orientiert, sondern sein Empfinden zum absoluten Maß aller Dinge erhebt, auch wenn er selbst daran zerbricht. Wie er als Proletarierpfarrer alle Reste des historisch-staatskirchlichen Denkens ausrotten will und, vielfach mit Recht, die alten politischen Bindungen der Kirche, ihre traditionelle Passivität gegenüber den sozialen Entscheidungen als den Krebsschaden ihres geistigen Lebens verdammt, so mehrt er sich jetzt gegen jedes Kompromiß in der politischen Führung seiner Partei und im Verhalten jedes einzelnen. Er glaubt die „Freiheit eines Christenmenschen" zu verteidigen, und er verficht sie mit der Verbissenheit eines hemmungslosen Temperaments, das sich selbst aller Wirkungsmöglichkeit beraubt, tragisch und grotesk zugleich. Ein Michael Kohlhaas!

Wenn Eckert zu den Kommunisten geht, ist er sicher ehrlichen Glaubens. Wenn sie ihn aufnehmen, handeln sie unehrlich, denn für einen Mann, dem es um die Verwirklichung seiner im tiefsten Grunde religiösen Ueberzeugung zu tun ist, gibt es in der Partei der „Gottlosen" keinen Raum. Eckert wird das wohl bald genug erleben müssen. Seiner bisherigen Wirksamkeit bereitet er jedenfalls ein Ende. Die Kirche wird ihm sein Amt nehmen, wenn er es nicht selbst sofort niederlegt. Die religiösen Sozialisten haben allerdings in einer Sondertagung festgestellt, daß keine Bedenken gegen den Beitritt des Pfarrers Eckert zur Kommunistischen Partei bestehen. Trotzdem dürfte er als Pfarrer künftig auch von dieser Seite umkämpft werden.

O. H.

Forderungen des Afa-Kongresses

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 7. OKTOBER

Der letzte Tag des Afa-Gewerkschaftskongresses wurde mit Diskussionsreden, Geschäftsbericht, Erledigung der zahlreich eingebrachten Anträge und organisatorischen Entscheidungen ausgefüllt. Die Anträge, die von verschiedenen Punkten her die alte Frage der politischen Neutralität des Afa-Bundes anschnitten, zeitigten eine Erklärung Aufhäusers, in der die Sachlage etwa so formuliert wurde: Als eine Gewerkschaft muß sich der Bund seine Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit gegenüber der Parteipolitik bewahren, aber es hat sich eben nun einmal eine enge Arbeits- und Kampfgemeinschaft zwischen Afa und SPD. entwickelt.

In Entschließungen wurde die Ratifizierung des internationalen Uebereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in den Büros verlangt. Weiter wird im Hinblick auf die wachsende Stellenlosigkeit der Angestellten gefordert, daß der Einstellungszwang von Versorgungsanwärtern bei der Kranken-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung auch künftig zugunsten der Angestellten unterbleibe. Schließlich wenden sich die Resolutionen gegen die Benachteiligung der seemännischen Angestellten in der deutschen Sozialpolitik.

Ein „orientierender Vortragsabend"

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 7. OKTOBER

Unter der Ueberschrift „Bekenntnisse im Kreise des Großkapitals" bringt die sozialdemokratische „Münchner Post" einen Bericht aus Augsburg, dem zufolge in vergangener Woche die Nationalsozialisten in Augsburg unter Ausschluß der Oeffentlichkeit einen Werbeabend vor dortigen einflußreichen Kreisen der Großindustrie, des Handels und der Bankwelt veranstaltet haben. An der intimen Aussprache im Spiegelsaal des exklusiven Hotels „Zu den drei Mohren" nahmen rund 250, ausschließlich geladene Gäste aus der „besseren Augsburger Geschäftswelt" teil. Zur Sicherung der Vertraulichkeit war sogar auf S.A- und S.S.-Leute verzichtet worden; der Saalschutz wurde durch Ingenieure und Kaufleute in Gesellschaftskleidung besorgt. Das Augsburger Hitlerblatt gibt erst nachträglich von der Veranstaltung Kenntnis und erklärt, sie sei ein „orientierender Vortragsabend des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung bei der Reichsleitung der N.S.D.A.P.", des Dr. h. c. Wagener, gewesen.

Abschied vom alten Unterhaus

MacDonalds Appell an das Volk

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 7. OKTOBER

Das Unterhaus trat zu seiner letzten Sitzung um 3 Uhr zusammen. Es war sehr schlecht besetzt und wickelte seine letzten Aufgaben möglichst rasch ab. Kurz nach 4 Uhr waren diese zu Ende, und die anwesenden Abgeordneten, mit dem Kabinett an der Spitze, folgten dem „königlichen Boten" an die Barre im Haus der Lords, wo der Lord-Chancellor die königliche Botschaft verlas, die die beiden Häuser des Parlaments vertagt, und seine Genehmigung für Neuwahlen, die am 27. Oktober stattfinden, erteilt.

Premierminister MacDonald wird nun doch in seinem eigenen Wahlkreis Seaham kandidieren und seine Wahlkampagne dort am kommenden Montag, seinem 65. Geburtstag, mit einer großen Rede eröffnen. Allerdings wird er sich sicherheitshalber auch noch in einem andern, vielleicht Londoner Wahlkreis aufstellen lassen.

In einer Proklamation des Königs wird das neugewählte Unterhaus zum 3. November nach Westminster einberufen.

★

Der Premierminister MacDonald hat heute abend sein Wahlmanifest, das er „einen Appell an die Nation" nennt, veröffentlicht.

MacDonald führt hierin aus, daß die gegenwärtige „nationale Regierung" vor einer ständig anwachsenden Krise gebildet werden mußte. Sie hat die Politik der Kreditaufnahme eingestellt, Ersparnismaßnahmen durchgeführt und das Budget balanciert. Angesichts der Weltwirtschaftslage und internationalen Finanzkrise mußte die Regierung jedoch den Goldstandard aufgeben und in der nächsten Zukunft werden nationale und internationale Schritte von äußerster Wichtigkeit unternommen werden müssen, um die Stabilität zu sichern und eine Wiederholung der kürzlichen Geschehnisse zu vermeiden. „Wir werden ohne Ausschub eine Währungspolitik durchführen müssen, die das Vertrauen und das Ansehen des Sterlings wiederhergestellt.

Internationale Abkommen müssen getroffen werden, die einige der grundlegenden Ursachen der Wirtschaftskrise — die Kriegsschulden und Reparationen —, an denen die Welt jetzt leidet, zu beseitigen. Wir müssen Pläne ausarbeiten, um die passive Handelsbilanz in eine aktive zu verwandeln."

Die Regierung müsse ferner die Arbeitslosenfrage in Angriff nehmen und durch Erweiterung des Inlands- und Auslandsmarktes Arbeit schaffen. **Angesichts der Vielseitigkeit und der Dringlichkeit dieser Probleme könne die Regierung kein detailliertes Programm vorlegen und sich an ein solches nicht binden.**

„Die Regierung muß daher freie Hand haben, jeden Vorschlag, der zur Durchführung dieser Ziele dient, zu erwägen. **Hierunter fallen Zölle, Ausdehnung des Exports und Einschränkung des Imports, Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen mit den Dominions.** Die Geldentwertung muß aufmerksam verfolgt werden. Die Ersparnisse, die zur Ausbalancierung des Budgets gemacht werden müssen, beeinflussen das Leben unseres Volkes — und wir müssen alles tun, um das Volk gegen Ausbeutung zu schützen. Eins steht jedoch fest; das Budget darf kein Defizit wieder aufweisen." Der Premierminister weist sodann darauf hin, daß die Regierung national und nicht parteimäßig zusammengesetzt sein darf, angesichts der Verpflichtungen, die sie übernehmen muß.

Politik in Covent Garden

In einer zwanzig Minuten langen Rundfunkrede während einer Pause in der Parsival-Vorstellung im Covent-Garden-Opernhaus, die er heute abend besuchte, hat Premierminister MacDonald die Gründe, die zur Bildung der nationalen Regierung führten, ausgeführt, und die in dem Wahlmanifest niedergelegten Grundlinien seiner weiteren Politik erläutert.

Masaryk wollte Polen opfern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 7. OKTOBER

Wie seinerzeit die Veröffentlichung der Berliner Erinnerungen des englischen Botschafters Lord d'Abernon großes Aufsehen in Deutschland erregten, so hat ein neues Memoirenbuch dieses englischen Diplomaten, das seine Tätigkeit als Chef der Interalliierten Zivilkommission während des russisch-polnischen Krieges von 1920 schildert, größten Eindruck in Polen gemacht. D'Abernons vorsichtiges Eintreten für einen deutsch-polnischen Ausgleich wird hier sehr beachtet.

Besonders sensationell aber wirkt, was er über die Stellungnahme des Präsidenten Masaryk während des russisch-polnischen Krieges berichtet. Masaryk habe ihn, so erzählt d'Abernon, in einer Unterhaltung am 24. Juli 1920, vor jeder Unterstützung Polens durch die Interalliierten gewarnt. Warschau sei doch militärisch verloren und die Autorität der Alliierten werde nur leiden, wenn sie für die aussichtslose Sache Polens gegen die Bolschewisten eingesetzt würden.

Die amtliche Zeitschrift des polnischen Außenministeriums druckt eine Uebersetzung dieses Berichts ohne jeden Kommentar ab. Auch die offiziösen Warschauer Regierungszeitungen haben jede Bemerkung dazu unterdrückt, aber die ohnehin niemals allzu freundliche Stimmung der polnischen politischen Kreise gegen die Tschechoslowakei und ihre politische Führung hat durch dieses englische Zeugnis über die Haltung Prags in einem für die europäische Geschichte entscheidenden Augenblick einen neuen schweren Stoß erlitten.

Prag will Moskau anerkennen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAG, 7. OKTOBER

Wie wir hören, wird es in den nächsten Tagen zu der de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch die Tschechoslowakei kommen. Die bisherige Handelsvertretung Sowjetrußlands in Prag wird in eine Gesandtschaft umgewandelt werden. Gleichzeitig sollen Verhandlungen zum Abschluß eines ordentlichen tschechoslowakisch-russischen Handelsvertrages aufgenommen werden.

Deutsch-russischer Schlichtungsentwurf unterzeichnet

Die deutsch-sowjetistische Schlichtungskommission hat ihre Stellungnahme zu verschiedenen strittigen Fragen aus den deutsch-sowjetistischen Verträgen sowie zu einzelnen besonderen Streitfällen in einem Bericht niedergelegt, der heute zur Unterzeichnung gelangt ist und den beiderseitigen Regierungen zur Bestätigung vorgelegt werden wird.

Spaniens neuester Thronprätendent

Die spanischen Carlisten haben, nachdem der letzte Prätendent Don Jaime von Bourbon in Biarritz beigesetzt worden ist, den Infanten Alfons von Bourbon-Oesterreich-Este zu ihrem Thronanwärter erhoben.

Wer vieles bringt . . .

Das war kein guter Moment für den Start einer Notverordnung: das Kabinett in Demission, Ankündigung neuer weittragender Schritte durch den amerikanischen Präsidenten und als Untergrund wachsende Unsicherheit über die Entwicklung der internationalen Beziehungen. Unter diesen Umständen müssen die einzelnen Bestimmungen der neuen Notverordnung etwas anders gewertet werden, als es sonst angemessen gewesen wäre. Der politische Gesichtspunkt muß in den Vordergrund treten. Aber damit scheint kaum eine Inkongruenz zu entstehen; denn wenn überhaupt in dieser Notverordnung so etwas wie ein leitender Gesichtspunkt erkennbar ist, dann ist es offenbar die Sorge um politische Dinge. Das Prinzip, in das sich diese Sorge geflüchtet hat, lautet: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen.

Dabei ist allerdings wichtiger als das, was gebracht ist, das, was nicht gebracht wird. Man hat sich nicht nur bemüht, verschiedene, verhältnismäßig weit auseinanderliegende Wünsche und Interessen zu befriedigen, man hat sich offenbar noch mehr Mühe gegeben, keinerlei Interessen zu verletzen. Eine Aufzählung dessen, was nicht in der Notverordnung steht, kann das überzeugend belegen: es steht kein Wort darin von Preissenkung, von Kartellen und Zöllen, nicht einmal ein Andeutung von noch dringenderen Problemen, vom Kohlenpreis, von den Frachten und den Mieten. Der letzte Punkt wiegt besonders schwer, denn es ist eine Senkung der Hauszinssteuer von 20 v. H. verfügt worden. Wenn auch für eine solche Senkung manche guten Gründe sprechen, die Modalitäten der Durchführung im einzelnen müssen die schwersten Bedenken wecken. Alle diejenigen derer, die ihre alten Mietsätze trotz völlig veränderter Verhältnisse jetzt weiter zahlen müssen oder nicht aus ihren langfristigen Mietsverträgen herauskönnen, müssen eine schwere Erbitterung über dies etwas einseitige Geschenk empfinden.

Es heißt in der amtlichen Erläuterung, daß die eigentliche Entscheidung über das Problem der Hauszinssteuer „einstweilen zurückgestellt" worden ist. Die ganze Notverordnung wird ja als eine Abschlagszahlung gekennzeichnet. Grade das aber ist der schwere, nicht wieder gutzumachende Fehler. Seit Monaten wird das „große Winterprogramm" angekündigt. Seit Wochen wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Erwartungen werden durch ständig durchsickernde Nachrichten immer höher gesteigert. Und dann kommt ein Gesetzgebungswerk heraus, das zwar eine Fülle von Maßnahmen und Paragraphen enthält, das aber weder Entscheidungen noch eine klare Linie, noch große weitreichende Gesichtspunkte bietet. Dabei sind die einzelnen Bestimmungen zum Teil von tief einschneidender Bedeutung, die Umschuldung der Länder und Gemeinden z. B., die Pensionskürzung, die Herabsetzung übermäßig hoher Dienstvergütungen in der privaten Wirtschaft, die Sondergerichte, die Vorschriften für die Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Grundrechte werden da mit einem Federstrich, möchte man sagen, beiseite geschoben und „Treu und Glauben", die in dem Kapitel über die Gehaltsherabsetzung in der privaten Wirtschaft ausdrücklich zitiert werden, in einer Weise strapaziert, daß die schwersten Befürchtungen für die noch bevorstehenden Maßnahmen nicht von der Hand zu weisen sind.

Es ist bedauerlich, daß die Wirkung einiger guter Gedanken der Notverordnung unter diesen Umständen leiden muß. Dazu ist in erster Linie die Förderung der Siedlung zu rechnen. Hier liegt zweifellos ein wertvoller Ansatzpunkt für künftige bedeutsame Entwicklungen. Die Siedlung bietet kaum zu erschöpfende Möglichkeiten, die nicht nur die Arbeitskräfte, sondern die Phantasie und die Hoffnung der Arbeitslosen binden und wertvollen Zielen zuführen kann. Auch die Milderung der Härten der Juli-Notverordnung für die Arbeitslosen, die Hilfe für die Gemeinden sollen nicht unterschätzt werden. Aber können diese Lichtblicke das Dunkel, das sonst die Ziele und leitenden Ideen der Notverordnung verhüllt, aufhellen?

Die Mühe um diese Notverordnung dürfte vergeblich sein. Sie muß sich auf die nächste konzentrieren. Sie muß erreichen, daß das angekündigte Wirtschafts- und Sozialprogramm bald, und zwar als ein wirkliches wegweisendes Programm folgt. Wegweisend, d. h. nicht nach dem Prinzip allen etwas bringen zu wollen und damit schließlich keinen zufriedenzustellen, sondern als konsequente Entwicklung eines tragenden und überzeugenden Grundgedankens.

In der amtlichen Begründung zu der neuen Notverordnung heißt es am Schluß: „Es muß gelingen, das gesamte Preisniveau rasch auf die verringerte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen, die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzukehren, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren im großen Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt." Darin könnte in der Tat so etwas wie die Verheißung eines Programmes liegen. — Wir werden die Regierung, sie möge aussehen wie sie will, an dieses Wort zu gegebener Zeit erinnern.

R. W.

Der achte Teil

Mißverständnis bei Hugenberg

Die neue Notverordnung ist so umfangreich, daß es längerer eindringender Arbeit bedarf, sie verständlich zu machen. Kenner des Staatsrechts und der Verwaltung werden genug damit zu tun haben. Unberufene allerdings sollten die Hände davon lassen, denn mit ihrer profunden Unkenntnis stören sie nur.

Zu diesen Unkundigen gehört offenbar der Sachbearbeiter der Hugenberg-Presse. Er hat den achten Teil entdeckt, die Schlußbestimmungen der Notverordnung. Dieser achte Teil, der, um Platz zu sparen, in den Pressezusügen gewöhnlich gar nicht erwähnt wird, umfaßt zwei Paragraphen: er setzt fest, daß der auf die Verkündung folgende Tag der 7. Oktober ist und daß die im Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung genannten Grundrechte für die Geltungsdauer dieser Verordnung in dem zu ihrer Durchführung erforderlichen Umfang außer Kraft gesetzt werden. Das überschreibt der „Lokal-Anzeiger": „Notverordnung hebt Grundrechte der Verfassung auf" und die „Nachtausgabe": „Nach der neuen Notverordnung gibt es keine Unverletzlichkeit der Wohnung und des Privateigentums mehr".

Dem Kommentator der Hugenberg-Presse ist da ein Mißgeschick passiert. Er hält offenbar den Teil 8 für ein besonderes Teufelswerk, in dem über die sonstigen Bestimmungen der Notverordnung hinaus die persönliche Freiheit beeinträchtigt werde. Er hätte besser lesen sollen. Die Maßnahmen der neuen Notverordnung sind einschneidend genug, so daß man sie nicht zu übertreiben braucht. Der achte Teil der Notverordnung ist rein formal, er schafft nur den in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Rechtsboden, indem er die Grundrechte insoweit außer Kraft setzt, als die vorhergehenden Bestimmungen der Notverordnung diesen Grundrechten widersprechen. So ist es schon immer gehalten worden, und die agitatorisch dick aufgetragenen Ueberschriften der Hugenberg-Blätter hätten mit gleichem Rechte schon vor einem halben Jahre gebracht werden können. **Denn die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 27. März 1931 enthält in ihrem § 16 bereits wortwörtlich dieselbe Außerkraftsetzungsklausel.**

*

Auch von „zuständiger Stelle" wird unsere Rechtsauffassung bestätigt. Die Außerkraftsetzung von Grundrechten gelte nur für Amtshandlungen der in der Notverordnung selbst bezeichneten Art und nur für die Behörden, die mit ihrer Durchführung betraut sind. Praktisch handele es sich lediglich um die Befugnis, Personen, die bei Waffenvergehen auf frischer Tat ertappt sind, bis zu ihrer Aburteilung die persönliche Freiheit zu entziehen, und um das Recht, in die Unverletzlichkeit der Wohnung insoweit einzugreifen, als Wohnräume zu Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigungen gemacht worden sind. Eine weitergehende allgemeine Vollmacht, sich über die Grundrechte der Staatsbürger hinwegzusetzen, sei durch die Notverordnung nicht geschaffen worden.

*

Auf der zweiten Seite der Inhaltsangabe der Notverordnung ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß in dem Absatz, der oben in der zweiten Spalte mit „Wie bei den Ausführungen" beginnt, in der zweiten Zeile heißen „für die Rechnungsjahre 1932 bis 1935" (nicht 1934).

Neue Wege der Siedlung

Erläuterungen des Ministers Treviranus

Reichsminister Treviranus, der für das neue Siedlungsprogramm zum Reichskommissar mit umfassenden Vollmachten ernannt worden ist, erklärte einem gelegentlichen Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung":

Es bleibt ein Wagnis, in größter finanzieller Bedrängnis Millionen von Steuergeldern für die Heimsiedlung zehntausender erwerbloser Familien am Rande der Großstädte aufzuwenden. Aber als die ersten Nachrichten über die Absicht bekannt wurden, Erwerbslosen die Möglichkeit zu bieten, sich ein eigenes Dach über dem Kopf zu zimmern und auf eigenem Grund und Boden einen Teil ihrer Nahrungsmittel als Selbstversorger anzubauen, brachen allerorts müde und verzweifelte Herzen auf und bekannten sich zu dem Gedanken der Selbsthilfe. Es gibt ungenutzte oder schlecht genutzte Freiflächen genug im öffentlichen Eigentum, mit deren Aufteilung in Heimstätten von 100 bis 1000 Quadratmetern sofort ein Anfang gemacht werden kann. Man muß mit dem Spaten die zur Verfügung gestellte Fläche umgraben können: Wer sich durchbeißt, kann mehr Land anfordern. Diese Ausdehnungsmöglichkeit muß bei der Landzuteilung bedacht werden. Niemand kann von solcher Heimsiedlung seine Familie voll ernähren; deshalb muß für Kurzarbeit und Verkehrsnähe vorgesorgt werden.

Was kostet ein Mindestmaß an Wohnung? Hunderte von Plänen fliegen in diesen Tagen auf den Schreibtisch. Man braucht Muster, verteilt im Reich, um ein Durchschnittsbarlehen praktisch errechnen zu können. 1800 bis 2000 RM sollen für jeden vorgelegt werden. Erbpacht und Hauszins dürfen nicht mehr als monatlich 15 RM betragen. Größte Primitivität bleibt Voraussetzung für das Gelingen des Versuchs.

Das Land irrt, wenn es schlechthin dem Großstädter die Siedlertätigkeit abspricht. Ein Beweis dafür sind die blühenden Schrebergärten am Rande der Großstädte, die oft kargem Sandboden mit unendlicher Mühe und mit den bescheidensten Mitteln abgerungen sind.

Der Sinn dieses Siedlungsgedankens ist zugleich **Kampf gegen die Paragraphen.** So wenig behördliche Bevormundung wie möglich! Fort mit allen Gebühren, die das Bauen unerhört verteuern!

Wenn wir für die Heimsiedler sämtliche Vorschriften der Baupolizei und der Gesundheitspolizei außer Kraft setzen, so werden **schon jetzt eine große Anzahl sogenannter Wohnlauben rund um Berlin mit einem Schlage auch während des Winters bewohnbar,** ohne daß die Bewohner körperlichen Schaden leiden. Allein für Berlin bedeutet das vielleicht 15 000 Kleinwohnungen, die in der Stadt frei werden.

Reichsgarantie für die Umschuldung

Die Verteilung der Hilfe an die Gemeinden

Ueber die Durchführung der Umschuldung und die Hilfe für die Gemeinden machte der Reichsfinanzminister gestern vor der Presse einige erläuternde Angaben. Danach erwies sich der ursprüngliche Plan einer Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Wohlfahrt zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge als undurchführbar, einmal weil dann eine gleichmäßige Unterstützung von Erwerbslosen in großen und kleinen Städten herausgekommen wäre, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, dann aber auch, weil nicht alle Gemeinden eine Entlastung von der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge nötig haben.

Besonders belastet sind das Rheinland, Sachsen, die Stadt Berlin und einzelne östliche Gebiete, so vor allem die Stadt Breslau, während z. B. die württembergischen Gemeinden nur ein Neuntel der Erwerbslosen haben, die die sächsischen Gemeinden aufweisen. Man ist deshalb dazu übergegangen, die Städte entsprechend der Höhe ihrer Erwerbslosigkeit und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen in Größenklassen einzuteilen und die Zuschüsse auf die Gemeinden zu beschränken, die innerhalb ihrer Gruppe den Durchschnitt an Wohlfahrtserwerbslosen überschreiten. Die Länder haben eine gleichmäßige Regelung von Reichs wegen allerdings nicht zulassen wollen, und man hat sich deshalb genötigt gesehen, den Gesamtaufwand von 230 Millionen in einen Fonds von 80 Millionen zu teilen, den die Länder zur Weitergabe an die Gemeinden erhalten, und in einen Betrag von 150 Millionen, der von Reichs wegen verteilt wird. Bei dieser Regelung werden beispielsweise auf Berlin 25 Millionen, auf Breslau 7 Millionen entfallen.

Wenn die bei dem Reichsfinanzministerium errichtete Umschuldungsstelle nicht durch eine Verständigung zwischen der Gemeinde und den Gläubigern eine tragbare Schuldentilgung erreichen kann, wird die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken für die Umschuldung der betreffenden Gemeinden Obligationen ausgeben. Um der Gefahr vorzubeugen, daß diese Obligationen unter den jetzigen Umständen nicht abgesetzt werden können, sollen sie bei der Reichsbank lombardfähig gemacht werden, so daß auf diesem Wege Mittel für die betroffenen Banken flüssig werden. Außerdem erhalten die Länder durch die Möglichkeit, vier Jahre lang 12 v. H. der Hauszinssteuern einem Umschuldungsfonds zuzuführen, allmählich einen Betrag von 480 Millionen Mark für den Umschuldungszweck. Die Aktion wird dadurch gestützt, daß das Reich und die Länder die umgeschuldeten Kredite garantieren.

Curtius — von Polen aus gesehen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 7. OKTOBER

Die Abschiedsworte der polnischen Presse für Curtius sind bisher durchweg sehr unfreundlich. Der „Krakauer Illustrierte Kurier" stellt ein „Sündenregister" des zurückgetretenen Reichsaußenministers auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Politik zusammen. Das von Ulrich Rauscher in der Amtzeit Stresemanns mühsam zustandegekommene Ausgleichswerk sei unter Curtius wieder völlig zerfallen. Würde Brüning selbst das Auswärtige Amt übernehmen, so hätte das Ausland es wenigstens mit einem Mann von bestimmten realen Ansichten zu tun, der auch in der Lage sei, sich durchzusetzen. Aehnlich äußern sich andere Blätter sowohl des polnischen Regierungslagers wie der Opposition.

Waentig sitzt bei der Volkspartei

Der aus der sozialdemokratischen Partei und deren preußischer Landtagsfraktion ausgeschiedene frühere preußische Innenminister und Oberpräsident Abg. Waentig hat das Landtagspräsidium ersucht, ihm nunmehr einen Abgeordnetensitz zwischen den Bänken des Zentrums und der Deutschen Volkspartei anzuweisen. Waentig ist damit keiner Partei beigetreten, sondern „Wilder".

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Calmette über den Calmette-Prozeß

Am 12. Oktober wird vor dem Großen Schöffengericht in Lübeck der Prozeß gegen die drei Aerzte des Lübecker Krankenhauses beginnen, denen die Anklage die Schuld am Tode der mit Calmette-Kulturen geimpften 75 Säuglinge zur Last legt. Es handelt sich aber in diesem Prozeß nicht nur darum, die Schuld der angeklagten Aerzte festzustellen, sondern es geht auch um eine wissenschaftliche Streitfrage von eminenter Bedeutung, nämlich um den Wert des Calmetteschen Heilverfahrens und darüber hinaus um die Frage der Vakzinol-Behandlung überhaupt. Unter diesen Umständen verdienen die Ausführungen, die Professor Calmette unserem Pariser Mitarbeiter Dr. Alfred Alster für die „Vossische Zeitung" zur Verfügung stellte, besondere Beachtung:

Nachdruck verboten

In diesen Tagen wird in Lübeck die Entscheidung darüber fallen, wen die Schuld an den erschütternden Ereignissen von Lübeck trifft. Auch ich habe die Aufforderung bekommen, vor dem Gericht zu erscheinen, doch sah ich mich genötigt, abzulehnen, obgleich ich mit Freuden für die Unschuld der Kollegen Dr. Altstedt und Dr. Kloß eingetreten wäre. Allein dies hätte nur um den Preis schwerer Anschuldigung gegen einen anderen deutschen Kollegen geschehen können, wozu ich als Ausländer, als Franzose, mich schwer entschließen konnte. Dennoch lege ich Wert darauf, daß das deutsche Publikum meine wissenschaftliche Ueberzeugung in der Lübecker Frage kennt.

Aus den Feststellungen der von der Deutschen Regierung ernannten Sachverständigen geht eindeutig hervor, daß die vom Pasteur-Institut in Paris im Juli 1929 an das Lübecker Krankenhaus-Laboratorium abgesandten Calmette-Guerinschen Bazillenkulturen rein und für Kontrolltiere unschädlich waren. Dem Calmette-Guerinschen Impfstoff kann also nicht der Tod so vieler unglücklicher Kinder zugeschrieben werden, die man zu verzeichnen glaubte, indem man sie in Wahrheit mit virulenten Bazillen infizierte.

Für diesen Irrtum kann nur eine Stelle verantwortlich gemacht werden, nämlich jene, die mit der Fortzüchtung der Calmette-Guerinschen Kulturen und der Herstellung der Vakzinodosen beauftragt war und die dabei nicht jene Fürsorge beobachtet hat, die notwendig gewesen wäre, um jede Verwechslung der Kulturen zu vermeiden und die Reinheit der Vakzinodosen stetig aufs genauste zu prüfen. Herrn Dr. Altstedt für diese Fahrlässigkeit verantwortlich machen zu wollen, wäre nach meiner Auffassung höchst ungerecht, weil er ja mit der Bereitung und Ausgabe der Vakzinodosen nichts zu tun hatte. Der Vorwurf, er habe sich schon durch die Einführung des Calmette-Guerinschen Verfahrens in Lübeck schuldig gemacht, kann darum nicht aufrechterhalten werden, weil diese Methode die von den Sachverständigen des Völkerbundes im Oktober 1928 als unschädlich anerkannt wurde, ja seit mehreren Jahren in verschiedenen deutschen Städten und im Ausland (vor allem in sehr ausgedehntem Maße in Frankreich und Rumänien) auf Empfehlung bedeutender Gelehrter mit bestem Erfolg angewandt worden war.

Behauptungen, aber keine Beweise

In den wissenschaftlichen Zirkeln, in denen der Krankenhausdirektor Prof. Dr. Deycke viele Schüler besitzt, wird heute die Ansicht propagiert, die Calmette-Guerinschen Kulturen könnten bei ihrer Fortzüchtung plötzlich virulent werden und die Fähigkeit erlangen, progrediente Tuberkulose hervorzurufen. Wenn das zutreffe, so wäre klar, daß Professor Deycke keine Schuld trifft, daß aber Dr. Altstedt schuldig ist, ein zeitlich nicht hinreichend geprüftes Verfahren als unschädlich zu empfehlen. Nun scheint mir aber die Beweiskraft dieser Argumentation höchst zweifelhaft: Sind doch auf der ganzen Erde bis nun nicht weniger als 1 Million Kinder mit Calmette-Guerinschen Kulturen geimpft, ohne daß je Unglücksfälle beobachtet worden wären — ausgenommen in Lübeck!

Gleichwohl ist im Hinblick auf die Schuldfrage eine gründliche Betrachtung der Möglichkeit einer nachträglichen Virulenzsteigerung unumgänglich:

Petroff hat behauptet durch seine Arbeiten bewiesen zu haben, man erhalte durch Dissoziation der Calmette-Guerinschen Kulturen jährliche avirulente R-Kulturen, aber auch spärliche virulente S-Kulturen, die bei Kaninchen und Meerschweinchen progrediente, tötliche Tuberkulose hervorrufen.

Diese von Petroff veröffentlichte Behauptung ist jedoch bald widerlegt worden, von allen Bakteriologen, die sich bemüht haben, die Petroffschen Phänomene zu reproduzieren. So unter andern von Bruno Lange, Ludwig Lange und C. Prausnitz in Deutschland, von R. Krause und F. Gerlach in Oesterreich, von Tzeknowitzer in Rußland, von uns selbst in Frankreich und von vielen namhaften Forschern anderer Länder. Neuerdings hat Tadao Toda im Laboratorium von W. Kolle in Frankfurt Calmette-Guerinsche Kulturen mit ultravioletten Strahlen in R- und S-Kulturen dissoziieren können — allein beide waren avirulent.

Verunreinigte Kulturen

Später teilte Geheimrat Prof. Dr. Reuseld vom Robert-Koch-Institut in Berlin auf der internationalen Tuberkulose-Konferenz zu Oslo (August 1930) mit, er habe Petroff zu Ueberführung von Kulturen des R- und S-Typs gebeten, habe aber zu seiner großen Verwunderung feststellen müssen, daß sie beide mit einem virulenten Bazillus verunreinigt waren.

Woher also kam Petroffs Fehler stammen? Es wäre einerseits denkbar, seine Calmette-Guerinschen Originalkulturen seien zufällig mit einem virulenten Bazillus kontaminiert worden, denn sein Laboratorium (Saranc, U. S. A.) ist dem Personal des nahen Sanatoriums zugänglich. Es wäre aber ebenfalls erlaubt, an einen technischen Fehler zu denken, den man diesem „self-mademan" gerne verzeihen würde. Denn Petroff, früher Tuberkulosepatient, Philosoph und ausgezeichneter Photograph ist weder Arzt, noch Physiologe und verdankt seine biologischen Kenntnisse ausschließlich persönlicher Arbeit — wie man zu seinen Ehren feststellen muß.

Wie dem auch sei — jedenfalls konnte kein einziger Experimentator Petroffs Behauptung bestätigen, die Calmette-Guerinschen Kulturen stellten ein Gemisch aus einer großen Zahl virulenter und einer kleinen Zahl avirulenter Bazillen dar.

Gefahr bei Aenderung des Nährbodens?

Es war wieder Petroff, der als erster die Meinung aussprach, der Calmette-Guerinsche Bazillus könne vielleicht die Virulenz fördernde Bedingungen finden, wenn er nicht — wie dies im Institut Pasteur ausschließlich geschieht — auf Glycerinkartoffel gezogen wird, sondern auf festen Eiernährböden. Auch diese Hypothese wird durch die Tatsache widerlegt, daß eine ganze Reihe von Aerzten — ich nenne nur Zeylan in Polen, Kirchenstein in Lettland, und vor allen Bruno Lange in Berlin, die Calmette-Guerinsche Bazillen Monate, ja Jahre hindurch auf Eiernährböden fortgezüchtet und Kinder damit ohne Nachteil geimpft haben. Professor Bruno Lange vom Institut Robert Koch schrieb mir darüber:

„Im Jahre 1927 habe ich . . . zwei Calmette-Guerinsche Kulturen auf Eiernährböden angelegt. Nach dreißig Ueberimpfungen auf demselben Nährboden habe ich im Jahre 1930 mehrere Meerschweinchen mit 5 und 10 Milligramm dieser Kulturen geimpft. Niemals ist bei diesen Kulturen progrediente Tuberkulose aufgetreten."

Von den Professor Deycke nahestehenden Kreisen wird auch die Möglichkeit erörtert, die Virtulenz der Calmette-Guerinschen Bazillen werde durch deren längeren Aufenthalt im menschlichen oder tierischen Körper in gefährlicher Weise geändert. Indessen konnten ich und mein Kollege Guerin einwandfrei feststellen, daß die Calmette-Guerinschen Bazillen selbst nach zweijährigem Aufenthalt in vakzinierten Kindern für Meerschweinchen harmlos waren. Neuerdings hat L. Rabinowitsch Kaninchen getötet, die anfangs 1928 mit Calmette-Guerinschen Bazillen geimpft worden waren. Diese Tiere waren also mehr als drei Jahre lang beobachtet worden! „Bei der Sektion" — so schreibt Rabinowitsch — „wurde jedoch keine Spur einer tuberkulösen Veränderung gefunden; die Tiere waren dick und gesund. Drei Jahre sind für ein Kaninchen wohl das Aequivalent eines Menschenlebens mittlerer Dauer."

Die Furcht, der Calmette-Guerinsche Bazillus könne im Körper der Schutzgeimpften nach längerer Zeit virulent werden, ist also absolut unbegründet.

Infektion im Krankenhaus

Professor R. Kraus, der aus seinen zusammen mit F. Gerlach in Wien ausgestellten Versuchen die Ueberzeugung gewonnen hatte, der Calmette-Guerinsche Impfstoff sei unschädlich, hörte in Chile, dessen Gesundheitswesen er gegenwärtig leitet, von den Lübecker Ereignissen, und seine Ueberzeugung geriet ins Schwanken. Sein kräftigstes Argument gegen uns findet er heute in einer klinischen Beobachtung Annibal Arizjias. Diese Beobachtung bezieht sich auf ein im Kinderheim von Santiago in Chile im Oktober 1927 mit Calmette-Guerinschen Kulturen geimpftes Kind, das luetisch war und mit einem Jahr zum ersten Male auf Tuberkulin positiv reagierte.

Nun hat aber die von den chilenischen Sanitätsbehörden angeordnete Kontrolluntersuchung ergeben, das betreffende Kind sei im Kinderheim bis 1928 mit einer Krankenschwester in Kontakt gewesen, die an Nierentuberkulose litt und bei Röntgendurchleuchtung auch Lungenschatten aufwies. Es ist also eminent wahrscheinlich, daß das Kind von der Krankenschwester mit einigen virulenten Bazillen infiziert worden ist, so daß die Beobachtung, auf die Kraus seine Meinungsänderung stützt, sehr zweifelhaften Wert hat.

Es ist wahr — in der massenhaften Calmette-Guerin-Literatur sind auch andere Beobachtungen verzeichnet, die immer wieder von den wenigen Gegnern der Calmette-Guerin-Schutzimpfung zitiert werden. So insbesondere von Lignières und Leon Tixier in Frankreich, von J. Tallions in Lausanne und J. Moses in Berlin. Allein aber fehlt der Beweis, die beobachteten Krankheitsfälle müßten dem Calmette-Guerinschen Impfstoff zugeschrieben werden, und keine hat der kritischen Untersuchung standgehalten, die die Spezialkommission der Académie de Médecine in Paris vorgenommen hat. In ihrem Bericht vom 7. Juli 1931 sagt diese Kommission wörtlich:

„Es gibt keinen Beweis dafür, daß der Calmette-Guerinsche Bazillus nach oraler oder subtutaner Einverleibung im kindlichen Organismus virulent geworden wäre und progressive tuberkulöse Veränderungen verursacht hätte."

Man zählt heute in Frankreich 354 000 mit Calmette-Guerinschen Kulturen geimpfte Kinder, in Indo-China 162 000, in Rumänien 80 000, in Barcelona 10 000 und auf der ganzen Erde mehr als 1 Million. Ueberall stellte man eine bedeutende Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit und damit auch der Allgemeinsterblichkeit fest, und nirgends haben sich Unglücksfälle ereignet — außer in Lübeck!

Ist es angesichts dessen nicht gradezu widersinnig zu behaupten, die Calmette-Guerinschen Kulturen hätten nirgends in der Welt, nur just in Lübeck eine plötzliche Umwandlung erfahren, seien grade dort virulent und damit zur Ursache tödlicher Tuberkuloseerkrankungen von Kindern geworden?

Keine einzige wissenschaftlich fundierte Tatsache kann solch eine Hypothese rechtfertigen.

Der Pariser Stadtrat-Präsident besucht Berlin

Der Präsident des Conseil Municipal, François Latour, hat in einem Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Sahm seine Absicht mitgeteilt, der Berliner Stadtverwaltung einen Besuch abzustatten. Präsident Latour wird von dem Vizepräsidenten René Feillioit begleitet werden. Für den Aufenthalt sind der 19. und 20. Oktober vorgesehen.

4000 Mark auf dem Bahnhof vergessen. Einen empfindlichen Verlust erlitt gestern nachmittag ein Buchmacher auf dem Bahnhof Börse. Er löste eine Wochenkarte und stellte währenddessen eine braune Tasche, in der sich 2000 Mark deutsches Geld und für 2000 Mark Devisen befanden, neben sich auf den Schaltertisch. Nach dem Empfang der Karte und des Wechselgeldes hörte er den Zug einfahren und lief eilig auf den Bahnsteig. Erst als er im Zug saß, fiel ihm ein, daß er die Tasche hatte stehen lassen. Bei seiner Rückkehr zum Bahnhof Börse war jedoch das Geld bereits verschwunden.

Turnübungen gegen Krebs. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte den 50jährigen Naturheilkundigen Alwin Rath aus Werder an der Havel wegen Betrugs zu 4000 M Geldstrafe. Der Angeklagte hatte an seine Patienten Fragebogen versandt, nach deren Beantwortung ihnen Broschüren zugingen, die sie mit 20 bis 80 M bezahlen mußten. In diesen Broschüren wurden als Allheilmethoden Turnübungen angegeben, die selbst bei Krebsleiden, Tuberkulose, Jschias und andern Krankheiten angewandt werden sollten.

Selbstmord eines Bankprokuristen. In Greiz hat sich der 56jährige Prokurist der Mitteldeutschen Bodenkreditanstalt, Richard Schilling, in einer Scheune seines Hausgrundstückes erhängt. Bei einer Revision des Instituts hatten sich Unregelmäßigkeiten herausgestellt, die zwar nicht bedeutend sein sollen, aber immerhin Veranlassung zur Außerdienststellung des jetzt freiwillig aus dem Leben geschiedenen Bankbeamten gegeben haben.

Das Sterbezimmer Friedrichs des Großen. Bei den Instandsetzungen im Schloß Sanssouci, über die in der „Vossischen Zeitung" wiederholt berichtet wurde, nimmt das Sterbezimmer Friedrichs des Großen eine Stellung für sich ein. Denn dieser Raum, der einzige, dessen Innenarchitektur nach dem Tode des Königs von Grund auf umgestaltet wurde, kann naturgemäß nicht mehr in den ursprünglichen Zustand zurückverwandelt werden. Hier muß also eine andere Form der Pflege gewählt werden. Die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten hat sich jetzt entschlossen, das große Zimmer als eine Art Gedächtnisstätte herzurichten. Anlaß dazu gab besonders der glückliche Umstand, daß eines der interessantesten Bildnisse Friedrichs: die Marmorbüste des bedeutenden italienischen Bildhauers Bartolomeo Cavaceppi, zur Verfügung gestellt werden konnte. Diese Büste, im Besitz des früher regierenden Dessauer Herzoghauses, ist neben dem Gemälde von Zielenis das einzige Porträt, zu dem der König wirklich „gesessen" hat. Zum Ankauf hat der Staat jetzt begreiflicherweise kein Geld, doch konnte die Plastik in Sanssouci ihren Platz finden.

Es war ein „Kanonenschlag"

Die Explosion in der Frankfurter Allee

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung der Sprengstoff-Explosion auf den Straßenbahnschienen in der Frankfurter Allee, über die wir berichteten, haben ergeben, daß es sich sehr wahrscheinlich nicht um ein ernstgemeintes Attentat, sondern um einen Dummenjungenstreich handelt.

Im Falle eines wohlvorbereiteten Falles wäre nach Ansicht der Polizei die Wirkung der Explosion zweifellos bedeutend größer gewesen. Die zwei verletzten Passanten hätten weitaus schwerere Wunden davongetragen, und vor allem die Straßenbahn, unter der die Explosion erfolgte, wäre stärker beschädigt worden. Die Untersuchung des vorgefundenen Sprengstoffs hat außerdem dessen verhältnismäßige Ungefährlichkeit festgestellt. Allem Anschein nach ist es Sprengpulver, das aus Knallfröschen oder Feuerwerkskörpern herausgeholt worden ist. Es handelt sich also um nicht viel mehr als um einen sogenannten Kanonenschlag, der allerdings schwerere Folgen hatte, als die bisherigen Explosionen ähnlicher Feuerwerkskörper.

Deutsches Archiv für Jugendwohlfahrt. Die Jugendwohlfahrtspflege ist in den Nachkriegszeiten zu einem Problem von überragender Wichtigkeit geworden. Die Zahl der erwerbstätigen Hauptfrauen hat sich verviefacht; die Notwendigkeit, die Kinder schon im zartesten Alter fremder Betreuung zu überlassen, macht sich überall mehr und mehr geltend. Auch die außerordentlich starke Radikalisierung der Jugend, und, eng damit zusammenhängend, das Erwerbslosenproblem der Jugendlichen, machen das Eingreifen der privaten und öffentlichen Jugendwohlfahrtspflege sehr oft notwendig. So ist die Jugendwohlfahrtspflege zu einem großen sozialogischen Problem geworden, an dem sowohl praktisch wie theoretisch in Vereinen und Verbänden, an Hochschulen und Akademien, in Deutschland wie auch im Ausland gearbeitet wird. All diesen theoretischen und praktischen Bestrebungen will das deutsche Archiv für Jugendwohlfahrt das Material liefern. Der Tätigkeitsbericht dieser bereits allgemein anerkannten Einrichtung liefert ein erschöpfendes Bild über die vielfachen Aufgaben und Anforderungen, die an die Jugendwohlfahrt gestellt werden. Das Archiv, an dessen

Leitung auch das Reichsministerium des Innern mit drei höheren Beamten, darunter Gertrud Bäumer, beteiligt ist, hält 545 Zeitschriften und besitzt eine Bibliothek von 9650 Büchern. In enger Gemeinschaft mit den Jugendämtern und den großen Wohlfahrtsverbänden wird dort ein außerordentlich reichhaltiges Material zusammengestellt, das, wie aus dem Bericht für 1930-31 hervorgeht, auch von internationalen Stellen viel und gern benutzt wird. Darüber hinaus hat das Archiv eine Reihe von Schriften herausgegeben, die die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen behandeln, und eine Sammelforschung veranstaltet über „Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart". e. cz.

Ministerpräsident Dr. Braun auf Urlaub

Ministerpräsident Dr. Braun hat sich nach einem schweren Grippeanfall auf Erholungsurlaub begeben, wird aber zu Beginn der Landtagsverhandlungen am 13. Oktober wieder in Berlin sein und die Geschäfte übernehmen. Politische Kommentare, die an die Erkrankung des preußischen Ministerpräsidenten geknüpft worden sind, werden als gegenstandslos bezeichnet.

*

Der Präsident des Preußischen Landtages, Bartels, ist nicht unbedenklich erkrankt. Er ist seit Sonnabend voriger Woche bettlägerig und stark geschwächt. Es erscheint ausgeschlossen, daß er am nächsten Dienstag beim Wiederzusammentritt des Landtages in der Lage sein wird, die Präsidialgeschäfte zu führen.

Nothilfe im Danziger Hafen

DANZIG, 7. OKTOBER (WTB)

Gegen den Streik im Danziger Hafen ist eine Technische Nothilfe eingesetzt worden, so daß der Betrieb voll aufrechterhalten werden kann. Das Löschen und Laden der einlaufenden Schiffe geht ohne Zeitverlust vor sich. Mit der Rückkehr der Studentenschaft zum Semesterbeginn hofft man die Nothilfe noch verstärken zu können.

Kassenraub am U-Bahnhof Schwartzkopffstraße. Dienstag nachmittag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf dem U-Bahnhof Schwartzkopffstraße ein dreister Kassenraub verübt. Der Arbeiter W. Heck, der früher als Lampenputzer bei der B. V. G. angestellt und kürzlich entlassen worden war, ließ sich mit Hilfe einer alten Legitimation von der Kassiererin des Bahnhofs die Schlüssel zu der Fahrkartenausgabe am südlichen Ausgang des Bahnhofs geben, die zu dieser Stunde außer Betrieb war. Nachdem er den Raum aufgeschlossen hatte, nahm er in aller Ruhe die Tageseinnahmen, die in einer Kassette lagen, an sich und verschwand mit dem Geld. Er konnte jedoch gestern vormittag von der Polizei in seiner Wohnung am Engelufer festgenommen werden. Der größte Teil des Geldes wurde sichergestellt.

Die Ressource als Studentenhaus. Das alte Berliner Ballhaus „Ressource" in der Oranienburger Straße ist vom preußischen Kultusministerium für die Zwecke eines Studentenhauses sichergestellt worden. Noch zum Semester-Beginn soll das Gebäude für den neuen Betrieb hergerichtet werden. Mit den notwendigen Umbauten wird in allernächster Zeit begonnen. Die Pläne sind in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Berlin und Dresden, mit dem Reichsinnenministerium, mit dem Rektor der Universität und mit dem Wirtschaftskörper gefaßt worden. Das Kultusministerium wird das Haus offiziell der Universität zur Verwaltung übergeben.

„Heiteres aus der Musik" betitelte sich ein Konzertabend, den das Collegium musicum in der Aula des Oberlyzeums Weißensee veranstaltete. Hilde Bekiers bewies mit ihrer angenehmen Sopranstimme eine unverkennbare Eignung zur Soubrette und erfreute die Zuhörer mit volkstümlichen Liedern, während Hermann Salzwedel auf dem Flügel gutes Können zeigte. Es gab viel Blumen und Beifall für die jungen Künstler, denen ein gutdisziplinierters Kammerorchester zur Seite stand.

Volkshochschulkurse in Wilmersdorf. Im Rahmen des diesjährigen Winterprogramms des Volksbildungsamtes Wilmersdorf sind folgende Kurse vorgesehen, die in der Volksschule 1, Gieselerstraße 1/7, stattfinden. 1. Laienkursus für Malerei, Graphik und Plastik (Beginn 12. Oktober, 20 Uhr). 2. Elementarlehre der bildenden Kunst mit Lichtbildvorführungen und praktischen Uebungen im zeichnerischen Darstellen (Beginn 14. Oktober, 20 Uhr). 3. Goethe als Lebensphilosoph mit Besprechung einiger Werke Goethes (Beginn 16. Oktober, 20 Uhr). Hörerkarten zum Preise von 2,50 M — Ehefrauen 1,25 M — im Volksbildungsamt Wilmersdorf, Schaperstr. 25, werktäglich von 9 bis 13 Uhr.

Vereine, Vorträge, Veranstaltungen. Heute, Donnerstag: Radikaldemokratische Partei (Ortsgruppe Pankow). 8.30 Uhr im Restaurant „Mühlenklause", Mühlenstr. 1, Aussprache über die politische Lage. — Deutscher Friedensbund. 8 Uhr im Restaurant „Zum Patzenhofer", Potsdamer Str. 123a, Herr Chuschanhua aus China spricht über: „Hat der Völkerbund in Ostasien versagt?" — Antimilitaristische Jugend. 8 Uhr, „Jugscharenheim", Bergstraße 77, N. 4, Heinz Kraschutzki: „Echtes und falsches Heldentum." — Berliner Schachverein von 1876. 8 Uhr, Café König, Unter den Linden. — Deutsche Graphologische Studiengesellschaft. 8 Uhr, Hörsaal I der Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, Vortrag Hubert Rehbinder: „Veränderung der Handschrift in der Reifezeit." — Klub der Literatur- und Kunstfreunde. 8.30 Uhr im Vereinshaus „Wilhelmshof", Anhaltstraße 12, Vortrag des Pfarrers Reißner: „Ludwig Richter, der Maler des deutschen Gemüts und Kleinstadtidylls." — Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen. 8.30 Uhr in der „Kindlbrauerei", Berlin-Neukölln, Hermannstr. 214/219. — Verein ehemaliger 396er. 8.15 Uhr, Jancke, Jägerstr. 19. — German English Society. Restaurant „Rotes Haus", Nollendorfplatz 3, 9 Uhr, Lecture by Mr. R. Colenutt, M. A.

Die Schuhfabrik

Aus den Berliner Gerichten

Die beiden jungen Leute wurden, jeder für sich, in die kaufmännische Lehre gegeben, um etwas zu lernen, nach der soliden Ueberlieferung ihrer Elternhäuser. Es hätte irgendeine Art von Geschäft sein können, aber es war eine Schuhfabrik. Und so lernten sie, jeder für sich, jedoch zur gleichen Zeit, die Fabrikation von Schuhen. Als sie ausgelernt hatten, wurden sie zu demjenigen kaufmännischen Rang befördert, den man „junger Mann" nennt. Und damit stand ihnen die Welt offen.

Indessen grade über diesen Punkt stellten die beiden jungen Leute gemeinsame Ueberlegungen an und fanden, daß die Welt ihnen eigentlich nicht offen stand. Was bot ihre Firma schon an Möglichkeiten? Und was bot die ganze Branche an Möglichkeiten? So gut wir gar nichts, überlegten sie, gemessen an ihren Ansprüchen. Ja, wenn sie selber Besitzer einer Schuhfabrik werden könnten! Schuhe gehören zu den paar Dingen, die immer und überall gebraucht werden. Aus einer Schuhfabrik, richtig geleitet, läßt sich ein Weltunternehmen machen. Und sie beschlossen, zusammen eine Schuhfabrik zu gründen.

Aber dazu gehört Geld. Woher nehmen und nicht stehlen? Es borgt einem keiner in diesen schlechten Zeiten. Geht es am Ende gar nicht, ohne zu stehlen? Und sie beschlossen zu stehlen.

Sie stahlen nicht das Geld selbst, sie stahlen Schuhe, die sie erst zu Geld machen mußten. Aber das fiel ihnen ja nicht schwer, sie kannten die Ware und sie kannten die Kundschaft. Sie stahlen ein halbes Jahr lang, legten Pfennig auf Pfennig, und hatten bald so viel beisammen, daß sie Maschinen anschaffen, Räume mieten und die Schuhfabrik einrichten konnten. Und grade in diesem Augenblick kam die Sache heraus.

Urteil des Einzelrichters: Für jeden sechs Wochen Gefängnis und Bewährungsfrist. Denn, heißt es in der Begründung, sie haben das Vertrauen ihres Chefs mißbraucht und einen erheblichen Schaden angerichtet; mildernd wirkt ihre Unbescholtenheit, aber erschwerend wieder, daß sie nicht aus Not gehandelt haben.

Nein, nicht aus Not; aber auch nicht aus Schlechtigkeit. Sie bestahlen die Schuhfabrik, um eine Schuhfabrik zu gründen. Sie nahmen, nicht um sich einen guten Tag auf Kosten anderer zu machen, sondern um zu arbeiten und arbeiten zu lassen. Ihr Streben ging dahin, wohin das Streben aller lebenstüchtigen und wagemutigen Menschen geht: sich eine Existenz zu schaffen. Sie waren unehrlich, um ehrlich zu sein.

Und wenn es nun nicht herausgekommen wäre? Und wenn sie ihre Schuhfabrik in Gang gebracht und zu Erfolg geführt hätten? Dann kennte in zehn Jahren vielleicht jeder ihre Marke, alle Welt trüge ihre Schuhe, und an Arbeitern, Angestellten, Lieferanten und Agenten fänden Hunderte oder auch Tausende bei ihnen ihr Brot.

Vermutlich haben sie so geträumt. Und auch davon werden sie geträumt haben, den Schaden, der dem alten Unternehmen zugefügt worden ist, aus den Gewinnen des neuen Unternehmens zu ersetzen und reichlich zu vergelten. Vielleicht wären wir dann sogar bereit, ihnen den Streich zu verzeihen. Aber wer so gefährlich spielt, darf nicht ertappt werden und muß gewinnen. Diese beiden sind ertappt worden und haben verloren. Kein Bravourstück, nur ein armseliger Diebstahl. Inquit.

Politischer Lehrkursus. Unter der Leitung von Frau von Kardorff beginnt am 20. Oktober ein Lehrkursus, in dem der Begriff der Politik, des Staatsbundes unter besonderer Berücksichtigung der Wesenheit der Frau erörtert werden soll. Der neue Lehrplan, in dem alle Erfahrungen der letzten Jahre verwertet werden, bringt eine Reihe interessanter Vorträge, u. a. von Reichsminister Dr. Wirth, Geheimrat Kahl und anderen. Die Vorträge finden im Deutschen Lyceumklub, Lützowplatz 15, statt.

Preisabbau bei den Kassenärzten. Die Verhandlungen, die der Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen mit den Aerzten und Lieferanten zur Herabsetzung der bisher geltenden Vertragspreise geführt hat, sind jetzt zum Abschluß gekommen. Hiernach wurde vereinbart, daß die Aerzteschaft einen zehnprozentigen Abschlag von den Honoraren, und zwar rückwirkend ab 1. Juli 1931, gewährt. Die Dentisten und Zahnärzte gewähren eine Ermäßigung von 5 vH. ab 1. Juli 1931. Ab 1. Oktober tritt auch in dieser Gruppe ein Abzug von 10 vH. ein. Vom gleichen Termin an werden auch die Preise von allen Lieferanten der kaufmännischen Berufskrankenkassen um 10 vH. gesenkt.

Todesstrafe beantragt — freigesprochen. Das Duisburger Schwurgericht, vor dem sich der 42 Jahre alte holländische Staatsangehörige Schiffskapitän Friedrich Rath aus Duisburg wegen Mordes zu verantworten hatte, kam, da es sich über die Schuld des Angeklagten nicht einig werden konnte, aus Mangel an Beweisen zu einem Freispruch. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 10. Januar d. J. war in den Hafenanlagen in Ruhrort die Ehefrau des Rath als Leiche geborgen worden. Der Angeklagte, der unter dem Verdacht, seine Frau getötet zu haben, verhaftet wurde, gab an, sie sei bei einem Besuch auf dem Schiff ertrunken. Die Anklage warf ihm jedoch vor, seine Frau an Bord gelockt und über die Reeling geworfen zu haben, da sie sich weigerte, sich von ihm scheiden zu lassen. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt.

Kingsford Smith in London. Der Flieger Kingsford Smith, von Australien kommend, traf gestern nachmittag gegen sechs Uhr endlich, nach verschiedenen Notlandungen, auf dem englischen Flugzeug in Heston Park ein. Er will nunmehr versuchen, auf dem Rückflug einen neuen Rekord zu erzielen.

Um die Post des verunglückten Katapultflugzeugs. Der Untergang des Katapultflugzeugs „New York" D 1717 hat wahrscheinlich auch den Verlust der gesamten Briefpost zur Folge, die nach den vorliegenden Meldungen in vier Säcke verteilt war und etwa 1000 einzelne Sendungen umfaßte. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß die in wasserdichte und schwimmfähige Säcke verpackte Post an der amerikanischen Küste an Land treibt, denn offenbar hat sich der Unfall so abgespielt, daß die Flieger wegen Motordefekts zu einer Notlandung gezwungen wurden, also vielleicht noch Zeit hatten, die Post über Bord zu werfen. Falls die Briefpost nicht mehr aufgefunden wird, wird die Reichspost in der üblichen Weise haften, d. h. für Wertbriefe den angegebenen Wert in voller Höhe und für eingeschriebene Briefe je 40 Mark ersetzen. Eine Haftpflicht für gewöhnliche Briefsendungen usw. besteht auch in diesem Falle nicht. Die Reichspost wird für alle Schadenersatzansprüche ferner ein besonderes Postamt, wahrscheinlich in Bremen, namhaft machen, das den betroffenen Personen Auskunft erteilt und die Ersatzansprüche regelt.

Badens neuer Reichsrats-Bevollmächtigter

Nach dem Ausscheiden des badischen Gesandten Honold ist Ministerialdirektor Dr. Fecht in Berlin zum stimmführenden Bevollmächtigten im Reichsrat und der bei der badischen Vertretung in Berlin beschäftigte Oberregierungsrat Dr. Sauer zum stellvertretenden Bevollmächtigten bestellt worden.

Aus dem Gefängnis exmittiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SOFIA, 7. OKTOBER

Im bulgarischen Zentralgefängnis in Sofia weigerten sich fünfzehn Kommunisten, die vom König begnadigt worden waren, das Gefängnis zu verlassen, so lange nicht alle politischen Gefangenen amnestiert wären. Sie mußten vom Wachpersonal mit Gewalt vor die Tür gesetzt werden.

Die übrigen Gefangenen sind darauf in den Streik getreten und verweigern die Arbeit in den Gefängniswerkstätten. Ein Teil der Häftlinge ist zum Hungerstreik übergegangen. Diese Demonstration richtet sich gegen das Verbot, Lebensmittel von außen zu beziehen.

Sanitätsrat Dr. Freudenthal 70 Jahre. Am 11. Oktober wird Sanitätsrat Dr. Arnold Freudenthal 70 Jahre alt. Seit vielen Jahren genießt er als Arzt für Magen- und Verdauungskrankheiten großes Ansehen. In der kassenärztlichen Bewegung steht er in vorderer Reihe. Seinem großen Einfluß auf die einstmals festangestellten Kassenärzte ist es vornehmlich zu danken, daß im Jahre 1921 in Berlin die allgemeine Einführung der freien Arztwahl möglich geworden ist. In der Aerztekammer widmet er sich mit Hingabe den Fürsorgeeinrichtungen. Als vieljähriger ärztlicher Berater des Reichspräsidenten Ebert hat er in den verhängnisvollen Tagen beim Auftreten der ersten Symptome die Diagnose auf Blinddarmentzündung gestellt.

Haussuchung bei 40 Thüringer Kommunisten. Ein Kommando Schutzpolizei und Kriminalbeamten aus Gotha haben in Bad Salzungen bei etwa 40 Personen, die verdächtig erschienen, der verbotenen Organisation des Roten Frontkämpferbundes anzugehören und an hochverräterischen Umtrieben beteiligt zu sein, Haussuchungen vorgenommen. Größere Mengen verbotener kommunistischer Schriften und Broschüren wurden beschlagnahmt. Zwei Angehörige der K. P. D. wurden wegen dringenden Verdachtes des Hochverrats festgenommen; gegen eine Reihe weiterer Einwohner von Bad Salzungen ist Anzeige an die Staatsanwaltschaft ergangen.

Die Leiche des Bankiers Schüler aufgefunden. Nach einer Meldung aus Nymwegen (Holland) wurde bei Echteld die Leiche des seit zwei Wochen vermißten deutschen Bankiers Schüler aus Düsseldorf, der sich zuletzt in einem Hotel in Nymwegen aufgehalten hatte, aufgefunden. Bereits in der vorigen Woche wurden in der Nähe von Nymwegen in einem Gestrüpp die Kleider des Vermißten entdeckt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Schüler ertrunken ist. Ob Unfall, Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, ist noch nicht geklärt.

Ein nationalsozialistischer Rohling verurteilt. Das Schöffengericht Frankfurt a. d. O. verurteilte den 27jährigen Nationalsozialisten Anton Gierock aus Petersdorf bei Lagow wegen schwerer Körperverletzung zu 13 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte, der wegen Kindesschändung und anderer Delikte bereits 6½ Jahre Gefängnis abgebüßt hat, hatte den Lagower Reichsbannervorsitzenden Paul Müller durch Messerstiche schwer verletzt. Müller wird ein Jahr lang seiner Arbeit nicht nachgehen können.

Erneuerung der Benutzungskarten bei der Staatsbibliothek. Zur Vermeidung des großen Andrangs, der sich in der Kartenausgabe der Staatsbibliothek regelmäßig zu den Halbjahrsterminen im Frühjahr und im Herbst eingestellt hat, ist die Gültigkeitsdauer der Benutzungskarten für das Sommersemester in folgender Weise verlängert: für die Leihkarten Nr. 1—4000 bis zum 31. Oktober, Nr. 4001—8000 bis zum 30. November, Nr. 8001 ff. bis zum 31. Dezember; für die Lesesaalkarten Nr. 1—1500 bis zum 31. Oktober, Nr. 1501 bis 3000 bis zum 30. November, Nr. 3001 ff. bis zum 31. Dezember. Die Geltungsdauer der seit dem 1. Juli d. J. eingeführten Halbjahres- und Jahreskarten, die vom Ausstellungsmonat an gelten, wird hierdurch nicht berührt.

Sport für Alle. In den Volkshochschul-Kursen an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen beginnen jetzt neue Lehrgänge: für Sport-Schwimmen heute; für Leichtathletik morgen; Boxen und Rudern am 12. Oktober; Gymnastik, Tennis und Ski-Trocken-Kursus am 13. Oktober. Vorzugs-Karten für unsere Leserinnen und Leser mit 25 v. H. Ermäßigung und Programme (kostenlos) in allen Geschäfts-Stellen der „Vossischen Zeitung".

Um ein Filmarchiv. Seit Jahren wird von allen Seiten die Forderung gestellt, kulturell wichtige Filme zu sammeln und aufzubewahren. Es handelt sich sowohl um Spielfilme als auch um Kulturfilme. Besonders Werke aus der stummen Filmperiode,

heilwirkend STAATL. Natürliches Mineralwasser FACHINGEN vorbeugend

Filme aus den Jahren 1895 bis 1910, gilt es wegen ihrer kultur- und sittengeschichtlichen Bedeutung und ihres Wertes für die Geschichte der Kinematographie zu erhalten. Dr. Cürlis, Vorsitzender des Instituts für Kulturforschung, hat die immer dringender werdende Frage des Filmarchivs beim römischen Lehrfilm-Institut des Völkerbundes angeregt. Bei einer Besprechung mit einer Reihe von sachverständigen Persönlichkeiten im Institut für Kulturforschung einigte man sich dahin, daß sofort Schritte unternommen werden sollen, um zu verhindern, daß noch mehr wichtiges Material verschwindet. Es müßte zu diesem Zweck nach den Filmen der ersten Periode genau geforscht werden. Die einzelnen Produktionsfirmen müßten ihre Filme katalogisieren und aufheben, wie das die Ufa schon seit Jahren tut. Ein geeigneter Raum zur Aufbewahrung der Negative müßte in Berlin beschafft werden. Im deutschen Museum in München ist durch die Meßtersche Sammlung der Grundstock zu einem technischen Archiv bereits gelegt. Archive wären also in den einzelnen Ländern einzurichten. Ein Zentralkatalog ihrer Bestände müßte im römischen Lehrfilminstitut, das gleichzeitig als Auskunft und Vermittlungsstelle dienen könne, geführt werden.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Nur Neusel—Schönrath

— ist ein Kampf von Sportpalast-Niveau

Die ehemaligen Herren des Spichernrings, seit Picards Flucht nach der roten Erde Berlins alleinige Box-Großmacht, haben ihre Geschäftsmethoden nun auch nach dem Sportpalast verpflanzt. Sie lassen auch dort „auf Prozente" boxen, wobei die guten ins Kröpfchen, die mageren ins (Verteilungs-)töpfchen rollen werden. Ob die Boxer dabei auf ihre Kosten kommen, das werden wir nach dem heutigen Abend in Erfahrung zu bringen versuchen. Den Hauptkampf bestreiten der Krefelder Hans Schönrath, einer der vielen früheren deutschen Schwergewichtsmeister, und der im Sturmschritt an die Spitze geeilte Walter Neusel. Diese beiden verfügen bereits über soviel Können und Rückgrat, daß man ihnen schon eine ganz anständige Garantie bieten mußte, um wenigstens diesen Kampf als Aushängeschild zu erhalten. Denn was außerdem geboten wird, atmet Kleinring-Atmosphäre.

Bei Neusel-Schönrath wird man kaum zu kurz kommen, da für beide zuviel auf dem Spiele steht. Neusel ist kein Puncher, aber ein außergewöhnlich schneller Tempoboxer, den bisher niemand zu schlagen vermochte. Das letzte Opfer dieses hervorragend gemanagten Allroundkämpfers war der französische Meister Griselle. Schönraths letztes Berliner Gastspiel — er unterlag als kranker Mann dem alten Sören Petersen — darf nie als Maßstab für das wirkliche Können des ungeheuer energischen Krefelders gelten. Seine Linke ist als Stopper gefährlich, und mit dem Rechten könnte er jeden schlagen. Trotzdem glauben wir nicht, daß er Neusels Speed überwinden und dessen größere Reichweite ausschalten kann. Auch die Rundenzahl (10) wird ihm zu schaffen machen.

Im Rahmenprogramm erscheint Egon Stief, Sabri Mahirs zweites Eisen, gegen den Belgier Saß. Dieser kleine, ewig umherflitzende Linkshänder, der sich nie zum Kampf stellt, ist kein Gegner für den Berliner. Tobeck-Breslau hat sich zu einem unserer besten Halbschwergewichte entwickelt und wird auch den Belgier Richards geschlagen nach Hause schicken. Außerdem debutieren zwei Examateure, Dalchow und Riethdorff, die in Kohler und Reppel passende Partner erhielten, und kämpfen die Halbschwergewichte Sabottke und Vogel, die Schlagkraft besitzen. — 20¼ Uhr.

Müllers erster Kampf

Gegen Griselle in Köln

Die Rheinlandhalle in Köln wartet am 21. Oktober mit einem Box-Großkampftag auf. Bei dieser Gelegenheit wird Hein Müller seinen ersten Kampf nach dem Siege über Pierre Charles in der Schwergewichts-Europameisterschaft bestreiten. Als Gegner für den Kölner ist der französische Meister Maurice Griselle verpflichtet worden. Beide trafen bereits einmal in Hamburg zusammen; damals erhielt Müller einen recht zweifelhaften Punktsieg zugesprochen, später wurde das Urteil in Unentschieden abgeändert.

Keine Stimmung in Mariendorf

Zwei Siege von Jauß jr. und Knöpnadel

Der Erfolg der gestrigen, schwächer als sonst besuchten Abendrennen wurde durch starken Regen, der inmitten des Programms einsetzte, stark beeinträchtigt. Aber an großen Feldern fehlte es auch diesmal nicht. In guter Form zeigte sich wieder der junge Jauß. Er gewann den einleitenden Buchen-Preis überlegen mit Präsident, der seine Form ganz überraschend verbesserte. Der Totalisatorquote nach zu urteilen, scheint der Erfolg des Vierjährigen seinem Stall allerdings kaum unerwartet gekommen zu sein.

Jauß hatte dann das Pech, daß der von ihm gesteuerte Zweijährige Epinard im Linden-Preis kurz vor dem Ziel ansprang, als er schon ganz außer Gefahr war. Er hielt sich dann im Erntedank-Rennen mit einem leichten Erfolg der weit vor den andern in Front abgehenden Esparsette schadlos. Vergeblich unternahm der Derbysieger Semper idem im Einlauf einen Angriff auf die im Besitz von Jauß-Vater befindliche Stute, die ihr Rennen in 1 : 28 auslief und, bevor sie Ende des Jahres von den Rennbahnen zu verschwinden hat, noch öfter hervortreten sollte. Das tiefe Geläuf sagte der Vierjährigen Cyklame im Herrenfahren sehr zu, aber die Stute, die sich in einem starken Felde schnell die Führung gesichert hatte, hatte zum Schluß alle Mühe, sich ins Ziel zu retten. Eine gleichfalls sehr stark besetzte Verkaufsprüfung fiel an Langemann, der in der Hand des in großer Form fahrenden Trainers Neuenfeld einmal wieder zu seinen besten Leistungen auflief.

Buchen-Preis (1400 M, 2400 Meter): 1. C. Th. Ericssons Präsident (Jauß jr.); 2. Kreuzträger; 3. Gretel, 4. Jonny. F.: Elite, Königsborn, Inschallah, Queen Worthy, Allmacht, Komtesse Isabel, Fanny H., Trifolium, Hildegard, Ingara, Perseus, Kavalla, Feuerlilie. 1½—½ Lg. Toto: 55 (italienischer: 119), Pl.: 32, 24, 22, 22. — Linden-Preis (1400 M, 1300 Meter): 1. W. Holz' Pechknabe (Knöpnadel jr.), 2. Prätendent, 3. Natantia. F.: Aditi, Hekla, Eilig, Eschtrut, Epinard. 3—5 Lg. Toto: 57 (130), Pl.: 26, 48, 19. — Kastanien-Preis (1600 M, 2400 Meter): 1. A. Japkes Prachtmädels Tochter (Knöpnadel jr.), 2. Lu-Lo; 3. Enzian. F.: Charlie M., Ora Leyburn, Landjunker, Carol, Kerrigan jr. Kopf—Hals. Toto: 218 (54), Pl.: 34, 18, 18. — Erntedank-Rennen (1800 M, 2000 Meter): 1. G. Jauß' Esparsette (Jauß jr.), 2. Semper idem; 3. Arnim. F.: Flaggenlied, Raphia. 1½—1½ Lg. Toto: 19 (77), Pl.: 14, 32. — Akazien-Preis (Ehrenpreis u. 1400 M, 2300 Meter): 1. W. Lenz' Cyklame (W. Lenz); 2. Ohlendorf; 3. Heiderin; 4. Fabula. F.: Jasmin, Pedonia, Hildegund, Prior, Landstreicher, Farina, Natator, Urania, Delila, Costa Rica, Karola, Huberta, Opal. ½ Lg.—Hals. Toto: 54 (42), Pl.: 18, 13, 24, 47. — Rüstern-Preis (1300 M 2300 Meter): 1. Frau R. Rogowskis Langemann (Neuenfeld); 2. Biedermann; 3. Dolerit; 4. Guy de Val. F.: Heini Duffy, Morgengruß I, Rufhaga Boy, Baroneß E., Galeere, Cresceus, Eulenspiegel, Ostgrenze, Meister B., Propeller, Siegesadler, Crassus, Wilkes, Rubin, Fredegundis. 3—1 Lg. Toto: 46 (91), Pl.: 15, 31, 20, 28. — Ahorn-Preis (1400 M, 2400 Meter): 1. Stall Miggis Waterlo (Sexauer); 2. Linne; 3. Puchhof, 4. Heureka. F.: Eppi, Sienna, Edellinde, Constantin Frisco, Ovation, Jokaste, Peterle K., Vielgeliebter, Nestor, Fata Morgana. 3—1 Lg. Toto: 354 (135), Pl.: 37, 39, 18, 21. — Eichen-Preis (1400 Mk., 2000 m): 1. J. Kruithofs Victoria (Kruithof jr.), 2. Donia, 3. Rotkehlchen. F.: Concurent, Intervall, Marcobrunner, Amalasuntha, Patrizier, Frischling, Markgraf, Ali. ¾—1 Lg. Toto: 41 (57), Pl.: 28, 29, 38. — Eschen-Ausgleich (1400 M., 2400 m): 1. E. Diersches Kurfürst (J. Frömming), 2. Leuchte, 3. Cara Bella, 4. Florian. F.: Heideblume, Friesin, Per aspera, Interpellant, Cilly Dillon, Bergfex, Königsadler, Harfnerin, Noblesse, Monarch I, Marone, Eckstein. 1½—10 Lg. Toto: 85 (78), Pl.: 25, 19, 47, 17.

Berlins wertvollstes Flachrennen

Noch 12 Pferde im Großen Preis der Republik

Beim vorletzten Reugeldtermin für den am 18. Oktober auf der Grunewaldbahn zur Entscheidung gelangenden Großen Preis der Republik im Werte von 60 000 Mark blieben noch zwölf Pferde startberechtigt. Ausgeschieden sind Altenstein, Viaduct, Reichswehr, Filmenau, Sonnenglaube und Gregor. Die folgenden zwölf Pferde dürften mit Ausnahme vielleicht von Amalfi und Sichel an den 2800-Meter-Start gehen: Hauptgestüt Graditz' Dionys und Sichel, F. Dillmanns Missouri, Stall Halmas Fathia, R. Haniels Lateran, Frhrn. S. A. v. Oppenheims Avanti, Amalfi und Wolkenflug, M. J. Oppenheimers Graf Isolani, Stall Paulus Agathon, A. Schumanns Herodias und A. u. C. v. Weinbergs Groll.

Japanische Einladung an den V.B.B.

Eine Berliner Vereinself soll nach Japan

Die japanische Zeitung „Osaki Asahi" hat dem Verband Brandenburgischer Ballspiel-Vereine die Einladung zu einer Wettspielreise einer Berliner Fußball-Mannschaft durch Japan zugehen lassen. Besonders erwünscht wäre den Japanern das Kommen des Berliner Meisters. Die Elf müßte fünf bis sechs Spiele in Japan austragen. Das Angebot richtet sich allerdings für das Frühjahr 1932, doch will man Verhandlungen aufnehmen, um die Reise für den Sommer festzumachen. Ob es für eine Vereinself möglich sein wird, 2½ Monate — die Reise dauert allein 6 Wochen — unterwegs zu bleiben, möchten wir bezweifeln. Aber der Vorschlag der Japaner ist da, nun liegt es an den Berlinern, sich die Sache einmal zu überlegen!

Norwegens Beteiligung an den Olympischen Spielen steht so gut wie fest. Nach Lake Placid sollen 22 Mann geschickt werden, nach Los Angeles 15 bis 18 Athleten. Jede der Expeditionen soll durch je drei Offizielle begleitet werden. Die Kosten von zirka 100 000 Kronen werden, wenn die norwegische Regierung nicht doch noch einen Zuschuß gewährt, von allen norwegischen Sportverbänden aufgebracht werden. Selbstverständlich beteiligen sich daran die in Amerika wohnenden Norweger auch in hohem Maße.

Rennen zu Düsseldorf, 7. Oktober. 1. Rennen: 1. Eilwerk (Fabel); 2. Mona (Buge); 3. G. R. (Wenzel). F.: Oh yes, Gnatel, Glanz, Fliederfee, Gerlind, Skapaflol. ½—2 Lg. Toto: 28, Pl.: 16, 45, 38. — 2. Rennen: 1. Maharadscha (Winkler); 2. Cardamon (Naumann); 3. Rhenus (Maessig). F.: No Friend, Flügelmann, Franziskus, Maikater. 4—5 Lg. Toto: 41, Pl.: 14, 16, 12. — 3. Rennen: 1. Rosenrot (Winkler); 2. Mistinguette (Naumann); 3. Gegenmine (H. Schmidt); 3. Dictator (Dolff). F.: Hereditha, Marionette, Tarzan, Regent, Mauerbrecher, Vingulist, Bayard, Schneegans, Iselberg, Grafenstein, Solistin. 4—2 Lg. Toto: 231, Pl.: 32, 23, 18, 17. — 4. Rennen: 1. Volumnius (Pinter); 2. Chamberlin (Sauer); 3. Kabristan (Naumann). F.: Nicolet. 20—10 Lg. Toto: 13, Pl.: 10, 11. — 5. Rennen: 1. Fernpaß (Wenzel); 2. Mauser (Knoche); 3. Orchilla (Zachmeier). F.: Ilsenburg, Ria, Robelmann, Fantasia, Fortis. 1½—2 Lg. Toto: 108, Pl.: 17, 15, 14. Doppelwette Fernpaß—Volumnius: 232. — 6. Rennen: 1. Klingenschmied (W. Schulze); 2. Völkerbund (Glitsch); 3. Sepp (Augustin). F.: Hofnarr, Lucca, Comtesse Isola, Agrippa, Bergschüler, Janette, Ahnenfürst, Brigant, Lonetta. Hals—2½ Lg. Toto: 82, Pl.: 26, 14, 24. — 7. Rennen: 1. Amedee de Savoie (Fabel); 2. Seelöwe (Knoche); 3. Pechvogel (Stock). F.: Peloria, Edelmann, Gaukelei, Augapfel, Sündenbock, Föhn II. 1½—2½ Lg. Toto: 47, Pl.: 12, 11, 21.

Donnerst., 8. 10. Staatsoper Unter den Linden. 33. Abonn.-Vorst. Anfang 8 Uhr. Schwanda, der Dudelsackpfeifer. Ende 10¼ Uhr

Donnerst., 8. 10. Staatliches Schauspielhaus Am Gendarmenmarkt. 33. Abonn.-Vorst. Ersatz-, Gut- u. Umtauschscheine ungültig. Anfang 8 Uhr. Peer Gynt. Ende 10¾ Uhr

Donnerst., 8. 10. Staatsoper am Pl. der Republik. 30. Reserv.-satz. Sonderveranstaltung für Hörer u. Freunde d. Rundfunks zu volkstüml. Preis. Anfang 8 Uhr. Madame Butterfly. Ende gegen 10½

Donnerst., 8. 10. Staatliches Schiller-Th. Charlottenburg, Grolmanstraße 70. Anfang 8 Uhr. Die Mitschuldigen. 33 Minuten in Grüneberg. Ende nach 10¼

Deutsches Theat. Schumannstr. 13a. 8 Uhr. Kabale und Liebe von Schiller / Regie: Max Reinhardt

Die Komödie. Kurfürstendamm 206. 8½ Uhr: Rückkehr. Komödie von Donald Stewart. Regie: Gustaf Gründgens.

Kurfürstend.-Th. Kurfürstend. 209. Bismarck 448. 8¼ Uhr: Die schöne Helena von Offenbach / Regie: Max Reinhardt

Deutsches Künstler-Theater. Nürnberger Str. 70 / Direkt. Viktor Barnowsky. 8¼ Uhr: Die Rosenbraut. Margarete Melzer, H. A. v. Schlettow. Sonntag nachm. 4 Uhr: Felix Bressart in Konto X. Preise: 0.50 bis 6.— M.

Theater i. d. Behrenstraße. Dir. Ralph Arthur Roberts. 8¼ Das verfl. . . . Geld! Lustspiel in 3 Akten von Carl Rössler.

Komödienhaus. Schiffbauerdamm 25. Täglich 8¼ Uhr. Fritz Schulz in Liebling, adieu! Musik von Willy Rosen. Wohlbrück, Carlsen, Natzler, Morgan, Paulig. Preise 1—9 M.

Lustspielhaus. Friedrichstr. 236. Täglich 8½. Casanovas Sohn. Gute Plätze von 1.- an

Städt. Oper. Charlottenburg, Bismarckstr. 34. Turnus III. Anfang 8 Uhr. Rigoletto. Ende geg. 10½ U.

Lessing-Th. 8¼. Dir. Dr. Rob. Klein. Weidend. 0846, 2797. Junge Liebe. Mosheim, Brausewetter, Haack, Homolka. Prem. Dienstag D. I. Equipagew

Th. des Westens. Kantstraße 9. 8¼: Reims v. Friedr. Bethge. Ab Freit. 5 u. 8¼ Volksvorstellungen Viktoria u. ihr Husar. Preise 0.50–2.90. Ab Montag Neueinstud. Dreimäderlhaus

Th. a. Nollendorfplatz. Tägl. 8½ Uhr. Max Adalbert. Der beschleunigte Personenzug mit Emmy Sturm. Stgs. 4 U. mit Max Adalbert zu halb. Preis.

Komische Oper 8½. Friedrichstr. 104. Letzte 4 Vorstellungen. Thron zu vergeben in der Premierenbesetzung. 14. Oktober Uraufführung Zur goldnen Liebe.

Volksbühne. Th. a. Bülowpl. D1 Nord. 2946. 8 Uhr. Nebeneinander von Georg Kaiser. Regie: K. H. Martin. Sbd. 10. 10. u. Stg. 11. 10. 8 Uhr. Hans Albers in Liliom

Theater im Admiralspalast. Täglich 8¼. Der Sensationserfolg. Die Dubarry mit Gitta Alpar. Preise d. Pl. v. 50 Pf. an

Metropol-Theat. Behrenstr. 55. Tägl. 8¼, Stg. 4 u. 8¼. Der Sensationserfolg. Die Blume von Hawai unt. pers. Ltg. d. Komp. Paul Abraham. Preise 0.50-14.90

Rose-Theater. Gr. Frankf. Str. 132. T. Weichs. E 7 3422. 8¼ Uhr: Der Talisman.

Gebr. Pianos Flügel sucht privat Stephan 6864.

Der Film, auf den man in Deutschland gewartet hat! Im Westen nichts Neues! NACH DEM ROMAN VON ERICH MARIA REMARQUE. AB FREITAG 5, 7, 9¹⁵. VORVERKAUF 12-2 BISMARCK 1580. MARMORHAUS. PRODUKT.: UNIVERSAL PICTURES • PRÄSID.: CARL LAEMMLE

GROSSES SCHAUSPIELH. TÄGLICH 8 UHR. REGIE: CHARELL. Im weissen Rössl. DER WELTERFOLG! Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise.

Neues Th. am Zoo. Täglich 8¼. Alles für euch, schöne Frau'n. Stg. nachm. 4: Rotkäppchen. Rundfunkh. halbe Pr.

8½ Zentral-Th. Alte Jakobstr. 30-32. Tel. A 7 Dönhoff 2047. Der Welterfolg Schwarzwaldmädel. Christl Storm, Gondi. Sonnab. 4: Fridolin im Märchenland

Internationales Th. (Kleines Theater) Unt. d. Linden 44. Täglich 8¼. Flucht vor Michaël mit Kitty Aschenbach. Regie: Leontine Sagan

Wallner-Theat. Alex. E 4 4592/3. Täglich 8½. Schwindelmeier & Co. Der große Schwankerfolg. Sbds. u. Stgs. 3 U. Max und Moritz

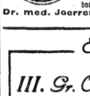
8¼ Theater in d. Klosterstraße (unmittelbar a. U-Bahnhof). Die Hose. Für Jugendliche verboten. Sonnabend 4, Sonntag 5 U. Hänsel u. Gretel. 3 U. Rotkäppchen

Reichshallen-Th. Leipziger Str. 77. Abds. 8 U., Stg. nm. 3½. Das neue Progr. der Stettiner. Die drei Komiker Britton, Brauer, Bornemann. Nachm. ermäß. Pr.

Rennen zu Karlshorst. Heute, den 8. Okt., nachm. 2 Uhr. Großes Hürdenrennen

Eile tut Not! Nur noch kurze Zeit. Das phantastische Erlebnis im Wunderbau auf dem Tempelhofer Feld. Tägl. abds. 7.45 U. KRONE. Kartenbest. Tel. Bärw. 1919 u 6660. Zirkus ist gut geheizt

Tafeläpfel prachtv., sort., Edelrein., Boskoop, Goldparm., Kardinal, 20 Pfg. hausfrei Berlin b. 50-Pfd.-Kauf. Verp. gratis. Reuter, Gartenb., Döberitz. T.: Hansa 9336



Gegen Gallensteine, Gallenblasenentzündg., Gelbsucht, krampfartige Magen-, Leber- und Nierenkrankheiten hat sich Lithotrit glänzend bewährt. Keine Öl u. d Teekur. In Apotheken 3.50 5.50 9.50, wo nicht erhältlich Zusendung per Nachn. Anerkennungen bedeutender Professoren und Aerzte kostenlos von Dr. med. Joerrens, G. m. b. H., Berlin-Treptow 11.

Einladung zur III. Gr. Oktober-Modenschau Herpich. Montag, d. 12. 10. Mittwoch, d. 14. 10. Freitag d. 16. 10. 4.30 Uhr • Leipziger Str. 8-11. Platzbestellung erforderlich A 2, Flora 7441. 825

Fair play

Von

RUDOLF VON RUSSWURM

Es ist von gradezu grundlegender Bedeutung, daß diese Bezeichnung für ehrliches und anständiges Spiel grade auf dem Gebiete des Sports geprägt und erst in seiner späteren Anwendung auf alle möglichen anderen menschlichen Handlungen zu dem umfassenden und so inhaltsreichen Begriff ehrenhafter Handlungsweise überhaupt ausgestaltet worden ist. War der ernste Sport doch, wie das sich im Wandel des Weltgeschehens erwies, dazu prädestiniert, dem menschlichen Ehrbegriffe zu einer Zeit Zuflucht und Schutz zu bieten, da eine Großzahl der Mitlebenden ihn als gradezu lächerliches Ueberbleibsel einer überwundenen Entwicklungsperiode entbehren und bei jeder Gelegenheit mit Füßen treten zu können vermeint. — Das wohl schon darum, weil nach der dumpfen Empfindung selbst jener Umstürzler dieser Begriff zur menschlichen Kultur gehört, mit dem sie steht oder fallen muß.

Es ist kulturgeschichtlich durchaus unzutreffend, wenn als Ausgangs- und Vergleichsbasis für die Entwicklung dieses umstrittenen Begriffes bereits die Sportverhältnisse der Antike herangezogen werden. Gänzlich verfehlt ist eine solche Ideenverbindung jedenfalls hinsichtlich der römischen Arena, der nicht einmal ein erzieherisches Moment zugesprochen werden kann. Die Gladiatorenspiele, ursprünglich als Leichenfeiern zur Sühne und Ehre Verstorbener in Szene gesetzt und späterhin in immer umfangreicherer Weise zu Volksbelustigungen ausgestaltet, vermochten durch ihr strömendes Blut keineswegs die Tapferkeit einer dekadenten Zuschauerschaft zu entflammen, wenn der Gladiator an sich auch mitunter große Kaltblütigkeit und Todesverachtung an den Tag zu legen und in seiner Sphäre mit einer gewissen Würde und Sühne zu sterben verstand. Jedenfalls war der ganze Fechterberuf, dem im wesentlichen Kriegsgefangene, Verbrecher und Desperados ohne sonstige Existenzmöglichkeit angehörten, als unehrliches Gewerbe angesehen, wie denn überhaupt jeder, der des Erwerbes willen in öffentlichen Schaustellungen auftrat, ehrlos wurde und der Infamie verfiel. Allerdings verebbte diese Schimpflichkeit später um so rascher, je zahlreicher freie römische Bürger, ja selbst Ritter und Senatoren die Arena betraten und schließlich gar ein Kaiser (Commodus, 2. Jahrhundert n. Chr.) sich nicht scheute, öffentlich als Fechter aufzutreten und hierfür aus der Gladiatorenkasse horrende Stargagen zu beziehen. Von irgendeinem sublimen Ehrbegriff war also bei diesen Betrieben keine Rede, wenn es auch — doch gewiß mehr im Sinne persönlicher Eitelkeit — als ehrenvoll galt, solche Spiele (circenses) zu spenden oder dazu geladen zu sein.

Versammelte Rom das Volk zu Tierhetzen und Gladiatorenkämpfen, lud Griechenland die Seinen sportlich zu Festspielen, unter denen bekanntlich die in sagenhafte Zeit zurückreichenden Olympien die berühmtesten waren. Hellas' Begeisterung und Leidenschaft galt wirklicher Ertüchtigung aller seiner Männer, das Ziel der Uebungen in den Gymnasien war die Erlangung ebenso körperlicher Schönheit wie von Kraft und Gewandtheit, die, erforderte der Krieg nicht ihre volle Einsetzung, in den Wettkämpfen Ehre und Ruhm zu erbringen vermochten. Grund genug, daß ein selbst- und zielbewußter Staat die Sache solcher Institution zu der seinen machte und sie nach jeder Richtung förderte. Und nichts vermag die so verschiedene Mentalität der Römer und Griechen besser zu beleuchten als der Charakter ihrer öffentlichen sportlichen Schaustellungen. Dort der Italer, der, wenigstens zur Blütezeit seiner Nation, persönlich passiv sich an den blutigen Darbietungen von ihm verachteter Elemente gradezu sadistisch ergötzte, hier der Hellene, der sich an den Vorführungen aktiv beteiligte, grade dabei sein Bestes gab zu seiner und seiner Geburtsstadt Ehre und dafür zählte er zu den Siegern, als sichtbaren Preis nur einen einfachen Kranz erntete.

Nichtsdestoweniger verkörperte erst das mittelalterliche Turnier im Ethos seiner Institution in vorbildlicher Reinheit den Begriff des fair play. Die Zuerkennung der Turnierfähigkeit an eine privilegierte Oberschicht sollte dieser nicht lediglich die aktive Teilnahme an ritterlichen Kampfspielen ermöglichen, sondern verpflichtete sie darüber hinaus ganz besonders, die Anständigkeit der Spielregeln auch im übrigen Leben strenge zu wahren. Es war dies kein Privileg etwa des Stärkeren oder gar des Pfiffigeren, sondern das Vorrecht des Mitgliedes einer gesellschaftlichen Auslese, die an sich bereits für faire Gesinnung in des heutigen Wortes umfassender Bedeutung bürgte. Und da eben Fairneß nicht an ein bestimmtes Land gebunden, sondern damals schon ein internationaler Kulturbegriff war, wie er es noch heute ist, konnten auch Ritter aller Nationen an internationalen Turnieren teilnehmen, ohne ihrer besonderen nationalen Eigentümlichkeit irgendwelchen Abbruch zu tun. Um so mehr mußte es naturgemäß als infamierender Mißbrauch empfunden werden, wenn, so namentlich im gotischen Zeitalter, Ritter aus den Turnieren ein Geschäft machten.

An dieser Stelle ergibt sich begrifflich unschwer der Uebergang zu den Verhältnissen des modernen Sports und seinem praktisch noch immer nicht gelösten Amateur-Problem. Die Ausübung des Sports, der heute, wie damals, einen Schutzwall gegen überhandnehmendes Weltbarbarentum bilden soll, hat die Pflege der Körperfähigkeiten und ihre Erprobung im Wettkampfe zum Gegenstande. Dieser aber verlangt gleiche Bedingungen, die jedoch nicht mehr bestehen, wenn einzelne ihre körperliche Gewandtheit zu beruflichem Geldgewinn ausnutzen. Die Begriffe solchen „Berufes" (die Zwittergestalt des Sportlehrers überhaupt ausgenommen) und des reinen Sports sowie parallel damit jene des Professionals und des Amateurs stehen einander trotz äußerlich gleichartiger Betätigung unweigerlich schroff gegenüber. Unter materiellen Auspizien wird aus der im Sporte sonst zu suchenden Erholung Arbeit, Spieler werden zu Akteuren, Vereine zu Unternehmern, Spiele und Wettkämpfe zu Schaustellungen, die eine geldliche Gegenleistung sowohl beanspruchen wie voraussetzen. Der reine Amateursport aber soll seine Jünger innerlich erheben, sie frei und stolz machen, der sportliche Wettkampf ihnen ein von jeder Selbstsucht freies Streben und Ideal sein.

Wenn heute eine sehr bedauerliche Verwässerung des Amateurbegriffes besteht, ist diese wohl im wesentlichen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Immerhin bleibt die unentgeltliche Ausübung des Sports eine mit dem reinen Amateur-Begriffe untrennbar verbundene Notwendigkeit. Ohne diesen Begriff würden die olympischen Spiele ihren Sinn verlieren und der olympische Eid zu einer unverantwortlichen Farce. Denn allein die enge Verknüpfung des Sports mit der Betätigung vollendeter Ritterlichkeit sichert ihm seine ethische Berufung, Hüter und Mehrer menschlicher Kultur zu sein und zu bleiben.

Weißensee 96 im Wasserballfinale

Das Endspiel um die Wasserball-Meisterschaft wird zwischen Weißensee 96 und dem Sieger des Treffens Hellas Magdeburg—Bayern 07 stattfinden. Die Wasserfreunde Hannover haben nämlich von einer Beteiligung abgesehen, so daß die Spiele Weißensee—München 99 als Vorschlußrunde gewertet werden konnten. Hellas-Magdeburg und Bayern 07 kämpfen nun am 31. Oktober und 1. November in Magdeburg gegeneinander. Die Schlußspiele sollen in Berlin vor sich gehen.

Familien-Nachrichten

Erich Döhler
Margot Döhler
geb. Landsberger
Vermählte

5. Oktober 1931

Koburg Probstgrund 6.

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: **Magdalene Fritsche** mit **Georg Muntschil**, Leipzig. — **Margarete Jotnofky** mit **Johann Märtenhuber**, Hamburg.

Vermählt: Dr. med. **Paul Meißner** und Frau Irmgard, geb. Haerting, Zwickau. — **Fred Schick** und Frau Elly, geb. Lindam, Köln. — **Erich Richardt** und Frau Margarete, geb. Richter, Hannover. — **Hermann Michel** und Frau Lucia, geb. Schmidt, Herrenhausen. — **Willy Bolm** und Frau Hilde, geb. Bahlenkamp, Reinfeld/Holstein. — **Rudolf Hartmann** und Frau Käthe, geb. Hepworth, Hamburg. — **Philipp Hock** und Frau Jessie Toni, geb. Heidemann, Hamburg. — **Rudolf Kutschera** und Frau Gertt, geb. Uhle, Breslau/Dresden. — Diplomkaufmann Dr. **Heinrich Schobert** und Frau Ottilie, geb. Karl, Nürnberg.

Geboren: Ein Sohn: **Edmund Bach** und Frau Florence, München. — **Fritz Seibe** und Frau Emmy, geb. Klingermann, Hannover. — Dr. med. **Borhauer** und Frau Anna, geb. Köberle, Hannover. — **W. Kümper** und Frau Paula, geb. Spickermann, Dortmund. — Stadtrat a. D. Dr. **Richard Lindemann** und Frau Ingeborg, geb. Müller, Stettin.

Eine Tochter: **Sally Oberdorfer** und Frau Ruda, geb. Israel, Ludwigshafen. — Dr. **Günther Riebow** und Frau Elfriede-Charlotte, geb. Becker, Hamburg.

Gestorben: Frau **Barbara Kern**, 70 Jahre alt, Nürnberg. — Frau verwitwete **Franziska Hemmer**, geb. Promoli-Knorr, 82 Jahre alt, München. — Kommerzienrat **Carl Frey**, München. — Dr. med. **Georg Dürst**, München. — Oberstleutnant a. D. **Karl Mußbach**, München. — **Gustav Hentschel**, Leipzig. — Frau **Selma Gnauck**, geb. Striegler, Leipzig. — Frau verwitw. **Dorette Herbst**, geb. Schrelle, 95 Jahre alt, Hannover. — Frau **Amalie Liebe**, geb. Warnecke, 78 Jahre alt, Hannover. — **Johann Clasen**, 84 Jahre alt, Hamburg. — Frau Geheimrat **Caroline Marie Sieveking**, geb. Behn, 66 Jahre alt, Hamburg. — **Ernst Moormann**, 72 Jahre alt, Hamburg. — **Hermann Baack**, Hamburg. — Frau **Katharina Flügge**, geb. Eberling, 78 Jahre alt, Hamburg. — **Salomon Krettingen**, 74 Jahre alt, Dresden. — Pastor **Ferdinand Janke**, Breslau. — Architekt **Paul Schaar**, Breslau.

Am 5. Oktober, nachmittags 5.40 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann

Friedrich Schubel

im 57. Lebensjahre.

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen

Bertha Schubel, geb. Herrmann,
Emdener Straße 49.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 10. Oktober 1931, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Marienfriedhofes in der Prenzlauer Allee 7 aus statt.

Gravensteiner Aepfel
in bekannter Güte, per Ztr. 25,—, Postkolli 3,— M, versendet unt. Nachn. **Wulf, Gräfl. Gärtnerei, Boitzenburg,** Uckermk.

Innenarchitekt
verkauft mod., nagelneues, künstl. **Schlafzimmer** und **Speisezimmer**, gar. prima trock. Arbeit. **Pallas** 4679.

Stellenmarkt

Studienassessorin
infolge der Notverordng. abgebaut, völlig mittellos, **bittet um Beschäftigung.** (Math., Physik, Chemie, latein., engl., französ. und italienische Sprachkenntnisse, Schreibmaschine). Zuschriften unter 5590 **T. W.** Ullstein-Ziffer-Dienst, Ullsteinhaus, Kochstr.

Perfekte Sekretärin
sucht Aufnahme in guten Haushalt zur wirtschaftlichen Ausbildung. Offert. unt. 55024 **T. C.** Ullstein-Fil. Tauentzienstr. 1.

Kinderliebes, 23j. Alleinmädchen
in langjähr. Stellung, sucht zum 15. X. Stellung. **Frl. Erna Britz** bei **Ruttkowski, Wilmersdorf, Uhlandstraße** 87.

Grundstücks-Verkehr

LANDHAUS
in gutem Zustande, 4 Zimmer, Küche, Mansarden und übl. Beigelaß, mit anl. Gemüse- u. Obstgarten (650 qm), in Waldau bei Liegnitz i. Schles. gelegen, **ist sofort günstig zu verkaufen.** Offerten unt. 5591 **T. Z.** Ullstein-Ziffer-Dienst, Kochstr.

Gute Existenz
bietet Ihnen eine Waschanstalt. Geeignetes Grundstück in Liegnitz i. Schl. weist nach **Mittelstandsbank Liegnitz.**

DR. KOTHES PÄDAGOGIUM
in Bad Buckow, Märk. Schweiz, Tel. 10. An Seen und waldigen Hügeln. Sexta bis Abitur. Straffer Unterricht. Gewissenhafte Erziehung. Sport. — Fröhliches Jugendleben. Vornehm eingerichtet. — Musiksaal, Turnhalle, Werkstätten, Gesellschaftsräume. 40 Schülerzimmer mit warmem und kaltem fließendem Wasser. — Beste Verpflegung. — Prospekt.

English
teas. **Bavaria** 6925

Schöner v. Boskop
Goldparmäne, Goldreinette, handgepfl. inkl. Korb 50 Pfd. 9,- ab Eutin Nachn. 3 Sorten Tafeläpfel 7.50.
Otto Behncke, Eutin 15.

Billige, geräumige, sonnige
Neubau-Wohnungen
1½—4½ Zimmer mit Bad und Balkon in verschiedenen Gegenden Groß-Berlins
per sofort u. später zu vermieten
Einfa, Köpenicker Straße 80 — F 7 Jannowitz 6011
Wochentags 9—15 Sonnabend 9—12

Sanatorium Hochstein
Oberschreiberhau
im Riesengebirge
710 m ü. d. M.
Klinisch geleitetes Haus
Preise von Rm 8.— bis 14.— Rm einschl. ärztlicher Behandlung. Verbilligte Pauschalkuren ab 15. September 1931. Prospekte durch die Leitung.

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 14. Januar 1932, 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstr. 13/15, III. Stockwerk, Zimmer Nr. 119/120, Quergang 9, versteigert werden das in Berlin, Linienstr. 105 und Kleine Hamburger Str. 25a belegene, im Grundbuche von der Königstadt, Band 38, Blatt 2360 (eingetragener Eigentümer am 11. Mai 1929, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Ingenieur Wilhelm Büttner in Berlin-Westend) eingetragene Grundstück: a) Vorderwohnhaus mit linkem Seitenflügel und unterkellertem Hof, b) Stall-, Remisen- und Wohngebäude links, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 152, Parzelle 183, 5 a 75 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 3483, Nutzungswert 16 480 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 3483. — 87. K. 95. 29. —

Berlin, den 2. Oktober 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte**,
Abteilung 87.

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Bln.-Mahlsdorf, Berliner Str. 89 belegenen, im Grundbuche von Berlin-Mahlsdorf, Band 38, Blatt 1139 eingetragene Grundstück wird aufgehoben. Der auf den 20. Oktober 1931 bestimmte Termin fällt weg. — 2. K. 80. 31. —

Berlin-Lichtenberg,
den 2. Oktober 1931.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung

Am 10. Dezember 1931, 12 Uhr, wird an Gerichtsstelle, Zimmer 1, das dem Landwirt Franz Selke, Groß-Machnow, gehörige Grundstück Groß-Machnow, Band II, Blatt 40, mit Gebäuden, in einer Größe von 45 ha 15 a 90 qm zwangsweise versteigert. Die Nachweisungen über Lage und Art können auf der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Mittenwalde (Mark),
den 3. Oktober 1931.
Das Amtsgericht.

Eigene Feststellungen. **Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)**

Belastungen

Zu Grundstück Linienstr. 105, Ecke Kleine Hamburger Straße 25a in Berlin: 1. 85 000 RM 8½ v. H. Zs. Württemb. Hypothekenbank, Stuttgart. 2. 20 000 RM Sich. Stark u. Biedermann, Rößrath a. Rh. 3. 5000 RM 12 v. H. Zs. Hugo Goldstein, Berlin, Kaiserallee 20. Betr. Gläub. wie zu 1. Einheitswert 132 000 RM.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten.)

Abt. A: M. Rosen & Co., Bln.-Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 28 (Vertretung u. Vertrieb von Schuhmacherbedarfsartikeln). — Victor Otto Stomps, Berlin S 14, Stallschreiberstraße 30 (Buch- und Kunstdruckerei sowie Verlagsanstalt). — Agte Gebrüder, Berlin W 8, Behrenstr. 50-52 (Assekuranzmakler).

Abt. B: Allgemeine Bau- und Zweckspar-A.-G., Berlin N 24, Oranienburger Str. 13-14. Grundk.: 250 000 RM. Vorstand: Dipl.-Kfm. Adolf Runck, Berlin. — Erdöl- und Erdgas-G. m. b. H., Berlin-Halensee, Nestorstr. 13. Stammk.: 330 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Leon Rosner, Drohobycz ul. Slovaziego. — Theodor Lindner Lichtspiele G. m. b. H., Berlin C 2, Poststr. 7-8. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Willy Pohl, Berlin. — Wurm-Inkasso-G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 84. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Hans Wurm, Berlin. — Pelzmodellhaus Edmond Frouchtman G. m. b. H., Berlin W 50, Budapester Straße 13 (Herstellung und Verkauf von Pelzen jeder Art). Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Kflte. Edmond Frouchtman, Barcelona, und Dr. Jacques Prober, Berlin. — T. d. W., Theater des Westens, Gastspiel G. m. b. H., Berlin W 8, Behrenstr. 55-57. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Theaterdirektor Hans Lüpschütz, Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

Carl Willy Schöne (Lederwaren-, Damen- und Herrenwäsche-Versandgeschäft), Berlin-Reinickendorf; Firma Loewens & Elias, Inh. Hermann Sergel, Braunsberg; o. H. Otto Walter, Bremen (Gummiwarenhandlung); Motorenfabrik Heinrich Liesen, Inhaber Heinrich Liesen, Duisburg-Ruhrort; Fa. Kutzen & Schmidt, Eutin; o. H. von Scheve & Co., M.-Gladbach; Hulla-Werke, Inh. Heinrich Helms, Hagen, Bez. Bremen; Firma Kausel & Jakobi, Hanau; Kaufmann Emil von der Linde, Alleininhaber der Firma „Norddeutsche Mechanische Kleiderfabrik Emil von der Linde", Hannover; o. H. Leube & Moorth, Kahla; Wasch- und Plättanstalt Glitzner & Co. G. m. b. H., Leipzig; Autokasten G. m. b. H., Karosserie- und Wagenbau, München; Gebrüder Uhle G. m. b. H. Sägewerk, Kohlen- und Holzhandlung, Paderborn; Rubensdörffer & Gaupp, Möbelfabrik, Pforzheim; o. H. L. Block Nachfg. Inh. Wilhelm Weisheit, Solingen-Wald; Th. Flöther Maschinenbau A.G. Gassen N.-L.; Ein- und Verkaufsgenossenschaft ländlicher Kolonialwarenhändler e. G. m. b. H., Stolp; Chemische Fabriken Worms A.G., Worms; Edmund Kahn & Co., Wuppertal-Elberfeld; G. & J. Jaeger, W.-Elberfeld; Niederrheinische Holzindustrie G. m. b. H., Sonsbeck.

Aufgehobene:

Firma Bruno Heßling, Berlin; Konservenfabrik Julius Roever A.G., Braunschweig; Firmen Rudolf Dreist G. m. b. H. u. Heinrich Cramer Nachfg. Inhaberin Rudolf Dreist G. m. b. H., Dortmund; Rossel & Co., Frankfurt a. M.; Firma Gebrüder Wernsing, Inh. Karl und Hubert Wernsing, Gelsenkirchen-Buer; Lackfabrik Knackstedt, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Hannover; Mittelbadische Privat-, Spar- u. Darlehnskasse G. m. b. H., Karlsruhe; o. H. Gebr. Mosig, Krefeld; Autohandels G. m. b. H., Mannheim; Firma Karl Götzen, Mühlenwerke, Neuß; Firma Otto Görner, Fischbach; Firma Carl Hahn & Co., Bankgeschäft, Schorndorf; Firma Karl Zollfrank, Maschinenfabrik, Erkersreuth; Firma Hermann Schulz, Tilsit.

Neue Konkurse

A. = Anmeldefrist E. = Eröffnungstermin. G. = Gläubigerversammlung. P. = Prüfungstermin.

Berlin-Mitte. Kürschnermeister Fritz Schäfer. E. 2. 10. A. 15. 11. G. 28. 10. P. 11. 12.

Berlin-Schöneberg. Werkstätte Zehlendorf Textilgesellschaft m. b. H. E. 30. 9. A. 25. 10. G. 27. 10. P. 26. 11.

Bielefeld. Firma Schiff & Hecht o. H. E. 30. 9. A. 21. 11. G. 31. 10. P. 28. 11.

Dortmund. Hotelpächter Wilhelm Klante, Alleininhaber der Firma „Hotel Rheinischer Hof". E. 29. 9. A. 20. 10. G. 19. 10. P. 27. 11.

Eisenach. Christian Marschall G. m. b. H. E. 2. 10. A. 23. 10. G. 30. 10. P. 13. 11.

Hagen (Westf.). Gerstein & Kreft G. m. b. H. E. 2. 10. A. 25. 10. G. 4. 11. P. 25. 11.

Helmstedt. o. H. Heinrich Fahrenholz, Zementwarenfabrik. E. 30. 9. A. 5. 11. G. 31. 10. P. 5. 12.

Herne. Kortebusch junr. u. Ritterswürden. E. 1. 10. A. 22. 10. G. und P. 29. 10.

Kaiserslautern. Einkaufsgenossenschaft Merkur, e. Gen. m. b. H. E. 2. 10. A. 28. 11. G. 31. 10. P. 12. 12.

Lüneburg. Lüneburger Eisenwerk A.G. E. 1. 10. A. 15. 11. G. 29. 10. P. 3. 12.

Mühlhausen, Kr. Pr. Holland. Däblitz & Flasch G. m. b. H. E. 2. 10. A. 13. 11. G. 29. 10. P. 26. 11.

Wurzen. Drahtwaren- und Gewebefabrik Curt Exner Kommanditgesellschaft. E. 2. 10. A. 28. 10. G. 2. 11. P. 6. 11.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 474 • MORGEN — VERANTWORTLICH: DR. HANS BUSCHMANN, BERLIN — DONNERSTAG, 8. OKTOBER 1931

Enquete-Schluß

Nach mehr als hundert Einzelpublikationen ist nunmehr ein Schlußbericht des zur „Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft" eingesetzten Ausschusses erschienen. Der Mangel an Mitteln für eine weitere Fortführung dieser Arbeiten und der Wunsch, eine weitere Verzögerung der Bekanntgabe der Schlußergebnisse der fünfjährigen Untersuchung zu vermeiden, hat dabei zu einer Neuerung geführt. Als Herausgeber zeichnet nicht, wie sonst üblich, der Ausschuß, sondern lediglich sein Vorsitzender, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg, und seine bewährten wissenschaftlichen Mitarbeiter, Dr. Hecht und Dr. Neu. In mehr als zweihundert Seiten werden die Einzelergebnisse der Kommissionen einheitlich zusammengefaßt, ausgebaut und zur Grundlage für die Aufstellung einer Reihe beachtenswerter Forderungen für die zukünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik genommen.

Schon die Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung des Materials nach den Mitteilungen des Ausschusses ergeben haben, schmälerten das ursprüngliche Programm und blieben schließlich auch für die letzte Auswertung nicht ohne wesentlichen Einfluß. Der Schlußbericht hütet sich vor jeglicher Prophetie, dafür geht er um so gründlicher an die Aufklärung der Mißstände heran, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in die heutige Krise hineingeführt haben, und deren restlose Beseitigung Voraussetzung für eine Gesundung und allmähliche Wiederaufwärtsentwicklung ist.

Wenn auch das statistische Material vorwiegend mit dem Jahre 1929 abschließt, so sind doch die bereits seit 1927 darin zum Ausdruck kommenden Krisentendenzen in der Schlußbetrachtung bis in die hängste Gegenwart hinein konsequent weiter verfolgt worden, wodurch die Ausführungen teilweise höchst aktuelle Bedeutung erlangen. So äußert sich der Bericht zu der augenblicklich wohl am lebhaftesten diskutierten Frage der Starrheit der deutschen Preise in nicht mißzuverstehender Klarheit über die Gründe dieses untragbaren Zustandes und die Wege ihrer Beseitigung. Bei den „Untersuchungen des Inlandmarktes" wird hierzu u. a. ausgeführt:

„Die Vorstellung von einem gerechten Preis bei allen Einrichtungen staatlicher und privater Art hat dazu beigetragen, das Preisgebäude in Deutschland bis zu dem erreichten Maße zu versteinern. Hat aber erst für einen großen Teil des Wirtschaftsbereiches diese Vorstellung und ihrer Auswirkung der starre Preis Geltung, und sogar zum Teil staatliche Anerkennung, so müssen auch die übrigen Teile des Preisgebäudes erstarren, da bei den wechselseitigen Zusammenhängen des Wirtschaftslebens die starren Preise des einen Wirtschaftskreises als starre Kosten des anderen auftreten. Die Entwicklung wird beschleunigt, wenn die Bemessung des Preises nach durchschnittlichen Kosten erfolgt, wobei während günstiger Konjunktur die Differentialrente des einen Teils der Betriebe den Anreiz zu Kostensteigerungen verstärkt, die notwendig, um den angemessenen Preis für die ungünstigen Betriebe wieder herzustellen, den Kostenbewegungen gemäße Preisbewegungen nach sich ziehen. Wenn man diese Grundlagen der Preisentwicklung in ihrer vollen Wirksamkeit würdigt, verliert das in der wirtschaftspolitischen Erörterung vorgetragene Argument an Bedeutung, nach dem der abweichende Preisstand eines Produktes in Deutschland, gemessen an dem ausländischen Konkurrenzprodukt, in der Rückständigkeit des deutschen Erzeugers oder in seiner mangelnden Neigung begründet sei, die Preise zu senken. Dagegen wird die Feststellung zahlreicher Sachverständiger, die allen Teilen der Wirtschaft angehörten, aus den Untersuchungsergebnissen bestätigt, wonach das Gefüge staatlicher und privater Maßnahmen, die auf die Struktur der Betriebe, ihre Kosten- und Kapitalverhältnisse und ihre Betätigung am Markte einwirken, so fest ist, daß hieran auch die Unternehmer-Initiative ihre Wirksamkeit verliert, die sich noch nicht mit den übergelagerten Ordnungen verständigt hat. Hieraus erhellt auch, daß Maßnahmen, die Einbrüche an einer Stelle dieses Gefüges versuchen, ohne wirklichen und dauernden Erfolg bleiben."

Deutlicher kann die Notwendigkeit des Aufockerungsprozesses, den auch wir immer wieder gefordert und begründet haben, kaum gezeigt werden. Die Enquete selbst liefert dazu einen wertvollen Beitrag, indem sie auch in die Ursachen dieser Erstarrung hineinleuchtet. Sie geißelt das überall zutage tretende Bestreben, gleichzeitig die Hilfe des Staates zu suchen und den Helfer Staat auf das schärfste zu kritisieren und sie führt diese Tendenz nicht zuletzt auf die vielfach überhand nehmende Bürokratisierung der Wirtschaft zurück. „Allgemein ist der Anteil der verwaltenden Tätigkeit innerhalb der deutschen Wirtschaft gewachsen. Sie beschränkt sich nicht auf die staatlichen Einrichtungen und privaten Organisationen. Auch in den Unternehmungen selbst hat sich die Zahl der hiermit befaßten Personen erhöht. Dadurch wurde auch das Beharrungsvermögen der Wirtschaftsteile unterstützt, die im Wettbewerb die geringste Widerstandskraft besitzen." Diese Tendenz ist nicht zuletzt die Kehrseite der Rationalisierung, die unsere Wirtschaft vorgenommen hat und vornehmen mußte, schon um die mannigfachen Strukturveränderungen der Nachkriegszeit, aber auch die preistreibende Wirkung der Agrarzölle auszugleichen. Es war ein besonderes Verhängnis, daß diese Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit auch auf dem Weltmarkt immer schärferen Konkurrenz und immer schwierigeren Absatzbedingungen begegnet. Aber auch innerhalb Deutschlands trübte die Vorliebe für Investition, Expansion und Konzentration, die man allzu oft als die wichtigsten Rationalisierungsmaßnahmen ansah, den Blick für die „Bedeutung der optimalen Größe" eines Unternehmens. Dieses Vorurteil, das sich die Banken vielfach in ihrer Kreditpolitik zu eigen machten, führte zu einer Unterschätzung der Mittel- und Kleinbetriebe, die noch heute in weiten Bezirken unserer Industrie dominieren zugunsten der großen Unternehmungen.

Mit dieser besonders aktuellen Feststellung erklärt die Enquete auch die immer noch ungenügende Berücksichtigung der verarbeitenden Industrie und der Hersteller von Fertigerzeugnissen, denen für unseren Export, sowie für die Auswertung der Arbeitskraft, unseres größten Nationalreichtums, eine ausschlagebende Bedeutung zukommt. Bei den Rohstoffindustrien dagegen ist beispielsweise die überragende Position des Bergbaues dank der Fortschritte auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft und der Energiegewinnung durch Gas, Wasser und Oel erheblich abgebaut worden. Konnte somit die Enquete auf die bunte Verflochenheit des deutschen Wirtschaftslebens nicht auf wenige Formeln zurückführen, sie liefert doch ihre umfangreiche Arbeit, die sobald kaum wiederholt werden dürfte. Sie bringt Erkenntnisse, die für künftige Reformen von Nutzen sein werden.

Bilanz-Reinigung kann beginnen

Die Wirtschaft hat das Wort

Mit den Bestimmungen über die „Kapitalherabsetzung in erleichterter Form" setzt das Reich der privaten Wirtschaft eine Frist für die Erfüllung einer ihrer dringendsten Aufgaben. Bis zum 30. Juni kann unter den besonders vereinfachten Bedingungen der Notverordnung die schon lange fällige Bilanzbereinigung überall wo sie nötig ist, durchgeführt werden. Die Kapitaldecke mit den wirklichen Rentabilitätsmöglichkeiten in Einklang zu bringen, bezeichnete Finanzminister Dietrich als den Zweck dieses Notgesetzes. Ueberall dort, wo die Wertansätze der Goldbilanz durch Umsatzschrumpfung, durch Entwertung des Effektenportefeuilles oder sonstiger Aktiven widerlegt worden sind, soll die Bilanzwahrheit wiederhergestellt und damit die Grundlage des Vertrauens und einer freien, nicht mehr von alten Scheinziffern belasteten Kalkulation geschaffen werden. In diesem Sinne hat das neue Gesetz eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung. Es entkleidet die „Sanierung" des Odiums, das ihr bisher noch anhaftete und stempelt sie zu einer Maßnahme vernünftiger Anpassung an die allgemeine wirtschaftliche Tendenz.

Demgegenüber fallen die technischen Einzelheiten und Vorschriften weniger ins Gewicht. Die Kapitalreduktion muß mit der Einziehung aller Art von Vorratsaktien beginnen, soweit die Gesellschaft über diese frei verfügen kann. Die Verpflichtung zum öffentlichen Aufruf an die Gläubiger wird suspendiert. Allerdings haben die Gläubiger einen Anspruch auf Sicherheitsleistung oder gegebenenfalls auch auf Befriedigung, wenn die Gesellschaft früher als zwei Jahre nach der erleichterten Sanierung mehr als 6 pCt. Dividende verteilt. Grundsätzlich darf eine Ausschüttung erst erfolgen, sobald der gesetzliche Reservefonds wieder eine Höhe von 10 pCt. des neuen Grundkapitals erreicht hat. Dabei werden jedoch — eine deutliche Konzession an die vom Reich gezeichneten Vorzugsaktien der Dresdner Bank — neue Aktiengattungen, die erst nach dem 12. Juli dieses Jahres geschaffen worden sind, nicht angerechnet. Allgemein muß erst der Reservefonds und dann das Kapital zur Deckung der Abschreibungsverluste herangezogen werden.

Mit einer solchen Umwertung aller Bilanzwerte ist zweifellos in vielen Fällen eine durchgreifende Hilfe möglich. Haben doch viele Aktienunternehmungen selbst alles Interesse daran, ihre Kalkulation und damit ihre Preise von dem Abschreibungsbedarf aufgeblähter Scheinaktiven zu entlasten, durch Nachprüfung der Bilanzwerte die Richtlinien für eine durchgreifende Neuorientierung der Produktions- und Bilanzpolitik zu gewinnen und endlich für eine vielleicht bessere Zukunft auch Aktien mit wirklicher Dividendenchance zur Beschaffung neuen Kapitals plazieren zu können. Aber mit dieser Abwertung der Aktionärsansprüche wird es nicht überall getan sein. Bei manchen Unternehmungen ist nicht nur die Ueberkapitalisierung, sondern auch die Ueberschuldung ein Problem. Die Notverordnung hat aus naheliegenden Gründen diesen heiklen Punkt nicht berührt. Oft wird die Kapitalreduktion auch die Schuldentilgung erleichtern. Die Gesellschaft kann beispielsweise auf der ermäßigten Basis neue Aktien ausgeben und damit einen Teil ihrer Gläubiger abfinden. Soweit es sich dabei um Stammaktien handelt, macht sie wenigstens insofern ein gutes Geschäft, als der zum Aktionär gewordene Gläubiger wenigstens keinen starren Zinsanspruch mehr hat.

Oft aber bergen solche Transaktionen auch eine doppelte Gefahr. Der Geldgeber wandelt seine Forderungen in Beteiligungen um und die Banken werden dadurch immer mehr mit Aktienbeständen und Aufgaben belastet, die ihnen eigentlich wesensfremd sein sollten. Aus Finanziers würden sie zu Mitinhabern eines wesentlichen Teils der Industrie werden. Ob sie dieser Verantwortung gewachsen sind, bleibe dahingestellt. Außerdem aber bringt die Abfindung der Gläubiger mit neuen Aktien die Versuchung mit sich, die Buchschulden in voller Höhe ohne Rücksicht auf ihre Tragbarkeit in Aktien umzuwandeln. Die Halbheit und Unzulänglichkeit eines solchen Sanierungswerks würde sich sehr bald herausstellen. In vielen Fällen wird deshalb die gesetzliche Regelung der Kapitalreduktion durch freiwillige Schuldenkonsolidierung ergänzt werden müssen, wenn das Unternehmen wirklich gesunden soll. Der Gesetzgeber hat den Weg gewiesen, die Wirtschaft muß ihn beschreiten und zur Ende gehen.

Das Reich als Kaufmann

Rückversicherer des Hermes

Das Reich als Versicherungskaufmann ist neue Erscheinung. Bei der Exportkreditversicherung, an der es seit 1926 mit einer Quote von 50 pCt. beteiligt ist, lagen zwingende Gründe vor, die auch demjenigen einleuchten konnten, der mit der gesamten Privatwirtschaft gegen eine privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand ist. Es ist aber doch einigermaßen paradox, daß zu allen Subventionen, Bürgschaften und Rückversicherungen das Reich seine kaufmännische Tätigkeit in einer Zeit erweitert, in der grade die Privatwirtschaft auf anderen Gebieten gegen die Betätigung der öffentlichen Hand besonders heftig Sturm läuft. Wir haben bereits über die in der gestrigen Notverordnung verankerte 30-Millionen-Garantie auf dem Gebiete der Kreditversicherung berichtet, die das Reich als Rückversicherer der einzigen deutschen Kreditversicherungsbank, des Hermes, übernommen hat. Die von uns angeführten Gründe, die das Reich dazu bewogen haben, sind offiziell bestätigt worden.

Darüber hinaus hat jetzt auch die Hermes Kreditversicherungsbank A.-G. die Aktion des Reiches erläutert. Danach ist die Reichsbeteiligung eine reine Rückversicherung mit einer Quote, die niedriger ist, als die Gesamtquote der privaten Rückversicherer des Hermes, und auch geringer als die Quote des Reichs an der Exportkreditversicherung. Äußerlich ist die Sache folgerichtig privatwirtschaftlich aufgezogen: Das Reich nimmt prozentual im Ausmaß seiner Quote am Gewinn und Verlust, wie die anderen Rückversicherer, teil. Es soll dadurch der Gefahr begegnet werden, daß durch die Kreditunsicherheit das inländische Warengeschäft eine weitere Absatzeinschränkung erleidet. Nicht nötig, zu sagen, daß das keine Subvention des solide und mit Verständnis geleiteten Hermes ist.

Aber das Reich springt doch in eine Bresche, die durch den Ausfall privater Rückversicherer eingetreten ist. Die deutschen Rückversicherer, Allianz und Münchener Rück, haben, wie der Hermes selbst, seit Jahren auf eine Drosselung des Geschäfts hingewirkt, und die ausländischen Rückversicherer haben genug in ihrem eigenen Lande zu tun. Wenn das Reich nicht eingesprungen wäre, hätte der Hermes seine Pforten schließen müssen, was gewiß bedauerlich gewesen wäre, nicht nur im Interesse seiner vorzüglichen Organisation und Arbeitsweise, sondern auch in dem des deutschen Handels. Die Notverordnung sagt nicht, daß nur der inländische Warenverkehr gefördert werden solle. Davon spricht lediglich die amtliche Erläuterung. So bleibt die Möglichkeit bestehen, daß auch der Export neben der eigentlichen Exportkreditversicherung weiter von seinem kaufmännischen Risiko entlastet wird. Schließlich ist es bei dem engen Zusammenhang zwischen Binnen- und Außenhandel gleichgültig, wie man sich ausdrückt.

Ob man sich mit dieser „Handelssubvention auf Umwegen" abfindet, ist Sache grundsätzlicher Einstellung. Unter der jetzigen Leitung des Hermes, der undurchsichtige Risiken bündelweise abgelehnt hat, sehen wir keine Gefahr, daß die Handelssubventionen zu einer Subvention nicht einwandfreier Geschäfte führt. Wie das in Zukunft wird, bleibt abzuwarten. Immerhin soll das Reich auch in den Aufsichtsrat des Hermes eintreten, was als Kontrollmaßnahme zu billigen ist. Anderseits besteht Gefahr, daß auf diesem Wege wesensfremde Einflüsse in die Geschäftsführung eindringen und manches Geschäft gemacht werden könnte, das der unabhängige Hermes vielleicht abgelehnt hätte. Das wiederum könnte zur Ausweitung des Kreditvolumens des Handels auf Umwegen führen. Die hierzu abgegebenen Erklärungen, daß die selbständige Geschäftsführung nicht an-

Börse bleibt geschlossen

Der Standpunkt der Regierung

Die von uns im gestrigen Abendblatt angekündigte Eingabe des Berliner Börsenvorstandes wegen baldiger Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen ist noch gestern dem Reichswirtschaftsministerium, der Reichsbank, dem Preußischen Handelsminister und dem Staatskommissar an der Berliner Börse zugestellt worden. Der Börsenvorstand verweist in der Eingabe darauf, daß nur ein baldiger amtlicher Wertpapierverkehr als wirksames Mittel zur Unterbindung des zunehmenden Freiverkehrs angesehen werden kann.

Nach unseren Informationen finden dauernd interne Beratungen der Börsenaufsichtsorgane über die Frage einer Wiedereröffnung der Börse statt. Die Börsenaufsichtsorgane sind mit allen Mitteln bestrebt, sobald als irgend möglich, einen amtlichen Wertpapierverkehr wieder in Gang zu bringen. Im Augenblick ist leider hieran nicht zu denken, da sich besonders die devisenpolitische Lage der Reichsbank noch keineswegs grundlegend gebessert hat. Hinzu kommt, daß man in amtlichen Kreisen unter allen Umständen den Verlauf der Beratungen im Reichstag abwarten will, ehe man in eine Börsenöffnung einwilligt.

Unter diesen Umständen kommt also eine Wiedereröffnung der Wertpapierbörse in der allernächsten Zeit nicht in Frage.

Das Gold verläßt U. S. A.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 7. OKTOBER

Private Goldversch iffungen größten Ausmaßes nach Frankreich dauern an. Lazard Frères und Guaranty Trust Co. versenden mit Dampfer „Bremen" und „Berengaria" 75 Millionen Dollar. Der Gesamtexport der beiden letzten Tage beträgt somit 150 Mill. Dollar. Dabei sind 300 Millionen, die von den Reserve-Banken auf Sonderkonto abgesetzt wurden, noch nicht berücksichtigt.

Der Dollar in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. OKTOBER

In hiesigen Finanzkreisen haben die letzten großen Goldtransporte aus den Vereinigten Staaten Besorgnisse über die künftige Entwicklung des Dollarkurses hervorgerufen. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß am Pariser Devisenmarkt die Deportsätze bei Dollarabschlüssen sich bei einem Monat auf 15, bei drei Monaten auf 45 Centimes pro Dollar belaufen.

Diese Sätze sind außerordentlich hoch. Außerdem wird der Golddollar, der vor wenigen Wochen im Pariser Devisengeschäft überhaupt keine nennenswerte Rolle spielte, jetzt mit einem beträchtlichen Agio gegenüber dem Papierdollar gehandelt, etwa 26,15 gegenüber 25,39.

getastet werden solle, wirken zwar befriedigend, aber sie können die mit einer Reichsbeteiligung an einem privaten Geschäft verbundenen Bedenken dennoch nicht völlig zerstreuen. Es bleibt nur übrig zu hoffen, daß die im Aufsichtsrat vertretenen privaten Gesellschaften, die eine Sozialisierung der Privatversicherung überhaupt fürchten und darum bekämpfen, stets auf der Seite der Geschäftsleitung stehen werden, wenn auf sie ein unzulässiger Druck ausgeübt werden sollte.

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 7. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	7. 10.	6. 10.
Staats- u. Stadtanleih.		
6% Nederland 1932	100.50	100.25
4½% do. 1935-36	100 11/16	100.00
7% Dt.Rijksl 49 (Daw.)	45.50	44.00
5½% do. 65 (Young)	32.50	31.00
7% Bremen 1935	—	—
6% Preußen Obl. 1952	31,00	—
7% Dresden Obl. 1945	—	—
6½% Keul. Cert. 1950	—	—
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	47.00	45.75
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	32.13	—
7% S. Bdkr. Pfbr. 53	58.25	58.13
Amsterdamsche Bank	105.63	105.63
Nederld. Handel. My	—	—
Rotterdamsche Bank	67,00	65,50
Koloniale Bank	70,00	69,25
Nederl. Ind. Hd. Bk.	70,00	68,25
Dtsch. Rijksbank	—	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	90,00	88.50
7% A. G. f. Bergbau, Blei u. Zink O. 48	37.00	36.00
7% R. Bosch Dollar-Obl. 1951	—	—
8% C. Caoutsch. O. 50	70.00	—
7% do. Gummiw. A. G. Obl. 1956	—	57,00
5% Gelsenk. Goldnt. 34	47,50	46,00
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	—	—
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	—	—
7% Siemens & Halske Obl. 1935	—	78.59
7% Ver. Stahlw. O. 51	35.00	33.13
Algemeene Kunstzijde	43.00	42.50
van Berkels Patent	26.00	26.00
Calvé Delft, Certif.	63.00	61.00
Holl. Kunstzijde Ind.	—	55,00
Intern. Viscose	8.00	8,00
Küchenm. I. Mij. v. A.	7.00	6.50
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	61.00	59.50
N. V. Unilever. Certif.	119,25	118,00
Nordd. Wollkämmerei	—	0,50
Wintershall A. G.	—	—
Americ. Bemb.Cv.Cert.	2.00	1 9/16
do. B. Cert.	2,00	1 9/16
do. Pref. Cert.	—	—

	7. 10.	6. 10.
Americ. Enka, Cert.	8,00	7,50
Am. Glanzst.Kl.A.Cert.	—	—
do. 7% Cert. m. Opt.	10,00	10,00
Certif. J.G. Farben Act.	88,00	88,00
Int.Ges.f.Chem.Untern.	—	101,00
Ougrée Marihaye	—	113,00
Polyphon Werke, Cert.	—	—
Separator	22,50	23,00
Nederl. Kabel-Fabrik	229,00	230,00
v. Geld.(Ver.Kk.Papf.)	68,00	66,25
El.-, Gas-, Tel., Tlg., Wa		
7% Rh.-W.El.Obl. 1950	55,00	56,00
A. N. I. E. M.	183,00	180,50
Chade	140,00	—
Minen		
6% Eschw.BergwObl 52	56,00	54,88
Boet. Mijnbouwen Cult.	25,00	24,13
Redjang LebongMijnb.	65,00	64,00
Petroleum		
Kon. Ned. Petrol. Mij.	143,13	138,50
Kautschuk		
Amst.Rubb.enCult.Mij.	49,50	50,00
Delibatav. Rubber Mij.	19,00	18,00
Hessa Rubber Mij.	32,00	32,00
Schiffahrt		
Holland-Amerika-Lijn	4,63	4,50
Nederl. Scheepvrt.Unie	82,00	81,50
Zucker		
Cultuur Mij. Vorstenl.	52,00	50,00
Hand.-Vereenig. Amst.	190,00	187,25
Tabak		
Deli-Batavia Mij.	130,00	130,00
Deli Maatschappi Cert.	160,50	158,25
Senembah	185,00	175,00
Verschiedenes		
Kreug.&TollWstd.Obl.	134,00	119,00
do. A. G. B. Ant.	106,00	88,00
Mueller&Co.Wstd.Pref	—	10,00
Montecatini	—	—
5%Holl.IjzSpoorw75/85	—	—
Vorläufig not. Werte		
6% Siem.&H.Obl.2930	72,75	73,50
A. E. G. Cert. v. Akt.	—	—
Associated Rayon Cert.	—	—
Dtsch. Bank Cert.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	234,00	228,00
Snia Viscose	—	—
7% Oest. Bundesanl. 43	—	—
Ford. Akt., Berl. Em.	—	—

Tendenz: Fest, später etwas abgeschwächt.

PARIS, 7. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	7. 10.	6. 10.
3% frz. Rente	84,00	83,20
4% 1917	100.40	99,80
5% 20 Amort.	128,00	126,50
6% 1920	103.40	103,40
6% 27 Amort.	107.20	107.25
B. de France	122.75	116,10
B. Nat. Crédit	175.00	150,00
B. Paris Pays Bas	1476	1330
Comp. Algér.	1350	1305
Compt. Nat. d'Esc., Paris	1080	1040
Crédit Fonc.	4850	4650
Créd. Lyonn.	1900	1780
Créd. Mobil. Français	400	375
Soc.Générale	1179	1148
Suez	143.00	136,80
Est	932	911
Lyon	1300	1250
Midi	1010	1010
Nord	1920	1887
Orléans	1250	1230
Metropolit.	1393	1335
Electricité (Cie. Gén.)	2375	2135

	7. 10.	6. 10.
Energ.d.Nrd	—	615,00
Thomson	432	4.06
Courrières	510	510
Lens	540	500
Kuhlmann	387	365
Gafsa	385	346
Prod. Chim. Alais	1305	1230
Charg.Réun.	240	236
Transatlant.	223.00	210,00
Air Liquide	717	600
UnionEurop. et Finance	475	336
RussenCons.	4,10	4,00
Serben 4% 1895	62,75	57,75
Türken Unif.	21,00	20,00
Banq. Ottom.	345	335
Wagons Lits	135,00	127,00
Tramways	460	450
Eaux (Cie. Gén.)	1660	1570
Electr. Paris	1130	1088
Energie Electric	855	805

	7. 10.	6. 10.
Energie Ind.	307	302
Est Lumière	462	445
Industrie El.	—	450
Union d'Electric	935	875
Aciéres Longwy	780	776
Schneider (Creuzot)	930	930
Saint Gobain	2185	2100
Soie Artif.	2570	2640
Messageries Maritimes	85,00	90,00
Deutsch.Anl. 7% 1924	57,95	54,00
5½% Young-Anleihe	499	503
Russ. Anl. 4½% 1909	1,55	1,50
Caoutchoucs	61,00	53,00
Hotchkiss	984	832
Jagersfont.	—	64,00
Terres Roug.	120,00	102,00
Tharsis	209,00	199,00
Tubize	203,50	180,00
Harp. Bergb.	—	—

LONDON, 7. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	7. 10.	6. 10.
2½% Consols	55,50	55,50
War Loan	97,63	98,00
4% Argent.97	41,00	41,00
3½% Buenos Air. 1906-09	30,00	30,50
4% Brazil. 89	19,00	19,00
5% Chil. 11	20,00	20,00
5% do. 1896	30,00	30,00
4½% Chin.98	76.50	76,50
5% do. 1896 (German)	97,00	97,00
5% Chinese Reorg. Loan	63,00	63,00
4% Egyptian	69,50	69,00
7% Germ. L.	59.50	58.00
6% State of Hamb. L. 26	40,00	40,00
Köln.Sterl.L.	40,00	40,00
5%D.Reichsanl.(Young)	38 50	38,00
4% Japan 99	62.00	61,50
5% Mex. L.99	6.00	5,50
5% Russian 1906	1,00	1,00
4%Türk Unif	4,50	4,50
Great West.	46.75	44,50
London Midl.	19,50	18,50

	7. 10.	6. 10.
Lond. North East Defd	5,13	4.38
Metropolit.	36,00	36,00
South Def.	10,75	10,25
Undergrnd.	17/9	17/9
Brazil Tract.	11.88	10.38
Radio Corp.	17,75	15,00
Svenska Kugellager	6,25	6.50
Cons. Goldf.	13/1½	12/6
Central Mining Corp.	5,13	5,13
East Rand	13/6	13/6
GeduldProp.	88/9	88/9
Gen. Mining	12/6	12/6
Rand Mines	53/9	53/9
Randf. Est	26/3	26/3
West Rand	10/6	10/6
Cons. Diamd SW.-Africa	2/6	2/6
DeBeersDef.	2,88	2,63
do. Pref.	4,63	4.38
New Jagersfontein	0.75	0,75
RioTintoOrd	17.25	16,75
Otavi Mines	8,75	9,75
Anglo-Pers.	37/6	36/10½

	7. 10.	6. 10.
Brit. Burmah	3/2	3/2
Bwana M'Kubwa	2/10½	2/7½
Mex. EagleC.	6/—	5/7½
Royal Dutch	15,38	14,75
ShellTransp.	2 1/16	2,00
ShellTr5%Pr	8,50	8,50
Anglo Dutch Plantations	11/9	11/6
Rubb. Plant.	14/1½	13/9
Elect. Music. Industries	1 3/32	1 1/32
British Celanese Ord.	4/3	4/—
Courtaulds	35/7½	33/9
Glanzstoff	*)	*)
Snia Viscosa	5/6	5/6
Brit. Match	22/3	21/6
Swedish Match B	5,13	4,75
Kreug.&Toll	6,50	6,13
Dunlop Rubb	16/6	16/3
7% Germ.Pot	65,00	64,00
Imper Chemical Ind.	14/4½	13/9
Intern. Hold.	1,00	0,87
Hydro Elect. Sec. Corp.	11,75	10,00

ZÜRICH, 7. OKTOBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	7. 10.	6. 10.
Orientbetrieb	100.00	—
Elektrobank A.	601.00	580,00
Basler Handelsbank	500.00	600,00
Cont.LinolUnionZürich	55.00	50.00
I.G.Chemie,Basel,volle	530,00	525.00
Motor Columbus A.-G.	350,00	342.00
SchweizBankgesellsch	480.00	480.00
Schweiz. Bankverein	587,00	584,00
Indelec Basel	525.00	515.00
Schweiz Kreditanst.	600,00	595,00
Böhler Stahl	—	—
A. B. Kreuger & Toll	132,00	107,00
HispanoAmeric.A.B.C.	895.00	850.00
Italo-Argentina	110,00	103.00
E. Licht u. Kraft Berl.	170.00	150.00
Gesfürel Berlin	50,00	46.00
Wiener Bankverein	—	—
Alumin.-Ind. Neubaus.	1450	1415
Brown,BoweriCoBaden	262.00	287,00
Elektr. Werk Lonza	113.00	107,00
Nestlé & Anglo Suiss.	435.00	405.00
SulzerUnternehm A.-G.	500,00	500,00

	7. 10.	6. 10.
A. E. G. Berlin	45,00	40,00
J. P. Bemberg Barmen	95,00	78,00
Comp Sevillana de Electr	137,00	135,00
Steaua Romana Petrol.	—	—
Svenska Serie B	96,00	87,00
3½% S.B.B., Serie A.-K.	93,50	93,60
5½% Dt. Reichsanleihe (Young)	34,00	33,00
Int. Oest.Bundesanl. 1930	56,00	55,00
7% Dt. Reichsanl., Frank	—	—
7% Dt. Reichsanl., Pfund	43,00	40,00
Ungar Staatsanl.	—	43,50
7% Bewag	40,00	40.00
7% Dt. Kalisyndikat	—	60,00
Basel		
Chem. Fbk. vrm. Sandoz	2675	2800
Ges. f. Chem. Industr.	2070	2025
5½% Young-Anleihe	—	—
Genf		
Totis	—	—
Nasic	43,00	—

Tendenz: Fest.

Devisen und Noten

AMSTERDAM, 7. OKTOBER.

	7. 10.	6. 10.
Berlin	56.80	56,75
London	965.00	965,00
New York	248.00	247.75
Paris	977,50	976,00
Belgien	34,75	34,75
Schweiz	48.67½	48,75

	7. 10.	6. 10.
Italien	12.75	12,70
Madrid	22.40	22.45
Oslo	55.50	55,00
Kopenhag.	55,60	55,00
Stockholm	57.75	58,00
Wien	31,00	31,00
Budapest	—	—

	7. 10.	6. 10.
Prag	7,36	7,37½
Belgrad	—	—
Warschau	—	—
Helsingf	—	—
Bukarest	—	—
Yokohama	—	—
Buen.Aires	—	—

PARIS, 7. OKTOBER.

	7. 10.	6. 10.
London	98.50	98,75
New York	25.39	25.39½
Belgien	354,00	355.75
Spanien	229,00	228,00
Italien	129,90	129,50
Schweiz	497,50	497,75
Kopenhag.	—	552,00
Holland	10,24½	10,24½

	7. 10.	6. 10.
Oslo	—	—
Stockholm	581,00	578,00
Helsingfors	—	—
Prag	75,30	75,00
Rumänien	—	15,15
Budapest	—	—
Wien	—	—
Berlin	—	—

	7. 10.	6. 10.
Belgrad	—	—
Rio	—	—
Warschau	28,30	—
Sofia	—	—
Athen	—	—
Konstantinopel	—	—
Buen. Aires	—	—

Amerikanischer Funkdienst

Schluß überwiegend schwächer

NEW YORK, 6. OKTOBER

Die Effektenbörse stand heute im Zeichen der umfassenden Vorschläge Hoovers, die auf die Behebung der gegenwärtigen Bankschwierigkeiten abzielen und in Maklerkreisen eine außerordentlich günstige Aufnahme fanden, da sie weit über die gehegten Erwartungen hinausgehen. Gleichzeitig fand naturgemäß die Ankündigung, daß die Frage der internationalen Regierungsschulden anläßlich der Anwesenheit Lavals zur Erörterung kommen soll, starke Beachtung.

In den Vormittagsstunden machte sich zunächst fieberhafte Kauftätigkeit bemerkbar, viele Spitzenwerte wurden in größeren Aktienpaketen umgesetzt. Später trat allerdings eine Beruhigung ein, die aber als entschieden günstiges Moment gewertet wurde, da man von einer exaltierten Aufwärtsbewegung eine Schwächung der technischen Position des Marktes befürchtet, bei der sich eine darauf folgende Reaktion um so stärker auswirken müßte. Auf den meisten Marktgebieten traten bereits in den ersten Börsenstunden Kursavancen von 1—5 Dollar ein, die sich später auf bis zu 7 Dollar erweiterten. Bei der nachfolgenden Beruhigung ging der größte Teil dieser Gewinne unter Realisationen wieder verloren. Stahlwerte vermochten der anfänglichen Befestigung überhaupt nicht zu folgen im Zusammenhang mit der Verringerung der wöchentlichen Ingot-Produktion und angesichts der Abnahme des Beschäftigungsgrades in der Stahlindustrie von 31 auf 29 pCt. der Kapazität.

In der letzten Börsenstunde bröckelten die Kurse infolge von Gewinnmitnahmen weiter ab und verschiedene Werte gingen bis 3 Dollar uner den gestrigen Schlußstand zurück. Tabakaktien und die Anteile von Nahrungsmittelgesellschaften lagen allerdings fest. Die Börse schloß in überwiegend schwächerer Haltung.

Effekten-Schlußkurse

	7. 10.	6. 10.
Amerik. Eisenbahnakt.		
Atch., Topeka & St. Fé	108.00	109.75
Baltimore & Ohio	33.63	34.00
Canadian Pacific*)	13.50	12.50
Chesapeake & Ohio*)	26.0	27.50
Chic., Milwauk. & St.P.	2.25	2.50
Chic., Rock Isl. & Pac.	24.25	25.00
Erie com.	11.50	12.00
Great Northern pref.	23.25	22.00
Missouri Pacific pref.	28.00	27.00
New York Central	[illegible]3.25	57.25
Northern Pacific	21.00	22.00
Pennsylvania	32.75	33.50
St.Louis&St. Francisco	7.50	8.00
Southern Pacific	48.13	49.50
Southern Railway com.	16.50	17.00
Union Pacific	108.00	130.00
Amerik. Industrieakt.		
Allied Chemical	74.00	77.25
American Can.	78.75	79.25
American Smelting	22.25	22.88
Americ. Steel Foundr.	8.75	8.75
Americ. Tel & Telegr.	129.75	132.50
American Tabacco	84.00	83.00
Anaconda Copp. Mining	14.00	14.13
Bethlehem Steel Corp.	26.75	29.63
Chile Copper	11.50	11.50
Chrysler	13.63	14.13
Columbia Gas u. El.	19.00	19.75
Consolidated Gas	68.25	68.75
Du Pont de Nemour	55.75	59.75
Eastman Kodak	101 00	107.00
General Electric	28.38	28.38
GeneralMotors (St.10$)	23.88	24.88
Gillette Safety Razor	11 25	11,00
Good Year	22 00	22,00
International Harvest.	24 50	25,25
Internat. Match. pref.	23 00	22.50
Internat. Nickel	8.50	8.25
Lehman Corporation	37.00	38.50
Nash Motors	18.00	17.50
North American Co.	33.25	34.75
North American Trust shares	3.75	3.75
Radio Corporation	12.75	13.00
Royal Dutch	18.75	18.75
Sears Roebuk & Co.	36.75	35.50
Standard Oil	30 63	31.50
U. S. Rubber	6.25	6.13
U. S. Steel Corp. com.	67.75	71.13
Woolworth	48.38	49.88
National City Bank	57.50	51.50
Westinghouse Electric	44.38	47.63
Dtsch. Industrieaktien		
Karstadt	0,63	0,25
Norddeutscher Lloyd	9,00	9.00
Rhein.-Westf. El.-W.	4.00	8,00
Ausl. Industrie-Aktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	6.63	7.50
Sofina	—	6,00
Amerik. Obligationen		
3½% U.S.A. Liberty B	101 5/32	101 1/32
4%St.LouisS.Francisco	46.00	47.00
5½% J. G. Chemical	70,00	61,50

*) Neue Aktien

	7. 10.	6. 10.
Ausl.Industrie-Obligat.		
5% Kreuger u. Toll. 1959 (20 schwedische Kronenstücke)	50.50	50,00
Dtsch. Industrie-Werte		
6½% Berl. Städt. E.-W.	32,00	30,00
5½% Commerzbank 37	—	38.00
6½% El. Hoch- u. U.-B.	33.50	30,00
6% A. E. G. 1948	42.50	42,00
7% dito 1945	55,00	55,00
7% Dtsch. Atl. Telegr.	50,00	50.00
6% Deutsche Bank u. Diskontoges. 1932	82.50	82.75
6% Dt. Landesb. Ser. B	41.50	39.00
7% Rentenb.-Kred.-A.	44,00	43,00
6% do. Serie II	41.00	45.00
6½% Elektrowerke 50	—	34.00
6% Gesfürel1953 o.Opt.	49,00	42 75
7% Hamb. El.-W. 1935	—	85,00
6½% Hapag 1940	50,00	50,00
6% Ilseder Hütte 1948	—	42.00
7% Miag m. Opt. 1956	—	37.00
6% Norddt. Lloyd 1947	35.50	35.50
6% Gelsenkirchen 1934	43,25	42,00
7% Rh.-Elbe-U. o.O. 46	39,00	38,00
7% Rhein-Main-Donau	—	50.00
6% Rhein.-W.El.W. 55	45.00	45.00
7% do. 50	53.50	54.00
6% do m. Opt. 53	46,00	44,50
7% Sächs. Werke 1945	34.25	32.75
6½% Siem.&Halske 51	68.00	68.00
6% do. Deb. 2930	280,00	280,00
7% Hugo Stinnes 1946	20,25	23.00
7½%Leonh.Tietz o.Opt.	—	55,00
6% Ver. El.-W. Westf.	28.25	25.00
6% Rh.-W Wasserw.53	28.00	28.38
6½%V.StahlS.A.o.O.51	27,63	30,13
6% Viag 1945	30.00	30.00
6%Karstadt-Oblig.1943	22,00	21 13
6½% Ruhrgas-Anl.1953	—	46,88
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Anl.45	31,13	30,00
7% Belg. Stab. Anl. 55	94.00	93,00
7% do. 56	94,50	94,00
6½% Berl. Stadtanl. 50	33,00	30,00
7% Brem.Staats-Anl.35	—	37,00
6% Spark. u. Girov. 47	[illegible]5.00	35,00
7% do. 47	38.00	36,00
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl.49)	57,50	61,00
7% Dresd. Stadtanl. 45	45,50	42,50
6% Hamb.Staatsanl. 46	40.00	34,88
6½% KölnStadtanl. 50	30,00	31.00
7% Leipz. Stadtanl. 47	—	38.38
5% Mex. Ausl.-Anl. 45	2.50	1,00
4½% Mex. Irrigat. 43	—	—
4% Mex. Goldanl. 1954	1.88	2,50
7% Münch. Anl. 1941	30.00	30,00
7% Oesterr. Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	97,25	96,00
6½%PreußStaatsanl.51	[illegible]3,75	31,00
6% do. 52	29.88	29.00
6% Stadt Wien 1952	64,00	63.50
5½Dt.Reichsa.(Young)	34,00	35,00
Aktienumsatz	2 800 000	4 300 000

Am Bondsmarkt lagen heimische Bonds bei lebhaftem Geschäft fest, insbesondere Eisenbahnen und Public Utilities. Für ausländische Bonds war die Kursgestaltung dagegen unregelmäßig.

Tägliches Geld: 1½ (Vortag: 1½) pCt. — Bankakzepte (90 Tage) Brief 1¼ (1¼) pCt.; do. Geld 1⅜ (1⅜) pCt. — Prima Handelswechsel: niedr. Kurs 2¼ (2¼) pCt.; do. höchst. Kurs 2¼ (2¼) pCt.

Devisenkurse: London (Cable Transf.) 3,85¾ (3,93); do. (60 Tage) — (4,80); Paris 3,93⅞ (3,93⅞); Brüssel 13,98 (13,98); Rom 5,15½ (5,15); Madrid 9,03 (9,03); Bern 19,62 (19,64); Amsterdam — (40,37 G); Stockholm 23,25 (23,00); Oslo 22,25 (22,50); Kopenhagen 22,25 (22,50); Prag — (2,96½); Wien — (11,06½); Budapest — (17,45½); Belgrad — (1,76¾); Athen — 1,76¾); Japan 49,44 (49,40); Buenos Aires 22,00 (22,56); Rio de Janeiro 5,25 (5,00); **Berlin 23,10 (23,00).**

Silber: 29⅛ (28¾).

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 7. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter loko 58¼ (Vortag 59); Hartwinter loko 59¼ (59¼). Mais loko 49¾ (50¾). Mehl spring wheat clears 3,65—4,00 (3,85 bis 4,25). Getreidefracht nach England 1 sh 6 d bis 2 sh 3 d (1 sh 6 d bis 2 sh 3 d); nach dem Kontinent 8—8½ c (8—8½ c).

Kaffee: Santos Nr. 4, loko 7⅝ (7⅝); Rio Nr. 7, loko 5 7/16 (5 7/16); Tendenz stetig; Dez. 4,80 (4,62); Jan. 1932: 4,90 (4,72); März 5,03 (4,86); Mai 5,13 (5,00); Juli 5,27 (5,20).

Baumwolle: Tendenz stetig; loko 5,75 (Vortag 5,85); Oktober 5,59—5,59 (5,69—5,71); Dez. 5,71—5,71 (5,82—5,83); Jan. 32: 5,82—5,82 (5,92—5,93); März 6,01—6,02 (6,09—6,11); Mai 6,20—6,20 (6,31—6,31); Juli 6,37—6,38 (6,46—6,46). Baumwollzufuhren in Atlantik- und Golf-Häfen 55 000 (73 000).

Metalle: Elektrolytkupfer loko 7 B (Vortag 7 B); prompte Lieferung 7¼ B (7¼ B); 30—90 Tage 7¼ B 7¼ B); Zinn loko 22¼ (22,25); Blei loko 4,00 (4,00); Zink loko 3,57½ (3,57½). Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston per Bahn 20,41 (20,41). Weißblech 5,00 (5,00).

Schmalz prime Western 8,15 (Vortag 8,00); Talg extra lose 2⅞ (2⅞); Baumwollsaatöl loko 4,00 (3,90); Okt. 4,30 (4,20); Dez. 4,35 (4,35).

Petroleum Standard white in Cases 16,65 (Vortag 16,65); in Fässern 12,35 (12,35); Midcontinent 33/33,9 gr. in Barrels 0,56 (0,56); Pennsylvania Rohöl 1,60—1,65 (1,60—1,65).

Zucker Zentrifugal Tendenz willig; Okt. 1,38 (Vortag 1,41); Dez. 1,37 (1,40); Jan. 32: 1,31 (1,38); März 1,35 (1,36).

Kautschuk latex crepe loko thin 5⅜ (5⅛); smoked sheet 4⅞ (4 11/16); Terpentin 35½ (35½); Savannah Terpentin 30½ (30½).

CHICAGO, 7. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz kaum stetig; Dez. 46¼—46⅜ (Vortag 47⅛—47); März 48¾ (49⅜); Mai 50⅜—50¼ (51¼—51⅛); Juli 51⅛ (51¾). Mais: Tendenz kaum stetig; Dez. 33⅞ (34¾); März 35⅝ (36½); Mai 37¾ (38¾); Juli 38½ (39⅝). Hafer: Tendenz kaum stetig; Dez. 21½ (21½); Mai 24⅛ (24¼); Juli 22⅞ (23⅜). Roggen: Tendenz willig; Dez. 37½ (38⅜); März — (39¾); Mai 40⅛ (40¾).

Die anfängliche Befestigung der Effektenbörse und Klagen über Trockenheit aus dem Südwesten boten den Weizenpreisen zunächst einen Halt. Unter Realisationen und Abgaben der Berufsspekulation gingen, die Schlußnotierungen aber unter den gestrigen Stand zurück, zumal die Beruhigung an der Effektenbörse und die niedrigeren Winnipeger Meldungen die Unternehmungslust beeinträchtigten. — Der Maismarkt nahm unter allgemeinen Abgaben, zu denen die schwächere Veranlagung des Weizenmarktes Anlaß bot, einen schwächeren Verlauf. Das Geschäft hielt sich in mäßigen Grenzen.

Schmalz: Tendenz stetig; Okt. 7,17½ (Vortag 7,07½); Dez. 6,15 (6,12½); Jan. 32: 5,97½ (5,97½). Speck 7,62½ (7,62½). Schweinezufuhren in Chicago 17 000 (25 0000); im Westen 71 000 (79 000).

CHICAGO, 6. OKTOBER. (Schluß.) Leichte Schweine: niedr. Preis 4,90 (Vortag 4,75); höchst. Preis 5,35 (5,25); schwere: niedr. Preis 5,25 (5,10); höchst. Preis 5,60 (5,55).

NEW ORLEANS, 6. OKTOBER. Baumwolle, loko 5,43 (Vortag 5,51); Okt. 5,58—5,59 (5,66—5,66); Dez. 5,70—5,71 (5,80—5,81).

WINNIPEG, 7. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz willig; Okt. 52½ (Vortag: 53⅜); Dez. 52¾ (53⅞); Mai 1932: 56½ (57⅞). — Hafer: Okt. 28⅜ (28⅞); Dez. 28⅜ (28⅞); Mai 1932: 30 (30⅝). — Roggen: Okt. 32½ (32⅜); Dez. 33⅛ (33¾); Mai 1932: 36⅜ (37⅛). — Gerste: Okt. 30⅜ (30⅝); Dez. 30⅜ (31); Mai 1932: 33 (33⅝). — Leinsaat: Okt. 92⅜ (94½); Dez. 94 (96); Mai 1932: 99⅛ (100½).

BUENOS AIRES, 7. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 6,33 (Vortag 6,29); Nov. 6,36 (6,37). Mais: Okt. 3,73 (3,65); Nov. 3,78 (3,75); Dez. 3,88 (3,85). Hafer: Okt. 5,90 (5,80). Leinsaat: Tendenz ruhig; Okt. 10,95 (10,87); Nov. 11,15 (11,07); Febr. 10,87 (10,85).

ROSARIO, 7. OKTOBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Okt. 6,25 (Vortag 6,20); Nov. 6,35 (6,35). Mais: Okt. 3,60 (3,55); Nov. 3,65 (3,65). Leinsaat: Okt. 11,15 (11,00); Nov. 11,25 (11,10).

KOPENHAGEN, 7. OKTOBER.

	7. 10.	6. 10.
London	17,65	17,35
New York	454.00	454.00
Berlin	105,00	103,00
Paris	18,15	18.15

	7. 10.	6. 10.
Antwerpen	63,25	63,50
Zürich	90,00	90,00
Rom	23.50	23,50
Amsterdam	184,50	184,50

	7. 10.	6. 10.
Stockholm	106,00	103,75
Oslo	100,50	100,00
Helsingf.	10,50	10,50
Prag	13,75	13.75
Wien	58,00	58,00

OSLO, 7. OKTOBER.

	7. 10.	6. 10.
London	17,10	17,30
Berlin	104.00	104,00
Paris	18,00	18.00
Rom	23,50	23,50

	7. 10.	6. 10.
New York	450,00	450,00
Amsterdam	184,00	183,00
Zürich	90,00	90,00
Helsingfors	11,50	11.50
Antwerpen	64,00	64.00

	7. 10.	6. 10.
Stockholm	104.50	104,00
Kopenhagen	100,00	100,00
Prag	14,75	14,75
Wien	62,50	62,50

Diskontsenkung auch in Norwegen. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Oslo gedrahtet wird, hat die Norwegische Nationalbank ihren Diskontsatz mit Wirkung vom Donnerstag von 8 auf 7 pCt. herabgesetzt. An der Osloer Börse, die, wie berichtet, seit Montag wieder geöffnet ist, zeigen Obligationen sehr feste Haltung.

STOCKHOLM, 7. OKTOBER.

	7. 10.	6. 10.
London	16,90	1[illegible].95
Berlin	101.00	102,00
Paris	17.50	17,75
Brüssel	61.00	63.00

	7. 10.	6. 10.
Schweiz	86,00	87,50
Amsterdam	176,00	180 00
Kopenhagen	97,00	98.00
Oslo	97,50	99 00
Washington	433,00	443,00

	7. 10.	6. 10.
Helsingfors	11.00	11,00
Rom	23.00	23.00
Prag	13.50	13 50
Wien	63,00	63.00

PRAG, 7. OKTOBER. (Notierungen der Devisen-Zentrale.)

	7. 10.	6. 10.
Amsterdam	1360,00	1360,00
Berlin	782,00	778,00
Zürich	663,25	663,00
Oslo	760.00	752,50
Kopenhag.	750,00	750,00

	7. 10.	6. 10.
London	131,25	128,75
Madrid	303,25	306,50
Mailand	174,00	173,25
New York	33,76¼	33,76¾
Paris	133.00	133.75

	7. 10.	6. 10.
Stockholm	775,00	775,00
Wien	—	—
D.Marknot.	777,50	775,00
Poln. Noten	—	377,50
Belgrad	60,00	59,85
Danzig	657,50	—

LONDON, 7. OKTOBER. (Privat-Telegramm.) Telegrafische Auszahlung in London auf ostasiatische Plätze:

		7. 10.	6. 10.
Bombay	per Rupee	1/5⅞	1/5⅞
Calcutta	per Rupee	1/5 13/16	1/5 13/16
Hongkong	per Dollar	1/3⅞	1/3⅜
Shanghai	per Tael	1/7⅞	1/7⅞
Singapore	per Dollar	2/4.05	—/—
Manila	per Dollar	—	—
Kobe	per Yen	2/6⅝	2/6⅝

LONDON, 7. OKTOBER.

	7. 10.	5. 10.
Paris	98,75	96,38
NewYork	3,89½	,79½
Berlin	16,87½	16 62½

	7. 10.	5. 10.
Belgien	27,81	27,25
Spanien	45,25	42,25
Holland	9,64½	9.43

	7. 10.	5. 10.
Italien	76,75	74,50
Schweiz	19,62½	19,37½
Wien	30.00	28,75

Londoner Goldpreis: Seit dem 7. Oktober beträgt der Londoner Goldpreis für 1 Unze Feingold 108 sh 3 d, für 1 g Feingold demnach 41,7638 pence.

Zum drittenmal ist, wie uns aus London gedrahtet wird, die allwöchentlich aus Südafrika eintreffende Ladung Barrengold nicht zum verkauf gelanga. Mit der dieswöchigen Ladung von 807 000 Pfd. Sterl. befinden sich jetzt 2,5 Mill. Pfd. unverkauften Capgoldes in England. Man nimmt an, daß es in den Goldkammern der Bank von England für Südafrika aufbewahrt wird, bis sich ein Käufer für das Gold gefunden hat.

Die hinausgeschobene Termin-Abwicklung

Ueber die im gestrigen Abendblatt angekündigten Beschlüsse des Berliner Börsenvorstandes betreffs Hinausschiebung der Zahlung für schwebende Termingeschäfte wird offiziell mitgeteilt:

„Da die Börsenversammlungen der Wertpapierbörse bis auf weiteres ausfallen, hat der Börsenvorstand die Fälligkeit der noch schwebenden Terminengagements und der Börsenlombards durch die anliegende Bekanntmachung auf den 31. Oktober 1931 verschoben. Das gleiche ist für die Verpflichtungen zur Lieferung oder Abnahme von Wertpapieren aus Prämiengeschäften per Ultimo September 1931 bestimmt worden. Die in den Bekanntmachungen vom 8., 15. und 17. September 1931 festgesetzten Zinssätze bleiben bestehen. Es hat also der nicht abnahmebereite Käufer nach wie vor 12 pCt., der nicht lieferbereite Verkäufer 3 pCt. jährliche Zinsen zu zahlen, der lieferbereite Verkäufer, dem nicht abgenommen wird, 10 pCt. jährliche Zinsen zu erhalten; für die Hinausschiebung der aus Prämiengeschäften per Ultimo September entstandenen Verpflichtungen zur Abnahme und Zahlung von Wertpapieren hat der Käufer dem Verkäufer weiter 10 pCt. jährliche Zinsen zu entrichten. Die Festsetzung der Zinsen für Lombarddarlehen erfolgt durch den Darlehnsgläubiger, wobei aber ein Satz von 12 pCt. Jahreszinsen nicht überschritten werden darf. Die bis zum 10. 10. 1931 entstandenen Zinsen sind an diesem Tage, die Zinsen für die folgende Zeit am 31. 10. 1931 zu entrichten.

Der Börsenvorstand hat diesmal die freiwillige Abtragung der Engagements nicht geregelt. Die Liquidationskasse wird aber den weiteren freiwilligen Abbau von sich aus in die Wege leiten, da alle Beteiligten an der Verkleinerung der schwebenden Termingeschäfte interessiert sind. Allerdings muß es der Liquidationskasse überlassen bleiben, ob sie im Einzelfall abnehmen oder liefern will. Erfolgt die Abnahme oder Lieferung nicht, so bleibt es gegenüber den Mitgliedern der Liquidationskasse bei der oben wiedergegebenen Zinsregelung."

Präsidentenwechsel bei der Niederländischen Bank. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Amsterdam gedrahtet wird, wird der Präsident der Niederländischen Bank, Mr. G. Vissering, am 12. Oktober aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegen. Nachfolger wird Mr. L. J. Trip, früher Präsident der Javaschen Bank.

Zweite Steueramnestie-Verordnung. Im Verlag Franz Vahlen bringt Rechtsanwalt Dr. Jaffa einen Nachtrag zur Steueramnestie-Verordnung heraus, der die Zeichnung von Reichsbahn-Anleihe zur Erlangung der Amnestie enthält.

Wollauktion im Zeichen der Pfundbaisse

Lebhaftes Geschäft

LONDON, 7. OKTOBER

Die Loslösung der englischen Währung vom Gold hat der soeben beendeten Auktionsserie ihre entscheidende Note verliehen. Während man noch kurz vor Beginn damit rechnete, daß nur etwa 80 000 Ballen verkauft werden würden, ist nun tatsächlich mehr als das doppelte Quantum angeboten und auch zum weitaus größten Teil abgesetzt worden. Zunächst hatte man geglaubt, daß es nötig sein würde, die Auktionsserie um zwei Tage zu verkürzen. Die veränderten Umstände haben aber tatsächlich eine Verlängerung der Verkaufsperiode um volle drei Tage nötig gemacht. Die verstärkte Konkurrenzfähigkeit der englischen Textilindustrie infolge der durch die Wertminderung des Pfundes bedingten Verringerung der Gestehungskosten hat bewirkt, daß der heimische Handel sich besonders lebhaft am Geschäft beteiligte. Die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz auf dem englischen Markte — kontinentale Garnimporte nach Leicester haben bereits fast gänzlich aufgehört — ermöglicht es dem heimischen Kammgarnhandel, die Midlands und Schottland fast ausschließlich zu versorgen.

Nach dem Grad der Kaufaktivität zu urteilen, die gewisse englische Kammzugfabrikanten an den Tag legen, scheinen diese in letzter Zeit zu große Verkäufe vorgenommen zu haben, so daß sie sich jetzt zu Eindeckungen gezwungen sehen. Die deutschen Einkäufer beteiligten sich ebenfalls ziemlich lebhaft am Geschäft, während sich französische Interessenten äußerst reserviert verhielten. Wie es heißt, hat sich die französische Textilindustrie immer noch nicht von den großen Verlusten erholt, die sie durch die Streiks und die Wertverminderung ihrer recht großen Lagerbestände erlitten hat.

Hinzu kommt noch, daß auch sie in Zukunft am englischen Markte größere Absatzschwierigkeiten haben dürfte. Das französische Kaufinteresse beschränkte sich auf gewisse Merinowollen für elsässische Spinnereien und einige wenige feine Kreuzzuchtqualitäten. Nach Deutschland gingen vor allem Merinowollen queensländischer und neuseeländischer Provenienz sowie Puntawollen.

Die Auswahl innerhalb der Auktion war im allgemeinen ausgezeichnet, hervorzuheben ist vor allem die reiche Auswahl in den bekannten Queensland-Schuren.

Auf Goldbasis umgerechnet sind die Preise gegenüber dem Schluß der vorigen Serie lediglich gut behauptet bis 10 pCt. fester, was aber nicht erstaunlich ist, wenn man berücksichtigt, daß sich die statistische Lage, was Vorräte und Konsum anbelangt, keinesfalls nennenswert gebessert hat. Die Belebung der englischen Industrie infolge der größeren Absatzmöglichkeit dürfte sich nämlich auch nur in einem entsprechenden Absatzrückgang der übrigen Länder auswirken.

*

BREMEN, 6. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Okt. 6,40 B 6,30 G; Dez. 6,45 B 6,40 G 6,19—39—40 bz; Jan. 1932: 6,56 B 6,50 G; März 6,67 B 6,61 G 6,66—65—64—62—64 bis 6,66 bz; Mai 6,82 B 6,80 G 6,44—95—94—80—78—80 bz; Juli 6,94 B 6,91 G 6,89—92—94—93 bz; Tendenz ruhig.

Der Nachmittagsverkehr des Baumwoll-Terminmarktes eröffnete, obwohl die New Yorker Eröffnungsnotierungen dem Aufschlag der Bremer Vormittagskurse gefolgt waren, unregelmäßig 2 Punkte höher bis 11 Punkte niedriger. Die Stimmung war auch im weiteren Verlauf recht nervös und die Kurse schwankten bei sehr lebhaftem Umsatz andauernd schnell. Der Markt schloß ruhig unverändert bis 13 Punkte unter den Nachmittags-Eröffnungsnotierungen.

LIVERPOOL, 7. OKTOBER. Baumwolle. (Schluß.) Gesamter Tagesimport 2200. Lokomarkt: American middl. 4,49; Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 7,00; Aegypt. Uperp F. G. F. 5,32; Ostind. M. G. Surtee F. G. 4,14. Americ. Universal Stand. middl., Tendenz ruhig: Okt. 4,14; Nov. 4,07; Dez. 4,09; Jan. 4,14; Febr. 4,18; März 4,22; April 4,26; Mai 4,31; Juni 4,34; Juli 4,38; Aug. 4,41; Sept. 4,43; Okt. 4,46; Dez. 4,50. Aegypt. Sakellaridis: Tendenz stetig; Okt. 6,61; Nov. 6,77; Jan. 32: 6,87; März 6,97; Mai 7,07; Juli 7,20; Okt. 7,30. Upper: Okt. 5,10; Nov. 5,15; Jan. 32: 5,20; März 5,29; Mai 5,37; Juli 5,46; Okt. 5,59.

ALEXANDRIA, 7. OKTOBER. Baumwolle. Sakell.-Ashmouni: Okt. 8,52; Nov. 13,04; Dez. 8,83; Jan. 32: 13,47; Febr. 9,09; März 13,92; April 9,46; Mai 14,34; Juni 9,72; Juli 14,69.

BOMBAY, 7. OKTOBER. Baumwolle. Fullygood M. G. Bengal, Dez.-Jan. 123; Fine M. G. Oomra, Dez.-Jan. 143; Fullygood M. G. Broach, April-Mai 1932: 164; London auf Bombay 1/573.

Kautschuk

LONDON, 7. OKTOBER. Kautschuk (Pence per lbs.): Tendenz stetig; Standard Nr. 1 Crepe loko 3⅛ K; Standard smoked sheet, loko 3 bzK; do. Nov. 3 bzK; do. Dez. 3 1/16 bzW; do. Jan.-März 1932: 3 3/16 bzK; do. April-Juni 3⅜ bzV; do. Juni-Sept. 3½ bzW.

Amerika plant Kupferzölle?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, 7. OKTOBER

Ueber die am 25. Oktober in New York stattfindende Tagung des internationalen Kupferkartells wird noch gemeldet, daß man dort zur technischen Reorganisation des Kupfermarktes Maßnahmen zu einer wirksamen Kontrolle vereinbaren will. Auch sei eine weitere Einschränkung der Kupferproduktion beabsichtigt. Es scheint, daß der belgische Kupfertrust Union Minière, dessen Delegierter, Verwaltungsratsmitglied Francqui, zum erstenmal in New York an der Sitzung des Kartells teilnehmen wird, angesichts der unbefriedigenden Gesamtlage keine prinzipiellen Einwände gegen eine Produktionsermäßigung erheben wird. Die Pläne der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Einführung von Kupferzöllen sind noch nicht bekannt. Man scheint aber auch diese Frage in New York behandeln zu wollen. Amerikanische Kupferzölle könnten den Weiterbestand der Kupferkartelle gefährden.

*

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 7. Oktober. Kupfer: Okt. 60 B 56 G; Nov. 58½ B 58 G 58 bz; Dez. 59½ B 59 G 59½ bz; Jan. 32: 61¼ B 60½ G 60¼, 61¾, 61½ bz; Febr. 61¼ B 60¾ G; März 62 B 61 G; April 62¾ B 62¼ G; Mai 63 B 62 G; Juni 63½ B 63 G 63½ bz; Juli 64 B 63 G; Aug. 64¼ B 63½ G; Sept. 64½ B 63 G; Tendenz unregelmäßig. — Blei: Okt. 22¼ B 19½ G; Nov. 22½ B 20¼ G; Dez. 22½ B 21 G; Jan. 32: 23 B 21 G; Febr. 23 B 21 G; März 23 B 21 G; April 23 B 21 G; Mai 23 B 21 G; Juni 23 B 21 G; Juli 23 B 21 G; Aug. 23 B 21 G; Sept. 23 B 22 G; Tendenz lustlos. — Zink. Okt. 21¼ B 20¾ G; 21¼ bz; Nov. 21¾ B 21½ G 21½ bz; Dez. 22¼ B 22 G 22 bz; Jan. 32: 22¾ B 22½ G 22¾ bz; Febr. 23½ B 22¾ G; März 24¼ B 23½ G; April 24¾ B 23¾ G; Mai 25½ B 24 G; Juni 26 B 24 G; Juli 26 B 24 G; Aug. 26 B 25½ G; Sept. 26¼ B 25¾ G, 26 bz; Tendenz stetig.

LONDON, 7. OKTOBER. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz fest, Standard per Kasse 33 13/16—33⅞; 3 Monate 34 13/16 bis 34⅞; Settl. Preis 33⅞; Elektrolyt 41—41¾; best selected 36¾ bis 38; Elektrowirebars 41¾. Zinn: Tendenz gut behauptet; Standard per Kasse 124⅛—124¼; 3 Monate 128¼—128⅜; Settl. Preis 124¼, Banka 136¼; Straits 128. Blei: Tendenz unregelmäßig; ausländ. prompt 12¾; entft. Sichten 13; Settl. Preis 12¾. Zink: Tendenz stetig; gewöhnl. prompt 12 3/16; entft. Sichten 12 13/16, Settl. Preis 12⅝. Platin 9/19/-. Silber 16⅞, Lieferung 17. Gold 10⅝.

Kolonialwaren

LONDON, 7. OKTOBER. Zucker. (Schluß.) Termine: Okt. 6/10¼ B 6/3 G; Nov. 6/10¼ B 6/6 G; Dez. 6/10 B 6/9½ G; Jan. 32: 6/10½ B 6/10 G; Febr. 6/11¼ B 6/10¾ G; März 6/11¾ B 6/11½ G; April 7/0¾ B 6/11¾ G; Mai 7/1 B 7/0½ G; Juni 7/1¾ B 7/1 G; Juli 7/2 B 7/1¼ G; Aug. 7/2¾ B 7/2½ G 7/2¾ bz; Sept. 7/3½ B 7/2½ G. — Reis (Shilling per cwt. C. J. F.); Tendenz ruhig; Burma Nr. 2 Okt.-Nov. 8/6 V; Saigon Nr. 1 Okt.-Nov. 8/4½ nom.

Oele und Fettwaren

Weiterer Preisrückgang am Hamburger Buttermarkt. Der bereits bei der vorwöchentlichen Auktion bemerkbare Preisrückgang setzte sich, wie der „Voss. Ztg." aus Hamburg gemeldet wird, bei der gestrigen Versteigerung der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein weiter fort. Es wurden bezahlt: für 1. Kl. 129,00—130,20 (Vorwoche: 131,50—133,80);; für 2. Kl. 124,00 bis 126,60 (123—130). Die Ursache ist in erster Linie in dem Preisrückgang auf den auswärtigen Märkten sowie in dem immer mehr zurückgehenden Konsum zu suchen.

●

Verlustabschluß Warsteiner Eisenwerke

Die Warsteiner und Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Eisenwerke A.-G., die noch im Vorjahr 6 pCt. Dividende auf 1,3 Mill. M. Aktienkapital ausschütten konnten, weisen per 31. März vor allen offenen Abschreibungen einen Betriebsverlust von 91 000 RM aus. Zu seiner Deckung und zur Vornahme ausreichender Abschreibungen wird ein Teil des Spezialreservefonds mit 0,34 Mill. M herangezogen, so daß einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr 0,30 (0,42 Mill. M zu Abschreibungen verwandt werden können, obwohl die Neuinvestitionen diesmal nur 0,16 (i. V. 0,40) Mill. M betragen haben.

Zu dieser vorsichtigen Bilanzierungsmethode mag die Verwaltung auch dadurch veranlaßt worden sein, daß, wie schon gemeldet, die Fusionsverhandlungen mit der Sprottau-Wilhelmshütte A.-G. einstweilen zurückgestellt worden sind. Der Vorstandsbericht klagt darüber, daß weder die Löhne und öffentlichen Abgaben, noch die Preise für Roheisen und Brennstoffe entsprechend dem Rückgang der Verkaufserlöse gesunken seien. Der Umsatz hat sich, namentlich infolge der Stockung auf dem Baumarkt, verringert.

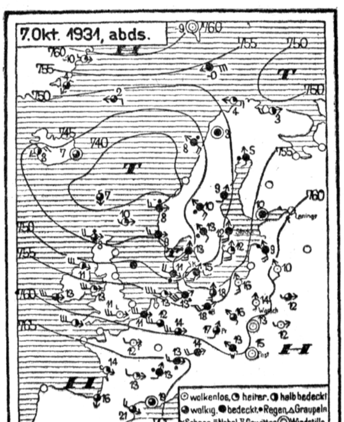
In der Bilanz sind trotz Abnahme der Vorräte von 2,47 auf 2,38 Mill. M — davon 1,81 Mill. Fabrikate — und trotz Rückgang der Debitoren von 1,65 auf 1,20 Mill. M die Verbindlichkeiten nicht gesunken. Vielmehr wird der Rückgang der Kreditoren auf 1,36 (1,68) Mill. M durch die Zunahme der Akzeptverbindlichkeiten auf 0,67 (0,38) Mill. M annähernd wettgemacht. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß neben dem Aktienkapital noch immer offene Reserven in Höhe von 0,79 (1,12) Mill. M bestehen, die gesamte Schuldenlast also nur annähernd 40 pCt. des Eigenkapitals beträgt.

●

Betriebswiederaufnahme Viersener Spinnerei. Der zum Blumenstein-Konzern gehörigen Viersener AG. für Spinnerei und Weberei, die ihre Zahlungen eingestellt hat, sind von den beteiligten Kreisen die Mittel zur Verfügung gestellt worden, um das Werk noch in dieser Woche wieder in Betrieb zu nehmen. Vorsorglich ist Antrag auf Vergleichsverfahren gestellt worden. Der Vergleichsvorschlag wird ausgearbeitet werden, sobald die Verhandlungen wegen der Englandanleihe der Bank für Textilindustrie AG., an der die Firma beteiligt ist, abgeschlossen sein werden.

Wetterkarte vom 7. Oktober

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin . Nachdruck verboten



Allgemeine Wetterlage

Unter dem Einfluß eines Tiefdruckausläufers, den eine über dem Nordmeer befindliche Depression weit nach Süden vorgestreckt hat und der am Mittwoch abend als Teiltief über dem Skagerrak erscheint, begannen am Mittwoch morgen im Westen des Reiches Regenfälle, die sich bis zum Abend in Norddeutschland bis über die Elbe hinaus ostwärts ausbreiteten. Teilweise waren sie ergiebig. Dem Osten dagegen brachte der nach Osten abwandernde Hochdruckausläufer noch meist heiteres Wetter, wobei die Temperaturen vielfach über 20 Grad Celsius emporstiegen. Auch im Westen und Süden des Reiches konnten die Temperaturen vor Regenbeginn an vielen Stellen noch 20 Grad Celsius übersteigen. Auf der Westseite des Ausläufers dringen nun wieder kühlere Luftmassen ostwärts vor; am Mittwoch abend war Westdeutschland bereits von ihnen erreicht, was zunächst durch Aufhören der Regenfälle und Aufreißen der Wolkendecke angezeigt wurde. Die kühleren Luftmassen werden ganz Deutschland überfluten. Der in ihrem Bereich stattfindende kräftige Druckanstieg dürfte verhüten, daß das Wetter derart unfreundlich wird, wie es sonst bei dieser Wetterlage zu werden pflegt.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Nach nächtlichen Regenfällen tagsüber kühleres und veränderliches Wetter mit einzelnen Schauern, westliche Winde.

Wetteraussichten für Deutschland

Im Osten des Reiches meist bewölkt mit Regenfällen und Abkühlung, im Süden anfangs noch regnerisch, später Besserung, im übrigen Deutschland veränderlich mit einzelnen Schauern, kühler.

●

Reform der Tabaksteuer

Die gestern veröffentlichte Notverordnung beginnt mit einer Aenderung der geltenden Vorschriften über die Tabaksteuer. Von der Neuregelung werden diesmal weder die Zigarette noch die Zigarre, sondern im wesentlichen der Rauchtabak berührt. Im § 1 wird der Finanzminister ermächtigt, Mindeststeuerklassen für den sogenannten echten, also aus ausländischem Rohstoff bestehenden Feinschnitt festzusetzen. Da die Banderolensteuer, die bei diesem Artikel 50 pCt. beträgt, sich nach dem Einzelverkaufspreis richtet, enthält diese Bestimmung die Möglichkeit eines Preisschutzes, der anscheinend aus Fabrikantenkreisen gefordert worden ist und auch dem Fiskus nicht unerwünscht kommt. Für Pfeifentabak wird, ähnlich wie schon früher für Zigaretten, eine Staffelung der Banderolensteuer ermöglicht. Bisher war der sogenannte steuerbegünstigte Feinschnitt, der mindestens zur Hälfte aus Inlandstabak bestehen muß, dem Grobschnitt gleichgestellt, also mit einer Banderolensteuer von 35 pCt. belastet. In Zukunft sollen nach unseren Informationen diese beiden Gruppen auseinandergezogen werden. Die Banderolensteuer für den begünstigten Feinschnitt dürfte um eine Kleinigkeit, etwa um 3 pCt. erhöht werden. Damit soll wohl die Verwendung dieser Tabaksorte zur Selbstherstellung von Zigaretten, die bisher das Aufkommen der Zigarettensteuer beeinträchtigt hatte, unterbunden werden. Gleichzeitig dürfte eine entsprechende Steuerermäßigung für Grobschnitt erfolgen. Diese Ermächtigung des Finanzministers bleibt jedoch an die Maßgabe gebunden, daß die Gesamtbelastung beider Tabaksorten (einschließlich Zoll) sich weiter zwischen 40 und 46 pCt. des Kleinverkaufspreises halten muß.

Die Subvention der inländischen Tabakpflanzer, soweit ihre Erzeugnisse zur gewerbsmäßigen Herstellung von Zigarren verwandt werden, wird bis zum 29. Februar 1932 verlängert. Für verschiedene Tabaksorten, die auf dem Markt eine geringere Rolle spielen, sind Sonderregelungen zulässig.

McKenna fordert Goldkonferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. OKTOBER

Die Notwendigkeit einer internationalen Gold- und Währungskonferenz wird jetzt von dem Direktor der Midland Bank, Reginald McKenna, in dem September-Bericht der Bank von neuem betont. Der führende englische Finanzsachverständige schreibt in dem Bericht, daß in der Aufgabe des Goldstandards nichts Alarmierendes zu sehen sei. Er fordert die englische Regierung auf, von sich aus eine internationale Konferenz einzuberufen. Wenn die Initiative hierzu Frankreich oder Amerika überlassen werde, so würde England wahrscheinlich zu Handlungen gezwungen werden, die für die Nation als Ganzes von Schaden sein würden.

Brüssel beschränkt Terminhandel

BRÜSSEL, 7. OKTOBER

Die Brüsseler Börsenkommission beschloß, ab heute die Notierung von zwei führenden amerikanisch-kanadischen Werten am Brüsseler Terminmarkt bis auf weiteres zu sistieren, weil die Baissespekulation in letzter Zeit speziell auf diese beiden Papiere drückte, um ein Nachgeben der allgemeinen Tendenz zu erzwingen. Es handelt sich um die Brasilian Traction und die Securities, die in Brüssel meist über der Parität von Montreal, London und Newyork standen, jetzt aber mit 300 bis 320 unter diese Parität gesunken sind.

Es wird betont, daß diese Ausnahmemaßnahme nur einen provisorischen Charakter trägt. Man nimmt an, daß bei weiterer Verschlechterung der Tendenz am Terminmarkt — sie erschwert die Aktion des kürzlich gegründeten Stützungssyndikats erheblich — noch andere Wertpapiere von der Kurstafel abgesetzt werden. Die Schließung des ganzen Terminmarktes wird aber im Augenblick noch nicht ernsthaft erwogen.

Dividenden

Vereinigte Deutsche Nickelwerke, AG., vorm. Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte u. Co., Schwerte i. Westf.: Schätzung: Dividendenreduktion (i. V. 10 pCt.).

Waggon- und Maschinenfabrik, AG., Görlitz: Voraussichtlich 0 (i. V. 12) pCt.

Aktien-Malzfabrik Sangerhausen: Vorschlag 8 (i. V. 10) pCt.

Gardinenfabrik Plauen, AG.: Vorschlag 0 (i. V. 6) pCt. (i. V. 6) pCt.

Dampfkessel- und Turbinenfabrik Babcock & Wilcox: steuerpflichtige Interimsdividende 7 pCt. wie i. V., jedoch damals steuerfrei.

●

Braunschweiger Privatbankhaus liquidiert. Das Braunschweiger Bankhaus Gutkind & Co., das 1878 gegründet wurde, hat, lt. Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung" aus Braunschweig, seine Schalter geschlossen. Beabsichtigt ist eine ruhige Liquidation, die es ermöglichen soll, die Verluste der Gläubiger einzuschränken. Ueber den Stand der Verbindlichkeiten ist noch kein zuverlässiges Bild zu gewinnen.

Verlustabschluß Neuwalzwerk Bösperde. Die in der Aufsichtsratssitzung der Neuwalzwerk AG., Bösperde i. W., vorgelegte Bilanz schließt mit einem Verlust von 63 142 RM ab. Zur teilweisen Deckung sollen 45 000 RM dem Erneuerungsfonds entnommen und der Rest vorgetragen werden (i. V. aus 8405 RM Gewinn 8 pCt. Dividende auf die Vorzugsaktien).

Vergleichsverfahren Deutsche Ultraphon eröffnet. Dem Antrag der Deutschen Ultraphon AG., Berlin, auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens ist gestern stattgegeben worden. Zu Vertrauenspersonen wurden vom Gericht Dr. Schneebalg und Dipl.-Kaufmann Dr. Cantrup bestellt. Durch Beschluß der G.-V. sind zur Sicherung der Gläubigerinteressen auf Vorschlag des Gläubigerausschusses Bankier Julius Heinberg in den Vorstand der Deutschen Ultraphon AG. berufen und die Mitglieder des Gläubigerausschusses, Matthias Scharrer, Berlin; Dr. Weber (Siemens & Halske), Berlin, und Rechtsanwalt Dr. Gert Wiebols, Leipzig, in den Aufsichtsrat zugewählt worden.

Pfundkrise drosselt tschechoslowakischen Schuhexport. Die Erschütterung des Pfundes und die valutarische Unsicherheit in den Nordstaaten wirkt sich, wie der V. Z. aus Prag gemeldet wird, ungünstig für den tschechoslowakischen Schuhexport aus. In einigen Schuhfabriken wurde die Arbeit bereits eingeschränkt und Arbeiter entlassen, und zwar in einigen Prager und Provinzbetrieben. Diese Fabriken verfügten zwar über Abschlüsse auf längere Zeit hinaus, die jedoch in Pfund abgeschlossen waren. Die Schuhexporteure wollen nun versuchen, eine Einigung mit den englischen, bzw. nordischen Importeuren über die Bezahlung in Goldwährung zu erreichen.

RECHT UND LEBEN · WOCHEN-BEILAGE DER VOSSISCHEN ZEITUNG

VERANTWORTLICH: RECHTSANWALT DR. ERICH EYCK, BERLIN · DONNERSTAG, 8. OKTOBER · NUMMER 41

Nachfolgender Mietwucher

Von

RECHTSANWALT DR. ERNST HAGELBERG

Die schwierige Wirtschaftslage drängt zur Verminderung der Spesen. Zahlreiche Geschäftsleute haben in den Jahren der Blüte bzw. Scheinblüte, in denen das Angebot an Räumen noch knapp war, sich ihre Lokale durch langjährige Verträge gesichert und die damals üblichen Mietsätze bewilligt. Vielfach ist eine Festmiete für die ganze Vertragsdauer vereinbart; mitunter ist sie durch eine Gleitklausel bzw. der öffentlichen Abgaben elastisch gemacht. In der heutigen Krisenzeit wird diese Vertragsmiete oft als untragbar empfunden; der Mieter versucht, eine Herabsetzung im Wege der Verständigung zu erreichen oder, wenn sie nicht gelingt, auf gerichtlichem Wege zu erzwingen. Hierbei dient ihm als Handhabe der § 49a des Mieterschutzgesetzes, der es verbietet und sogar unter Strafe stellt, für die mietweise erfolgende Ueberlassung von Räumen eine Vergütung zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse als unangemessen anzusehen ist. Da das Verbot sich nicht nur auf das Versprechenlassen, also die Vereinbarung des übermäßigen Mietzinses, sondern auch auf sein *Annehmen* erstreckt, ist die Theorie ausgebildet worden, daß es auch einen *nachfolgenden Mietwucher* gibt, der dann vorliegt, wenn ein zur Zeit des Vertragsschlusses angemessener Mietzins durch eine *spätere* Aufwärtsentwicklung auf dem Raummarkt unangemessen geworden ist, und der Vermieter ihn dennoch fordert und annimmt.

Die Rechtsprechung über diese Frage ist geteilt. Sogar bei einem einzelnen Landgericht, z. B. dem Landgericht I in Berlin, stehen einzelne Kammern auf dem Boden der Theorie vom nachfolgenden Mietwucher, während andere Kammern sie ablehnen. Es hängt also vom Zufall des Namensanfangsbuchstabens ab, ob man den Rechtsstreit gewinnt oder verliert. Zur Schaffung der notwendigen Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit ist daher eine baldige Entscheidung des Reichsgerichts dringend erwünscht. Hier soll eine Klärung des Problems versucht werden.

Die Unterscheidung zwischen ursprünglichem und nachfolgendem Mietwucher ist an sich juristisch begründet. Das Annehmen einer unangemessenen Miete — Fordern bezieht sich nur auf die Vertragsverhandlungen, nicht auf Geltendmachung eines vermeintlichen Anspruchs — bildet eine selbständige Straftat neben der Vereinbarung. Das hat seinen guten Grund. Auch wenn der Vertragsschluß vor dem Inkrafttreten des § 49a MSchG. (1. Juli 1926) lag, sollte der Vermieter dessen Beschränkungen unterworfen sein; ebenso wenn bei langjährigen Verträgen die Straftat des Sichversprechenlassens bereits verjährt oder durch Bestrafung gesühnt war. Es ist also bei jeder Zahlung einer Mietsrate zu prüfen, ob der zu zahlende Betrag unangemessen ist.

Das eigentliche Problem liegt allein in der Feststellung der *Unangemessenheit*. Die erste Frage lautet: Ist dieser Begriff im abstrakten oder im konkreten Sinn zu verstehen? Soll jede Mietsrate dem *ortsüblichen Marktpreis* zur Zeit ihrer Fälligkeit entsprechen oder handelt es sich nur um die Feststellung, ob die Vergütung für das *bestimmte, fragliche Mietsverhältnis* die Grenzen der Angemessenheit überschreitet? Die Entscheidung wird im letzteren Sinne ausfallen müssen. Der § 49a stellt darauf ab, ob der Mietzins unter Berücksichtigung der *gesamten Verhältnisse* als unangemessen anzusehen ist (vgl. RG. St. 61, 139). Hiermit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die Verhältnisse des konkreten Falles zu berücksichtigen sind, daß also nicht der jeweilige Marktpreis als Höchstmiete festgesetzt wird (vgl. RG. JW. 1930, 3225[16]). Der objektive Nutzungswert bildet nur einen der Faktoren für die Berechnung der angemessenen Miete ; daneben sind die konkreten Verhältnisse, wie Gestehungskosten, besondere Vorteile und Nachteile der Vertragsparteien und sogar persönliche Verhältnisse zu berücksichtigen (RGZ. 120, 130; RG. JW. 1928, 2244[43]a und 2532[18]; 1930, 3226[17]; RG. St. 61, 130; 62, 223). Insoweit besteht im wesentlichen Einigkeit. Auch bei Althäusern ist die Friedensmiete im Gebiet der freien Wirtschaft nicht ausschlaggebend, sondern nur neben anderen Faktoren, darunter den Gestehungskosten, zu berücksichtigen; so RG. v. 5. 3. 31, VIII 438. 30 (Deutsches Mietrecht S. 1184). Daher ist es ein Irrtum, wenn häufig von nachfolgendem Mietwucher gesprochen wird, nur, weil die zur Zeit fällige Mietsrate den bei heutigen Vertragsabschlüssen üblichen Preis übersteigt.

Die Angemessenheit muß vielmehr für das konkrete Mietverhältnis festgestellt werden. Daraus folgt aber zwangsläufig, daß sie *nicht für jede Mietsrate besonders* festgestellt werden kann. *Das Mietsverhältnis bildet eine Einheit* (so zutreffend LG. I Berlin 42. 0. 211. 31, „Grundeigentum" S. 993). *Die langjährige Bindung ist eines der wichtigsten „Verhältnisse", die nach § 49a zu berücksichtigen sind.* Sie ist von größter juristischer und wirtschaftlicher Bedeutung für beide Vertragsteile. Den Vermieter hindert sie an der Ausnutzung einer Konjunktursteigerung und an der Anpassung des Mietzinses an steigende Lasten und Spesen; andererseits gewährt sie ihm Sicherheit gegen Leerstehen des Mietraumes und Preissturz während der Bindungszeit. Der Mieter erlangt durch den festen Vertrag entsprechenden Schutz gegen Preisschwankungen und Dauerbesitz am Mietraum. Besonders für den Geschäftsmann ist jeder Umzug mit hohen Kosten und Ausfällen verknüpft; zu den eigentlichen Umzugskosten kommen die Aufwendungen für die Anpassung des Inventars und der Schilder an die neuen Räume, Renovationskosten, Umzugsinserate usw. Während der Umzugstage und der Renovationszeit ruht das Geschäft. Häufige Umzüge können ein gutes Geschäft ruinieren. Daher pflegen für Geschäftsräume auch in der Regel langjährige Verträge geschlossen zu werden.

Die Preisbindung und der Dauerbesitz sind somit für das Wesen des Vertrages von grundlegender Bedeutung und bilden die wichtigsten Faktoren der Preisbestimmung. Sie stehen miteinander in *Wechselwirkung*. Die Eigenart des Vertrages wird durch die Bindung an *Raumgewährung auf festgesetzte Dauer zu bestimmtem Preise* gekennzeichnet. Hebt man den einen Faktor auf, so verliert der andere seine Grundlage. Entzieht man dem Vermieter den Anspruch auf die vereinbarte Festmiete, so wird seine ganze Kalkulation hinfällig. Die Festmiete war das Korrelat zu der Bindung; gute und schlechte Zeiten sollten einander ausgleichen; beide Vertragsteile sollten mit einem bestimmten, gleichbleibenden Preise rechnen können, von den Konjunkturschwankungen unabhängig sein. In dieser *Sicherheit* liegt das Wesen des Dauervertrags. Wenn daher das Gesetz nur vorschreibt, daß die Vergütung angemessen sein soll, so berechtigt diese Vorschrift nicht, den vorliegenden Vertrag seiner ausgleichenden Funktion zu berauben und in einen Vertrag *anderer Art* umzuwandeln. Ein Mietvertrag mit je nach der Konjunktur *wechselnder* Miethöhe ist aber sowohl juristisch, als wirtschaftlich *wesensverschieden* von einem Dauervertrag mit fester gleichbleibender oder nach feststehendem Maßstab zu berechnender Vergütung. Daher kann auf Grund des § 49a nur geprüft werden, ob der vereinbarte Mietzins bei Berücksichtigung und Aufrechterhaltung seiner ausgleichenden Funktion zu hoch ist; eine Ermäßigung darf also nur einheitlich für alle Raten erfolgen; die Prüfung darf sich nur auf das *ganze* einheitliche Vertragsverhältnis, nicht auf herausgerissene einzelne Vertragsperioden erstrecken.

Hieraus ergibt sich aber zwangsläufig, daß die Prüfung nur nach Maßgabe der Umstände *zur Zeit des Vertragsschlusses* geschehen darf. Das folgt auch schon daraus, daß die Raum-Notmarktlage beim Vertragsschluß den eigentlichen gesetzgeberischen Grund des § 49a darstellt.

Bei einem langdauernden Vertrag übernehmen überdies beide Teile ein *Risiko*, das nur die Kehrseite der Stetigkeit darstellt. Erhoffte Lastensenkungen werden ebenso einkalkuliert, wie befürchtete Erschwerungen. So wird z. B. bei einem heute abgeschlossenen langjährigen Mietvertrage das Gerücht von dem bevorstehenden Abbau der Hauszinssteuer auf die Preisbemessung von großem Einfluß sein. Daher können für die Nachprüfung der Angemessenheit nur die Verhältnisse beim Vertragsschluß zugrunde gelegt werden. Die Risikoübernahme bildet eine wesentliche Eigenschaft des Vertrags, die Risikoprämie einen nicht zu übersehenden Teil der Vergütung. Sie muß daher bei Prüfung der Angemessenheit berücksichtigt werden. Deshalb ist es auch ausgeschlossen, die Angemessenheit ex post, d. h. nach Ablauf des Vertrages auf Grund der nunmehr gewonnenen Uebersicht über den Ablauf des Risikos zu beurteilen. Wie der Versicherte nach Ablauf der Versicherungsdauer die Prämien nicht zurückerhält, weil der Versicherungsfall, z. B. Unfall oder Haftpflicht nicht eingetreten ist, so kann auch ein Vertragsteil eines Mietvertrages keine Aenderung des Mietzinses beanspruchen, weil die Dinge für ihn oder für den Gegner gut oder schlecht abgelaufen sind; das wäre gegen das Wesen der Risikoprämie.

Keinesfalls aber berechtigt der § 49a dazu, *einseitig* die Lage des Vermieters zu verschlechtern und dem Mieter ein Spekulieren auf dem Rücken des Gegners zu ermöglichen, derart, daß der vereinbarte Mietzins gilt, so lange der Vermieter daran mäßig verdient oder Geld zusetzt, daß er aber herabgesetzt wird, sobald der Vermieter einen größeren Nutzen daraus zieht. Das hieße wieder: die Grundlagen des Vertrages umgestalten und aus dem gegenseitigen Vertrage bei dem die Chancen beider Teile gleich sind, einen hinkenden Vertrag machen.

Entscheidungen oberster Gerichte

Keine Einwirkung der Notverordnung vom 26. Juli 1930 auf Preisbindungsverträge für Markenartikel — Auftreten als Kaufmann rechtfertigt nicht verkürzte Verjährung

Die Firma Asbach & Co., A.-G., hat für ihr Markenfabrikat, den Weinbrand Asbach-Uralt, ein Preisbindungssystem derart eingeführt, daß sie durch ihre Geschäftsbedingungen den Abnehmern *feste Kleinverkaufspreise* vorschreibt, die nicht unterboten werden dürfen, die Abgabe an Wiederverkäufer darf nur unter Auflage der gleichen Verpflichtungen geschehen. Diese Geschäftsbedingungen sind auf den Auftrags-Bestätigungsschreiben verbunden mit Fakturen der Firma aufgedruckt; Großabnehmer werden auch in besonderen Reserven verpflichtet. An die Preisbindung hielt sich der Beklagte nicht, er verkaufte billiger, angeblich, weil er ihn ohne die Preisbindung gekauft hatte. Die Klage der Firma Asbach auf Unterlassung und Schadenersatz ist vom OLG. Hamburg und vom **Reichsgericht** abgewiesen worden. Dieses verneinte dabei grundsätzlich die Frage, ob die Not-VO. vom 26. Juli 1930 auf Preisbindungsverträge für Markenartikel einwirkt. In der Literatur ist streitig geworden, ob der Kartellbegriff durch die Not-VO. erweitert worden ist. Die Ansicht, daß Verträge, wie sie hier in Frage kommen, nunmehr unter die Kartellverordnung vom 2. November 1923 fielen, lehnt der Senat ab. Denn, wenn die Not-VO. so etwas beabsichtigt hätte, hätte dies in ihr klar zum Ausdruck kommen müssen, zumal die Konsequenzen nicht ohne weiteres tragbar sein würden.

Die Klage war aber aus sachlichrechtlichen Gründen abzuweisen. Zwar ist es unlauterer Wettbewerb, wenn ein Käufer von Markenware, der sich zur Einhaltung eines bestimmten Preises selbst nicht verpflichtet hat, aber die Verpflichtung der anderen, die zur Einhaltung der Preise gezwungen sind, ausnutzt, um auf ihre Kosten sich Vorteile zu verschaffen; das verstößt gegen die guten Sitten. Dabei ist aber immer vorausgesetzt, daß ein lückenloses Preisbindungssystem vorliegt. Daran fehlt es nach den Feststellungen des OLG. im vorliegenden Falle. Die Reserven sind nicht von allen, sondern nur von Großabnehmern unterzeichnet worden; im übrigen sind die Preisbindungen nur enthalten auf Auftragsbestätigungen, die kombiniert sind mit Fakturen. Diese sind den Abnehmern zum großen Teile erst zugestellt worden, als die Ware bereits angerollt war. Den Beziehern ist also nicht Zeit gelassen worden, die ihnen durch die Auftragsbestätigung zugemutete Preisbindungsverpflichtung abzulehnen. Infolgedessen fehlt es an einer Voraussetzung wirksamer Preisbindung.

II. 76/31. — Urteil des RG. vom 6. Oktober 1931.

*

Der Kläger, ein Chaussee-Bauunternehmer, hat einen Bereicherungsanspruch gegen den beklagten Kreis, für den er Materialien für einen Chausseebau eingekauft und geliefert hat, ohne daß es zur Vollendung des Baues gekommen ist. Der Beklagte hält dem Anspruch des Klägers u. a. entgegen, daß der Anspruch nach § 196 Ziff. 1, 7 BGB. verjährt sei. OLG. Breslau und **Reichsgericht** haben diesen Einwand zurückgewiesen. Die in § 196 Ziff. 1 BGB. vorgeschriebene Verjährungsfrist von zwei Jahren greift nicht durch, weil der Kläger weder Kaufmann zufolge des gewerbsmäßigen Betriebes eines der im § 1 HGB. bezeichneten Geschäfte gewesen ist, noch auch die Kaufmannseigenschaft auf Grund des § 2 HGB. durch Eintragung erlangt hat. Daß er die für den Chausseebau notwendigen Materialien geliefert hat, machte ihn nicht zum Kaufmann, da in dieser Lieferung keine gewerbsmäßige Weiterveräußerung von Waren lag, sondern sie ein Bestandteil der Leistungen war, die zwecks Herstellung der Chaussee von dem Kläger übernommen waren. Auch auf die Entscheidung RGZ. B. 70 S. 28 kann der Beklagte sich nicht berufen. Endlich aber läßt sich die Anwendung des § 196 Ziff. 1 BGB. auch nicht daraus herleiten, daß der Kläger, was übrigens der Ausdruck auf seinen Geschäftsbogen allein noch nicht bezeugen würde und auch sonst nicht weiter belegt ist, nach außen als Kaufmann aufgetreten ist. Denn mag es auch richtig sein, daß der, welcher sich im Rechtsverkehr als Kaufmann ausgibt, im Interesse der Verkehrssicherheit seine Erklärungen wie die eines Kaufmanns behandeln lassen muß, so fehlt es doch an jedem Rechtsgrund dafür, daß ein Nichtkaufmann lediglich deshalb den für Kaufleute gegebenen Verjährungsvorschriften zu unterwerfen ist, weil er als Kaufmann aufgetreten ist. Auf § 196 Ziff. 7 BGB. läßt sich der Einwand der Verjährung ebenfalls nicht stützen, weil der Kläger als Unternehmer des Chausseebaues tätig geworden ist und Ansprüche für Arbeiten und Materiallieferungen zur Ausführung eines Werkes unter § 196 Ziff. 7 BGB. nicht fallen.

VII. 624/29. — 16. 9. 1930.

Neuformulierung des Armenrechts

Zu den Neuerungen, die die Notverordnung vom 6. Oktober auf dem Gebiete des Zivilprozesses einführt, gehört auch die neue Formulierung, die § 11 des sechsten Teils, Kapitel I, den Voraussetzungen für die Bewilligung des Armenrechts gibt. Die Partei hat nur dann auf sie Anspruch, „wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung *Aussicht auf Erfolg biete*". Die bisher negative Voraussetzung ist somit ins Positive gewendet.

Auch die Gründe für die Versagung des Armenrechts sind insofern neu gefaßt, als eine *mutwillige* Rechtsverfolgung nunmehr vorliegen soll, wenn anzunehmen ist, „daß eine nicht das Armenrecht beanspruchende Partei bei verständiger Würdigung aller Umstände des Falles, insbesondere auch der für die Beitreibung ihres Anspruchs bestehenden Aussichten von einer Prozeßführung absehen oder nur einen Teil des Anspruchs geltend machen würde". Man will also verhindern, daß eine Partei auf Kosten des Justizfiskus leichtsinnig ist. Dem wird man zustimmen können.

Hingegen kann zu bedenklichen Erscheinungen die neue Bestimmung führen, daß das Gericht vor der Bewilligung des Armenrechts *Erhebungen* anstellen kann, soweit dies ohne erhebliche Verzögerung möglich ist. Auf Grund dieser Vorschrift könnten die Beweiserhebungen vor dem eigentlichen Prozeß vorweggenommen werden, ohne daß die Parteien die ihnen sonst im geordneten Verfahren zustehenden Rechte haben. Es ist daher dringend wünschenswert, daß die Gerichte von dieser Befugnis nur sehr vorsichtig Gebrauch machen.

E. E.

Die Aktiennovelle, die die Verordnung vom 19. September 1931 gebracht hat, liegt bereits in einer Ausgabe von Justizrat Dr. Albert *Pinner* vor (Guttentag'sche Sammlung 100 Seiten). Ihr Wert liegt vor allem in der inhaltsreichen Einführung, die Pinner dazu geschrieben hat und in der er auf Grund seiner umfassenden Kenntnis und weitreichenden Erfahrung die Bedeutung der neuen Vorschriften ins Licht stellt. Daß Pinner, der sich stets gegen eine Teilrevision des Aktienrechts gewandt hat, die Bedenken der mit der jetzigen Notverordnung befolgten Methode nicht übersieht, versteht sich von selbst. Trotzdem erklärt er sich mit der Zurückstellung dieser Bedenken einverstanden, „wenn man glaubt, daß es zum Wohle des Ganzen ist und daß die Teilgesetzgebung dahin wirkt, unsere Gesellschaften solider zu machen und unseren *Ruf und Kredit im Ausland* zu stärken". Immerhin meint er selbst von diesem entgegenkommenden Standpunkt aus, daß die Vorschriften über die Beendigung des Amtes der zur Zeit tätigen Aufsichtsratsmitglieder und die zahlenmäßige Beschränkung der Aufsichtsratsstellen, ebenso wie die §§ 226 und 227 wohl bis zur endgültigen Revision des Aktienrechts Zeit gehabt hätten.

Zu den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte (Bensheimersche Sammlung) ist ein *Generalregister* erschienen, das die Bände 1—10 umfaßt. Es gibt mehr, als sein Titel erwarten läßt; denn da es bei den einzelnen Entscheidungen in konzentrierter Form über ihr Ergebnis berichtet, unterrichtet es knapp und schnell über den Stand der Rechtsprechung. Die Praxis wird den von Dr. *Ollendorf* bearbeiteten, 469 Seiten starken Band als wertvolles Hilfsmittel willkommen heißen.

Entziehung der Prokura ohne Grund braucht sich der durch Dienstvertrag angestellte Prokurist nach einer neuen Entscheidung des Reichs-Arbeitsgerichts vom 10. August 1931 (vgl. RAG., B. 3, S. 281) nicht gefallen zu lassen. (RAG. 51/31.)

Juristische Gesellschaft. Freitag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Geschäftshaus der Anwaltskammer, Schöneberger Ufer 36. OVG Präsident Dr. Drews und Senatspräsident Dr. Wex: „Das neue Polizeiverwaltungsgesetz".

Bund preußischer Gerichtsassessoren. Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8½ Uhr: „Die wirtschaftliche Knebelung der Assessoren".